

03.2012

THEMEN DES MONATS

Erneuerbare Energien

Energiewende verkehrt

Kraftwerke, die Strom aus tiefer Geothermie erzeugen, gelten zu Unrecht als ökologisch

Seite 2

Ökosystemleistungen

Ende der Selbstbedienung

Eine ökonomische Perspektive auf die Natur ist sinnvoll und notwendig – auch in Deutschland

Seite 4

Landwirtschaft

Patentiertere Vielfalt

Das geplante EU-Einheitspatent beschränkt den Zugang zur Agrobiodiversität bei der Saatgutzucht

Seite 6

Konsum und Produktion

Wie misst man Ressourcenverbrauch?

Kennzahlen sollen helfen, Rohstoffe zu sparen und „ökologische Rucksäcke“ einzukalkulieren

Seite 8

Interview: Großprojekte

„Nie mehr gegen die Bürger“

Mit dem Fahrplan Bürgerbeteiligung steht Baden-Württemberg vor einem Paradigmenwechsel

Seite 23

THEMENHEFT

Berlin – Brüssel

Beilage

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	10
Globalisierung & Eine Welt	12
Klima & Energie	13
Konsum & Verbraucherschutz	17
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	19
Stadt & Region	20
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	26

VERBÄNDE



Thema: Nachhaltigkeitsbericht	28
Thema: Bundesfreiwilligendienst	29
DNR intern	30
Aus den Verbänden	30
Ehrenamt	31
Aufrufe & Ausschreibungen	31

SERVICE

Rezensionen	32
Internet	35
Impressum	35
Termine	36

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	37
Transformation nur mit Bildung und Forschung	
Schwerpunkt: Welt im Wandel	

Erneuerbare Energien

Energiewende verkehrt

Kraftwerke, die Strom aus tiefer Geothermie erzeugen, gelten zu Unrecht als ökologisch

Geothermiekraftwerke verbrauchen den erzeugten Strom selbst und verkaufen stattdessen Kohle- und Atomstrom als „öko“. Trotz miserabler Bilanz, Erdbebengefahr und extremer Lärmbelastung sichern Banken das Risiko für Investoren ab, weil Geothermiestrom laut Gesetz Ökostrom ist. Doch Unwissenheit und Planlosigkeit in der Energiepolitik dürfen nicht die letzten naturnahen Gebiete in Deutschland gefährden. ■ VON ULRICKE WITTI, BI STARNBERGER SEE

„Pure Verschwendung von Energie“ nennen es die Tutzingener Grünen. Auch der Bund Naturschutz im oberbayerischen Kreis Weilheim ist „gegen Strom aus Geothermie“. „Abschöpfung der EEG-Zulage“, titelte die Süddeutsche Zeitung. Tatsächlich ist Strom aus sogenannter tiefer Geothermie die teuerste und risikoreichste der neuen Energien in Deutschland und noch dazu eine Greenwashing-Maschine – wie Christian Dollinger, Finanzreferent der Gemeinde Unterhaching und Aufsichtsratsmitglied der Betreiberfirma Geothermie Unterhaching, öffentlich einräumte: „Das ist zwar moralisch nicht in Ordnung, aber solange die Gesetze das zulassen ...“

Verschwendung pur

In Deutschland laufen zurzeit zwei Geothermiekraftwerke: in Landau in der Pfalz und in Unterhaching bei München. Beide haben bereits Erdbeben ausgelöst, das Landauer Kraftwerk sogar mit Gebäudeschäden. Beide belasten die Gemeinden mit hoher Verschuldung, Landau steht nun vor dem wirtschaftlichen Aus. Unterhaching verbraucht den erzeugten Strom für Pumpen und Anlagentechnik selbst, und der selbst verbrauchte Strom darf als Industriestrom – vor allem Kohle- und Atomstrom – gedeckt und als Ökostrom verrechnet werden. 90 Prozent der zur Stromerzeugung geförderten Energiemenge werden ungenutzt an die Umwelt abgegeben. Das entspricht bei einer Kraftwerksleistung von zehn Megawatt der Heizleistung von 9.000 Litern Heizöl stündlich (!), die 24 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr unnützlich verschwendet werden.

Warum also Strom aus tiefer Geothermie? Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) lässt zu, dass der hohe Eigenstromverbrauch der Kraftwerke aus Industriestrom zugekauft und als teurer Ökostrom mit 25 Cent je Kilowattstunde verrechnet werden darf. Abhängig von der Höhe des Eigenbedarfs und des Industriestrompreises ergibt sich daraus eine Nettovergütung von rund 33 bis 69 Cent je Kilowattstunde für den Strom aus tiefer Geothermie, der dem Netz tatsächlich zusätzlich zur Verfügung gestellt wird.

So kann auch bei miserabler Brutto-Netto-Bilanz Geld gemacht werden – und die Bevölkerung zahlt die Rechnung. Ein Bilanzierungstrick, der zunächst ausländische Investoren anlockt. Das Risiko für die Investoren ist gering: So vergibt die KfW-Bank nicht nur günstige Kredite, sondern sichert auch das Bohr- beziehungsweise Fündigkeitsrisiko ab. Dabei wird die Einspeisevergütung der Bruttostrommenge über 20 Jahre mit dem höchsten Satz ga-

rantiert. Im Unterschied dazu speisen Solarenergie, Wind- und Wasserkraft den produzierten Strom ein und verbrauchen ihn kaum selbst.

Blinder Aktionismus

Die Energiewende verläuft zurzeit planlos und in wildem Aktionismus. Umweltfreundliche Energien, die über Generationen hinweg nutzbar sind und nicht zulasten der Natur und der Menschen gehen, verdienen jede Unterstützung. Energieformen, die nur aus finanziellen Interessen und gegen den Willen der BürgerInnen politisch durchgesetzt werden sollen, sind dagegen entschieden abzulehnen. Es darf nicht sein, dass Unwissenheit und blinder politischer Aktionismus die letzten naturnahen Gebiete in Deutschland gefährden und dabei auch noch die Energiewende durch fehlgeleitete Planungen behindern. Industrielle Großprojekte verschlingen nicht nur Milliardenbeträge an Steuergel-

Oberflächennahe und tiefe Geothermie

Bei der Nutzung von Wärme aus dem Erdinneren wird unter anderem zwischen tiefer und oberflächennaher Geothermie unterschieden. Die Oberflächengeothermie nutzt lediglich die im Boden gespeicherte Sonnenenergie. Die Bohrungen reichen bis in eine Tiefe von etwa 400 Metern. Die abgestrahlte Wärme wird über einen Wasserkreislauf direkt genutzt, beispielsweise zum Heizen oder Kühlen von auf dem Grundstück befindlichen Gebäuden.

Die Tiefengeothermie nutzt zum überwiegenden Teil (70 Prozent) die Wärme aus den radioaktiven Zerfallsprozessen im Erdinneren, entweder direkt als Wärme oder indirekt zur Erzeugung von Strom. Geothermiekraftwerke zur Stromerzeugung gelten erst ab einer Mindesttemperatur von ungefähr 100 Grad Celsius als wirtschaftlich. Dafür sind meist kilometertiefe Bohrungen notwendig. Dabei können gasführende oder auch vulkanische Zonen erreicht werden. [jg]

dern, oft haben sie auch keinerlei Nutzen für die Gesellschaft. Alternativen sind häufig leistungsfähiger, ökologisch verträglicher und erheblich kostengünstiger.

Die tiefe Geothermie zur Stromerzeugung ist ebenso wie die CO₂-Verpressung und die Schiefergasförderung durch Fracking eine Technologie, die nicht der Energiewende dient, sondern der Kohle-, Öl- und Atomlobby. Die Bohrungen fallen unter das Bergrecht. Teile der Reichsgesetzgebung sind auch heute noch Bestandteil des deutschen Bergrechts. Es räumt Bergbauvorhaben ohne gesellschaftliches Hinterfragen und größere juristische Abwägungen fatale Sonderprivilegien gegenüber Rechten der Betroffenen und der Natur ein.

Die Naturzerstörung taucht in der Bilanz nicht auf

An dem von der Ramsar-Konvention geschützten Westufer des Starnberger Sees im Bayerischen Oberland, in einem der bedeutendsten Vogelschutzgebiete Europas, soll nun das größte Geothermiekraftwerk Mitteleuropas gebaut werden. Bei Bernried, einer kleinen Flächengemeinde mit gerade einmal 900 Haushalten, weit von möglichen Fernwärmeabnehmern entfernt und mitten im Landschaftsschutzgebiet, einem Rückzugsraum für viele bedrohte

Arten. Das Gebiet ist nicht erschlossen und Teil einer zusammenhängenden Moorfläche zweier Landkreise. Moore gehören zu den wichtigsten CO₂-Senken!

Für Tiere jeder Art sind das Rütteln im Boden, die Scheinwerfer, der Schwerlastverkehr und die extreme Lautstärke im 24-Stunden-Betrieb mitten im Schutzgebiet eine Katastrophe. Von 115 Dezibel (A) an der Lüfterkühlung spricht hier das vom Betreiber in Auftrag gegebene Schallgutachten. Bei geothermischen Heizwerken ist im Gegensatz zur geothermischen Stromerzeugung keine Kühlung notwendig. Unberücksichtigt bleiben die tiefen Frequenzen, die sich von den Pumpen über das Erdreich sehr weit ausbreiten, und die bis zu zwei Jahre andauernde Bohrzeit.

Zudem besteht die Gefahr einer Boden- und Gewässerverunreinigung im sensiblen Einzugsgebiet des Rötzbachs, des wichtigsten Zuflusses und Quellgewässers am Westufer des Starnberger Sees. Ebenso die Gefahr eines Moor- oder Torfbrands im Verbundsystem der Moore Diemendorfer Moos, Karpfenwinkel und Bernrieder Filz, vor allem durch 45.000 Liter explosives Pentan im Kraftwerksbetrieb.

Nach Angaben der Agentur für Energiebilanzen hat die Geothermie in Deutschland 2010 und 2011 überhaupt keinen Strom ins Netz eingespeist. Fotovol-

taik konnte dagegen im vergangenen Jahr um 58 Prozent zulegen. 7.500 Megawatt Fotovoltaikstrom sind allein in jenem Jahr ans Netz gegangen – der größte Teil davon in Bayern. Hier bleiben die Förderungen überwiegend bei den BürgerInnen und in der Region.

Gleichzeitig dringt Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler auf das Kappen der Solarenergieförderung. Es dürfe keinen unbegrenzten Zubau von Fotovoltaikanlagen geben. Die größten Stromverbraucher der Industrie werden immer mehr vom Staat entlastet, während die Bürgerinnen und Bürger die Zeche zahlen sollen.

Wir brauchen regionale Wertschöpfung, Dezentralisierung, kleine und schnell regelbare Gaskraftwerke und echte regenerative Energien. Eine Zerstörung der Natur zugunsten kurzfristiger Profite darf es nicht geben. Die Energiewende wird nur gelingen, wenn sie bezahlbar bleibt und in der Bevölkerung Akzeptanz findet.

Ulricke Wittl ist Vorsitzende der Bürgerinitiative Schutz Westufer Starnberger See. Sie lebt in Tutzing.



Kontakt: Regina Fischer-Jech,
Tel. +49 (0)8158 / 997603,
www.alternative-energiequellen.info

McPlanet.com 2012

20.–22. April | Berlin

Der internationale Bewegungskongress an der Schnittstelle von globaler Gerechtigkeit, Globalisierungskritik und Umweltbewegung im Vorfeld von Rio+20

Jetzt anmelden und mitmachen!

www.mcplanet.com [facebook.com/mcplanet.kongress](https://www.facebook.com/mcplanet.kongress)



Too BIG To Fail

Ökosystemleistungen

Ende der Selbstbedienung

Eine ökonomische Perspektive auf die Natur ist sinnvoll und notwendig – auch in Deutschland

Bei jedem Waldspaziergang erleben wir, wie wertvoll die Natur ist. Dass sie aber auch die Grundlage unseres Wohlstandes und zahlreicher Wirtschaftsaktivitäten darstellt, machen sich die wenigsten bewusst. Das Projekt „Naturkapital Deutschland“ soll diese Werte der Natur aufzeigen und an Beispielen darlegen, wie sie sich nutzen und mehren lassen.

■ VON BERND HANSJÜRGENS, IRENE RING, CHRISTOPH SCHRÖTER-SCHLAACK UND SEBASTIAN TILCH, UFZ

Auf den ersten Blick haben Ökonomie und Biodiversität nur wenig miteinander zu tun. Für Waren und Dienstleistungen werden auf Märkten Preise ausgehandelt und bezahlt. Die Leistungen der Natur hingegen haben meist keinen Preis, sie werden ganz selbstverständlich gratis genutzt. Wirtschaftliche Aktivitäten tragen häufig zur übermäßigen Ressourcennutzung und zur Ausbeutung der natürlichen Ökosysteme bei. Dass Ökosysteme und Biodiversität für die Gesellschaft jedoch durchaus einen Wert haben, wird bei diesen Aktivitäten nur unzureichend berücksichtigt. Die Folgen sind offensichtlich: Lebensräume und Artenvielfalt gehen verloren, unsere Naturressourcen werden knapper, wir leiden unter Umweltverschmutzung und Lärm.

Ökonomische Analyse von Biodiversität ist vor allem Entscheidungshilfe

Doch die Ökonomie lässt sich auch positiv für Umwelt und Natur einsetzen: Eine ökonomische Betrachtung der Natur und ihrer Dienstleistungen, der sogenannten Ökosystemleistungen, betont den Nutzen, den die Natur uns Menschen bringt. Und tatsächlich profitieren wir von diesen Ökosystemleistungen in vielfältiger Weise und mehr, als uns bewusst ist. Betrachten wir zum Beispiel die Wälder: Durch Photosynthese produzieren sie Sauerstoff und organisches Material, das den Anfang der Nahrungskette bildet. Sie liefern uns Holz, durch Wasserfilterung und -speicherung erhalten wir trinkbares Wasser. An vielen Stellen bilden sie einen natürlichen Schutz gegen Hochwasser und Lawinen. Schließlich ist der Wald ein Ziel für Erholungsu-

chende und ein Baustein in der Umweltbildung unserer Kinder.

Die ökonomische Analyse von Biodiversität und Ökosystemleistungen, das Erkennen und Aufzeigen des Wertes dieses Naturkapitals für Mensch und Gesellschaft helfen, unsere oftmals gegen die Natur gerichteten Entscheidungen zu korrigieren. Dabei geht es nicht darum, Pflanzen und Tiere mit Preisschildern zu versehen, um sie zu verkaufen. Vielmehr beschäftigt sich eine ökonomische Analyse mit Wegen eines sinnvollen Umgangs mit knappen Gütern und dem Aufzeigen von Handlungsoptionen, wie der Wert der Natur besser in unsere alltäglichen Entscheidungen integriert werden kann. Dies ist auch das Hauptziel der Studie „Naturkapital Deutschland – TEEB-DE“, die die internationale TEEB-Initiative von 2007 bis 2010 nun auf nationaler Ebene weiterführt.

Vielfalt schützen kostet weniger als Zerstörung zulassen

Die globale Initiative „The Economics of Ecosystems and Biodiversity“ (TEEB) des Umweltprogramms der Vereinten Nationen UNEP hatte das Ziel, die Werte unseres Naturkapitals sichtbar zu machen und anhand von Beispielen zu belegen, wie erfolgreiche Inwertsetzungen einen Beitrag zu mehr Umwelt-, Natur- und Biodiversitätsschutz leisten können und wie hierdurch gleichzeitig das menschliche Wohlbefinden sichergestellt werden kann. TEEB zeigt an zahlreichen Beispielen: Der Schutz und die nachhaltige Nutzung der Natur lohnen sich, denn die Vorsorge zur Sicherung unserer Lebens- und Wirtschaftsgrundlagen ist preiswerter als der

Versuch, Verlorenegegangenes zu ersetzen. Zwischen 2008 und 2010 erschienen sechs TEEB-Berichte zu den Folgen des globalen Biodiversitätsverlustes, den damit verbundenen ökonomischen Kosten und Handlungsoptionen für Politik, Verwaltung und Gesellschaft. Die wissenschaftliche Koordination der mehr als 500 beteiligten internationalen Wissenschaftler und Expertinnen aus Politik, Wirtschaft und Verbänden lag beim Leipziger Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ.

Der Erfolg der TEEB-Initiative spiegelt sich in weltweiter Aufmerksamkeit wider. Es zeigte sich: Neben ethischen und moralischen Gründen können auch ökonomische Kosten-Nutzen-Betrachtungen überzeugende Argumente für den Schutz der Biodiversität und die Erhaltung von Ökosystemleistungen liefern. So führt etwa die hoch subventionierte Industriefischerei zu einer erheblichen Überfischung der gewerblich nutzbaren Fischbestände. Das beeinträchtigt nicht nur die Artenvielfalt der Meere, es verringert auch die Einkünfte der weltweiten Hochseefischerei um jährlich 50 Milliarden US-Dollar gegenüber einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Fischbestände.⁽¹⁾

Eine TEEB-Studie ist auch für Deutschland sinnvoll

Doch nicht nur auf globaler Ebene kann eine Ergänzung unserer Entscheidungsgrundlagen um die Werte der Ökosystemleistungen sinnvoll sein. Für die Behandlung vieler drängender Umweltprobleme stehen auch hierzulande oft technische Lösungen im Mittelpunkt, obwohl „natürliche“ Vorkehrungen effektiver und

preiswerter wären. CO₂-Emissionen lassen sich beispielsweise durch die Wiedervernässung von Mooren mit etwa zwölf Euro je Tonne Kohlenstoff viel günstiger vermeiden als durch die Förderung von Solarstrom⁽²⁾, wo die gleiche Einsparung Kosten von mehr als 900 Euro je Tonne verursacht. Intakte Auen sind nicht nur ein wirksamer Schutz vor Überflutungsschäden, sie bieten auch einzigartige Naherholung und wichtige Lebensräume für bedrohte Tierarten und helfen die Schadstoffbelastung unserer Flüsse zu reduzieren. Und dies zu deutlich geringeren Kosten als technische Infrastrukturen zum Hochwasserschutz oder der Schadstofffilterung.⁽³⁾

Vor diesem Hintergrund soll „Naturkapital Deutschland – TEEB-DE“ helfen, die Empfehlungen der internationalen TEEB-Studie in Deutschland umzusetzen. Das Projekt wird durch das Bundesumweltministerium und das Bundesamt für Naturschutz finanziert und am UFZ koordiniert. Für TEEB-DE werden zentrale umwelt-, natur- und biodiversitätsbezogene Probleme in Deutschland analysiert, die von übergreifendem Interesse sind und breite gesellschaftliche Kreise berühren. Die Studien sollen im Laufe eines Prozesses erarbeitet werden, der eine Vielzahl von Akteuren aus Wissenschaft, Politik, Verwaltung und Gesellschaft einbezieht. Der Aufbau und die Pflege einer Gemeinschaft rund um „Naturkapital Deutschland – TEEB-DE“ soll die Bedeutung von Natur- und Umweltschutz auf Dauer im Bewusstsein und Handeln von Entscheidungsträgern und Bevölkerung verankern.

Bewusstsein schaffen für den Wert der Natur

Hauptergebnis von TEEB-DE sollen vier thematische Berichte sein, die anhand von plakativen Beispielen mit ethischen, kulturellen, ökologischen und ökonomischen Argumenten die Bedeutung unseres Naturkapitals für die Gesellschaft und das Leben in Deutschland aufzeigen. Dabei spielen der ökonomische Wert und die Bedeutung der Ökosystemleistungen als Grundlage unseres Wohlergehens und wirtschaftlichen Wachstums eine wichtige Rolle.

Die Schwerpunkte werden auf den folgenden drei Fragen liegen:

- Welche Bedeutung haben Ökosysteme in Deutschland für den Umgang mit dem Klimawandel?

Ökologische Dienstleistungen können in großem Umfang und mit geringen Kosten zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel beitragen. Heutige Emissionsminderungsstrategien sind vor allem auf eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes gerichtet. Das kann durch den Blick auf die CO₂-Rückhalte- und Speicherleistung von intakten Ökosystemen wie Wäldern, Mooren und Böden sinnvoll ergänzt werden. Die Erhaltung oder auch Wiederherstellung von Ökosystemleistungen sind zudem wichtige Bausteine für die Anpassung an den Klimawandel durch die Abfederung der Folgen von Starkregen- oder Hochwasserereignissen, durch Bodenerosionsschutz oder durch die Bereitstellung von Korridoren zur Artenwanderung.

- Wie können die ökonomische Bedeutung von ländlichen Räumen und geschützten Gebieten erkannt und ihre Werte langfristig gesichert werden?

Naturnahe und wenig berührte sowie auch land- und forstwirtschaftlich genutzte Räume stellen in besonderer Weise Ökosystemleistungen zur Verfügung – für sauberes Wasser, zur Erholung, aber auch für den Anbau von Nahrungsmitteln. Um diese lebensnotwendigen Leistungen für den Menschen und die Natur zu erhalten, müssen solche Räume geschützt und nachhaltig genutzt werden. Dazu muss diskutiert werden, wie ein integratives Management der Landschaft und der verschiedenen Ökosystemleistungen erreicht werden kann.

- Wie tragen Stadtgrün und stadtnahe Ökosysteme zur Lebensqualität in Städten bei und wie kann dieser Wert besser in Planungsentscheidungen einbezogen werden?

Grüne Infrastrukturen in Städten und urbanen Räumen stellen – neben ihrer Lebensraum- und Vernetzungsfunktion für Arten und Biotope – besondere Leistungen für den Menschen bereit. Durch ihre unmittelbare Nähe zu den Menschen sind sie zentrale Naturerfahrungsräume und

dienen der Bewusstseinsbildung für den Schutz von Natur und Umwelt. Zugleich sind siedlungsnaher Naturräume durch wirtschaftliche Aktivitäten, Siedlungswachstum und steigendes Verkehrsaufkommen besonders bedroht. Das Aufzeigen und Erfassen der Leistungen von Stadtgrün und stadtnahen Ökosystemen ist ein Baustein für die Stadt- und Raumplanung zur Aufrechterhaltung eines lebenswerten Wohnumfeldes.

Auf diesen drei Fragen aufbauend, soll TEEB-DE dann in einem vierten Bericht Möglichkeiten aufzeigen, den Wert von Ökosystemleistungen in die Entscheidungen über Land- und Ressourcennutzung einzubeziehen. Das Sichtbarmachen von Werten kann dazu beitragen, Unterstützung für eine Reform des politischen Instrumentariums oder für seine gezielte Weiterentwicklung zu mobilisieren. Ziel der Reform ist es, die Entscheidungen von Landeigentümern, Investoren und Konsumenten zu verändern, um den Gedanken eines vorausschauenden, nachhaltigen Umgangs mit unseren natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen in den Alltag zu tragen.

Anmerkungen

- (1) The World Bank; FAO (2009): The sunken billions: The economic justification for fisheries reform The World Bank, Washington, DC. www.kurzlink.de/sunkenbillions
- (2) Schäfer, A. (2009): Moore und Euros – die vergessenen Millionen. Archiv für Forstwesen und Landschaftsökologie 43 (4), S. 156–160. Vgl. www.paludikultur.de
- (3) Grossmann, M.; Hartje, V.; Meyerhoff, J. (2010): Ökonomische Bewertung naturverträglicher Hochwasservorsorge an der Elbe. Naturschutz und Biologische Vielfalt, Heft 89, Bundesamt für Naturschutz, Bonn. www.kurzlink.de/elbe

Dr. Bernd Hansjürgens ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und leitet das Department Ökonomie am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ. Er ist Studienleiter des Projekts „Naturkapital Deutschland – TEEB-DE“, des deutschen Nachfolgeprojekts der internationalen TEEB-Studie.

Kontakt:
Tel. +49 (0)341 / 235-1259,
Fax -1836, E-Mail:
bernd.hansjuergens@ufz.de,
www.ufz.de/economics



Landwirtschaft

Patentierete Vielfalt?

Das geplante EU-Einheitspatent beschränkt den Zugang zur Agrobiodiversität bei der Saatgutzucht

Weil das Europäische Patentamt nicht zur EU gehört, können Patentrechtsstreitigkeiten nicht europäisch geregelt werden. Deshalb und zur Erleichterung für die Patentanmelder soll es jetzt ein EU-Einheitspatent geben. Saatgutzüchter und Landwirte warnen jedoch: Wird der Verordnungsentwurf nicht noch geändert, können Inhaber von Pflanzenpatenten künftig den Zugang von Züchtern zur agrarischen Vielfalt behindern. ■ VON CHRISTOPH THEN, TESTBIOTECH

Über die geplante EU-Verordnung zur Schaffung eines einheitlichen Patentschutzes wird heftig debattiert. Diese Verordnung regelt nicht, was in Europa patentiert werden darf und was nicht, sondern sie vereinheitlicht die Verfahren zur Erteilung, Durchsetzung und Anfechtung von Patenten.

Bemühungen, das europäische Patentrecht zu vereinfachen, gibt es schon seit etwa 40 Jahren. Heute gibt es zwar ein Europäisches Patentamt (EPA) in München, doch dieses Amt gehört nicht der EU an und untersteht auch nicht der Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofs. Die Patente, die das EPA erteilt, sind keine EU-Patente, sondern entsprechen in ihrer Wirkung den Patenten, die von den nationalen Patentämtern erteilt werden. Das EPA-System erfasst neben den EU-Staaten auch Länder, die nicht der EU angehören, wie die Türkei und die Schweiz. Dadurch können Patentanmelder mit einer Anmeldung einen Patentschutz erlangen, der in über 30 europäischen Ländern gültig ist. Gibt es aber nach der endgültigen Patenterteilung Rechtsstreitigkeiten, müssen nationale Gerichte über die Gültigkeit oder die Durchsetzung der Patente entscheiden. In Zukunft soll in der EU die Patenterteilung einfacher und billiger werden. Unter anderem soll an Übersetzungen gespart werden. Die Erstreckung der Patente, also ihr Geltungsbereich, soll einheitlich geregelt werden. Auch ein EU-Patentgericht soll es geben, über dessen Sitz aber noch nicht entschieden ist.

Die zurzeit in den Verbänden und Parteien diskutierte Frage, ob Pflanzen und Tiere patentiert werden dürfen, ist von den neuen Regelungen nicht direkt betroffen.

Es geht im Kern um eine Vereinheitlichung der Verfahren und Erstreckungsregeln. Ähnlich wie beim Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen ACTA sollen die Inhaber von Urheberrechten gestärkt werden, ohne neue Urheberrechte zu schaffen. Die bestehenden Patentierungsverbote zum Beispiel für Tiere und Pflanzen sollen auch in Zukunft nach dem Europäischen Patentübereinkommen (EPÜ) geregelt werden. Das EPÜ ist die Grundlage für die Tätigkeit der EPA und hat bereits zu einer weitreichenden Harmonisierung der nationalen Bestimmungen über Patentierbarkeit und Patentverbote geführt. Daran wird das neue EU-Einheitspatent nichts ändern.

Umstrittene EU-Richtlinie von 1998

Trotzdem hat die neue Verordnung indirekt Auswirkungen auf Bereiche wie die Patentierung von Saatgut. Die Frage der Reichweite von Patenten wird weder von den internationalen TRIPS-Handelsabkommen über geistige Eigentumsrechte noch vom EPÜ geregelt. Bisher sind lediglich in den nationalen Patentgesetzen verschiedene Ausnahmen zur Erstreckung von Patenten vorgesehen. Diese Ausnahmen sind vor allem für die Biotechnologie von Bedeutung. Der Grund liegt in der 1998 beschlossenen und bis heute umstrittenen Richtlinie 98/44/EG über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen. Dieses EU-Rahmengesetz erlaubte zum ersten Mal ausdrücklich die Patentierung von Pflanzen und Tieren und sogar von menschlichen Genen. Das Europäische Patentamt übernahm die Richtlinie in sein Regelwerk. Zwar waren auch schon vor 1998 erste Patente auf Gene und auf

Pflanzen und Tiere erteilt worden, nun wurde aber sozusagen nachträglich eine Rechtsgrundlage geliefert.

Züchter und Bauern sind alarmiert

Vielen Politikern und Expertinnen geht diese Richtlinie zu weit – vor allem dort, wo die medizinische Forschung oder der Fortschritt in der Pflanzenzüchtung behindert werden. Insbesondere Patente auf genetische Ressourcen können sich hier sehr negativ auswirken. Zugang zur agrarischen Vielfalt ist für die Züchter lebensnotwendig, um neue Sorten zu entwickeln und bestehende zu erhalten. Durch Patente kann dieser Zugang erheblich beschränkt werden. Deshalb gab es besonders in Deutschland und Frankreich Versuche, die Reichweite dieser Patente zu begrenzen. Mittlerweile gibt es hier Klauseln, die zum Beispiel die Reichweite von Patenten auf menschliche Gene begrenzen sollen. Eingeführt wurde auch eine Züchterausschuss-Ausnahme. Sie soll den Züchtern Zugang zu patentierten Pflanzen und Tieren gewähren, die sie für ihre Tätigkeit benötigen. Im deutschen Recht gibt es außerdem eine sogenannte Percy-Schmeiser-Klausel: Fliegen die Pollen einer patentierten Nutzpflanze auf das Feld des Nachbarn, muss dieser deswegen keine Patentgebühren zahlen – wie es der Monsanto-Konzern 1998 von dem kanadischen Landwirt Percy Schmeiser verlangte. Die genannten Ausnahmeregelungen wurden 2004 vom Deutschen Bundestag beschlossen, als dieser nach langen Debatten die EU-Patentrichtlinie ins deutsche Patentgesetz übernahm.

Diese Sonderregelungen werden nun möglicherweise abgeschafft: Wenn sie in

der Verordnung zum neuen Einheitspatent nicht verankert werden, verlieren sie innerhalb der EU ihre Gültigkeit. Während die Humangenetiker und Ärzteorganisationen, die sich gegen die Patentierung menschlicher Gene aussprechen, sich noch nicht zu Wort gemeldet haben, sind die Züchter und Landwirte alarmiert. Zwar bringen die bestehenden Regelungen nur geringe Vorteile. Die Züchterausschüsse im deutschen Patentrecht endet zum Beispiel in dem Moment, in dem der Züchter sein neues Saatgut verkaufen will. Erlaubt ist hier – anders als im Sortenschutz – nur die Züchtung, nicht die Vermarktung neuer Sorten. Deswegen fordern die Züchter die Erhaltung und Ausweitung der Züchterausschüsse, denn sie fürchten, dass sie anderenfalls noch stärker unter Druck geraten. Im Februar schrieb der Bundesverband Deutscher Pflanzenzüchter an das Europäische Parlament:

„Patentiertes Pflanzenmaterial darf nach dem Verordnungsvorschlag für die Züchtung nur genutzt werden, wenn der Patentinhaber zustimmt. Dies würde die Züchtung neuer Pflanzensorten erheblich erschweren. Bereits die erforderlichen Lizenzverhandlungen würden die meisten mittelständischen Pflanzenzüchter zeitlich und finanziell überfordern, ganz zu schweigen davon, dass es letztlich im Belieben allein des Patentinhabers steht, eine Züchtungslizenz zu erteilen. Ein Konzentrationsprozess zulasten der Landwirte und weniger Vielfalt an Züchtern und Pflanzensorten wären die Folgen. Wir sind daher der Auffassung, dass der Verordnungsvorschlag um eine dem deutschen und dem französischen Patentgesetz entsprechende Züchtungsausnahme ergänzt werden muss.“

Ähnliche Sorgen äußert auch der Deutsche Bauernverband. Ebenso weist er auf die Percy-Schmeiser-Klausel hin. Der Bauernverband befürchtet zudem, dass einige flexible Regelungen in der Richtlinie 98/44/EG zu den Nachkommen von Zuchttieren verloren gehen. Der Bundesrat hat sich in einem Beschluss vom 27. Mai 2011 diesen Bedenken angeschlossen (Drs. 233/11). Auch der Bundestag hob in einer Entschließung vom 9. Februar dieses

Jahres das Problem hervor und forderte, „bei der Schaffung des einheitlichen europäischen Patents darauf zu dringen, dass die in der Biopatentrichtlinie gegebenen Möglichkeiten für eine nationale Ausgestaltung, wie beispielsweise beim Züchterprivileg, auch für das europäische Patent gelten werden“ (Drs. 17/8614).

Politik unterstützt Zivilgesellschaft

Wie gut die Chancen sind, die Züchterausschüsse beibehalten oder sogar ausweiten zu können, lässt sich schwer sagen. Auf der einen Seite wächst die Zahl der Befürworter, auf der anderen Seite haben EU-Parlament und Ministerrat bereits einen fertigen Text für die Verordnung ausgehandelt, den man nur sehr ungern noch einmal zur Beratung öffnen möchte. Während das Parlament seine Bereitschaft dazu signalisiert hat, fehlen klare Impulse von den im Rat vertretenen EU-Mitgliedstaaten.

Das zivilgesellschaftliche Bündnis „Keine Patente auf Saatgut!“, das auch von Organisationen wie Greenpeace oder Misereor unterstützt wird, setzt auf eindeutige Verbote der Patentierung von Pflanzen und Tieren statt auf Ausnahmeregelungen, deren Wirkung – zumindest bisher – eher zweifelhaft ist. Auch der Bundestag befürwortet klare Verbote. Am 9. Februar stimmten die Abgeordneten aller Parteien dafür, „dass keine Patente auf konventionelle Züchtungsverfahren, mit diesen gezüchtete landwirtschaftliche Nutztiere und -pflanzen sowie deren Nachkommen und Produkte erteilt werden“.

Der Tierarzt Dr. Christoph Then ist Geschäftsführer von Testbiotech, einer wissenschaftlichen Einrichtung zur Folgenabschätzung in der Biotechnologie in München. Er ist außerdem Koordinator des internationalen Bündnisses „Keine Patente auf Saatgut“ und Mitbegründer der Initiative „Kein Patent auf Leben!“. Bis 2007 leitete er den Bereich Gentechnik und Landwirtschaft bei Greenpeace.

Kontakt:
E-Mail: info@testbiotech.org,
www.testbiotech.org
www.no-patents-on-seeds.org



Wege aus dem Zeitinfarkt

Morgens halb acht in Deutschland: Auf dem Fernsehschirm tickern die aktuellsten Börsenkurse, das Smartphone zeigt die Mails der Nacht, bei einem Espresso gelingt ein flüchtiger Blick in die Tageszeitung. In dieser Welt des Jetzt und Sofort erscheint alles möglich – doch tatsächlich bleibt so vieles auf der Strecke. Wie sind wir in den Strudel der Zeitverdichtung geraten? Sind die neuen Medien, die dieses Tempo erst ermöglichen, wirklich ein Segen? Karlheinz A. Geißler liefert Antworten auf die drängendsten Fragen unseres Umgangs mit Zeit.

K. A. Geißler

**Alles hat seine Zeit,
nur ich hab keine**

Wege in eine neue Zeitkultur

256 Seiten, Hardcover mit
Schutzumschlag, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-250-6

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



Konsum und Produktion

Wie misst man Ressourcenverbrauch?

Kennzahlen sollen helfen, Rohstoffe zu sparen und „ökologische Rucksäcke“ einzukalkulieren

Alle wollen Ressourcen schonen, doch bisher fehlt es an methodischem Handwerkszeug, um Erfolge oder Misserfolge tatsächlich zu überprüfen. Ein Forschungsprojekt entwickelte verschiedene Leitindikatoren und versucht die Frage zu beantworten, wie viel „UEBEL“ eine Gesellschaft ertragen kann. ■ VON JÜRGEN GIEGRICH, IFEU

Der Schutz natürlicher Ressourcen ist zu einem Topthema in Politik und Wissenschaft geworden. Doch sowohl das deutsche Ressourceneffizienzprogramm ProgRes als auch der Fahrplan für ein ressourceneffizientes Europa schlagen sich mit fundamentalen Problemen herum. Sowohl bei der Definition von natürlichen Ressourcen als auch bei der Art und Weise, wie sie gemessen werden sollen, gibt es noch erhebliche Unsicherheiten.

„Indikatoren/Kennzahlen für den Rohstoffverbrauch im Rahmen der Nachhaltigkeitsdiskussion“⁽¹⁾ hieß ein Forschungsvorhaben des Umweltbundesamtes, das darauf Antworten finden will. Neben der Suche nach möglichen Indikatoren sollte auch ermittelt werden, wie hoch der Ressourcenverbrauch in Deutschland im Bezugsjahr 2005 tatsächlich war.

Nicht jede Ressource ist ein Rohstoff

„Ressource“ ist ein schillernder Begriff, der in unterschiedlichen Zusammenhängen benutzt wird. Es gibt Finanzressourcen, Humanressourcen, Wasser als Ressource und andere. Der erste Schritt zur Eingrenzung im Rahmen der genannten politischen Strategien ist die Beschränkung auf „natürliche Ressourcen“. Ein gerade erschienenes Glossar⁽²⁾ des Umweltbundesamtes greift die Definition auf, die die EU-Kommission 2005 in ihrer thematischen Strategie zur Nutzung natürlicher Ressourcen verwendet hat:

„Natürliche Ressource ist eine Ressource, die Bestandteil der Natur ist. Hierzu zählen erneuerbare und nicht erneuerbare Primärrohstoffe, physischer Raum (Fläche), Umweltmedien (Wasser, Boden, Luft), strömende Ressourcen (z. B. Erdwär-

me, Wind-, Gezeiten- und Sonnenenergie) sowie die Biodiversität. Es ist dabei unwesentlich, ob die Ressourcen als Quellen für die Herstellung von Produkten oder als Senken zur Aufnahme von Emissionen (Wasser, Boden, Luft) dienen.“

Diese Definition diente im Forschungsprojekt als Ausgangspunkt zur Festlegung von einzelnen, voneinander unabhängigen natürlichen Ressourcen, die notwendigerweise von einem Ressourcenprogramm angesprochen werden sollten. Da sind zum einen die Rohstoffe, die als „stoffliche natürliche Ressourcen“ aus ihrer natürlichen Quelle entnommen und für ökonomische Zwecke genutzt werden. Abzugrenzen ist davon der Begriff der Sekundärrohstoffe, der eigentlich eine politisch geprägte Bezeichnung für Abfälle ist und nicht zu den natürlichen Ressourcen gezählt werden darf. Energieressourcen dienen zur Erzeugung von Energiedienstleistungen und bestehen sowohl aus Rohstoffen (zur Energienutzung) als auch aus den strömenden Ressourcen Wind, Wasser, Erdwärme und Sonneneinstrahlung. Wasser als lebenswichtiger und lokal teilweise knapper Rohstoff sollte separat betrachtet werden. Auch für Fläche und Biodiversität müssen wie für die anderen natürlichen Ressourcen Indikatoren entwickelt werden.

Die Betrachtungsweise, nach der auch die Senkenfunktion der Umweltmedien als ein Aspekt der natürlichen Ressourcen angesehen werden kann, ist gewöhnungsbedürftig. Denn die Natur ist nur zu einem bestimmten Grad in der Lage, die von Menschen verursachten Emissionen aufzunehmen und abzapfend. Ein Beispiel ist die übermäßige Emission von Treibhausgasen, die die Natur mit Temperaturerhöhung quittiert und damit nicht mehr

ohne Konsequenzen „hinnimmt“. Diese Begrenztheit der Umweltmedien Boden, Wasser, Luft als natürliche Ressourcen ist als Konzept wichtig und darf bei der Entwicklung von Ressourcen- und Umweltpolitikmaßnahmen nicht fehlen.

Vom Leitparameter zum Universalindikator?

Im Rahmen des Forschungsvorhabens stellte sich die Frage, wie Gebrauch und Verbrauch natürlicher Ressourcen gemessen werden können. Jede der genannten natürlichen Ressourcen kann durch verschiedene Kennzahlen ausgedrückt werden. Um die Messgrößen für die Öffentlichkeit und die Politik handhabbar zu gestalten, muss entweder ein Satz repräsentativer Leitparameter gefunden werden oder sogar ein Einzelindex, der für die Nutzung der natürlichen Ressourcen in ihrer Gesamtheit steht. Hintergrund des Forschungsvorhabens war unter anderem die Frage, ob der Indikator „Rohstoffproduktivität“ in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie sinnvoll gewählt ist.

Die Analyse der Vielzahl möglicher Ansätze zeigt, dass es zielführend ist, für jede der genannten natürlichen Ressourcen einen Leitindikator zu wählen. Für die Energie wäre das der kumulierte Primärenergieaufwand und für die Rohstoffe sein Pendant, der kumulierte Rohstoffaufwand. Das sind die Summen aller in eine Volkswirtschaft oder auch nur ein einziges Produkt eingehenden Energieträger und Rohstoffe. Für die Ressourcen Wasser, Fläche und mehr noch die Biodiversität existieren einige Lösungsansätze, es fehlen aber noch gute Ideen für die weitere Umsetzung. Für die Senkenfunktion der Umweltmedien

können zunächst die „üblichen Verdächtigen“ wie die Treibhausgase für die Atmosphäre, SO₂ und NO_x für die Luft und die Nährstoffemissionen und Chlorverbindungen für Wasser an den Pranger gestellt werden – wobei deren „Schuld“ immer wieder neu überprüft werden muss.

Untersucht wurde auch, ob sich durch einen Indikator wie etwa den Primärenergieaufwand oder den Rohstoffaufwand die jeweils anderen Ressourcen abbilden lassen. Das hätte den Vorteil, dass ein Ressourcenindikator für alle anderen stehen könnte. Nach einer Menge von Korrelationen – wie drückt ein Indikator den anderen aus? – blieb nur der Schluss, dass nicht mehr als Tendenzen zu erkennen sind. Im Einzelfall versagt diese Repräsentanzfunktion.

Eine weitere Idee war, einen „Universalindikator“ aus vielen einzelnen Bausteinen zusammenzubauen, der möglichst gut den gesamten Ressourcenverbrauch ausdrückt. So wurde der UEBEL-Indikator entwickelt. UEBEL steht für Umwelt-Einwirkungs-Belastung und drückt aus, dass eine „nachhaltige Gesellschaft“ genau 1 UEBEL ertragen kann. Mit dem gemessenen Abstand des Gebrauchs oder Verbrauchs einer natürlichen Ressource zu deren absolutem Nachhaltigkeitsziel sollten die einzelnen Komponenten der natürlichen Ressourcen zusammengesetzt werden. Nur so ist es möglich, einen Zielkonflikt zum Beispiel bei einem nachwachsenden Rohstoff, der mehr Fläche, aber weniger erschöpfliche Rohstoffe benötigt, in eine einzige Zahl umzusetzen. Ein solches Konzept ist machbar, benötigt aber unter anderem eindeutige absolute Nachhaltigkeitsziele, die gesellschaftlich legitimiert sein müssen. Und das gelingt nur schwer.

Wie viele Ressourcen verbraucht Deutschland wirklich?

Schließlich sollte in dem Forschungsvorhaben abgeschätzt werden, wie hoch der tatsächliche Ressourcenverbrauch von Deutschland ist. Dabei gab es mehrere Hindernisse zu überwinden. So ist zwar der Ressourcenverbrauch auf dem Territorium Deutschlands gut bekannt. Aber die Im- und Exporte bringen „Rucksäcke“

an Ressourcenverbrauch ins Land mit oder tragen sie aus dem Land heraus. Dies wird bisher aber nicht berücksichtigt. Bei den Rohstoffen etwa wird der nationale Nachhaltigkeitsindikator „Rohstoffproduktivität“ gebildet, indem alle in Deutschland gewonnenen (abiotischen) Rohstoffe mit den importierten Gütern addiert werden. Berechnungsgrundlage ist ihr jeweiliges Gewicht. Eine Tonne in Deutschland gewonnener Kies wird beispielsweise zu einer Tonne importierter Pkws addiert. Damit wird ein wichtiger Aspekt vernachlässigt: Immer weniger zum Beispiel metallische Rohstoffe stammen wirklich aus Deutschland und werden hier verhüttet. Denn die Einfuhr von Fertigprodukten hat in den letzten zehn Jahren enorm zu- und die Einfuhr von Rohstoffen abgenommen. Durch diesen Verlagerungseffekt wird Deutschland für den unkorrigierten Massenindikator immer rohstoffeffizienter, ohne dass sich insgesamt etwas geändert hat.

Um den tatsächlichen Verbrauch zu bestimmen, müssen die Daten so korrigiert werden, dass zum Beispiel Metallerze und alle anderen Materialien für den Bau eines Pkw so berechnet werden, als kämen sie aus Deutschland. Nach einer bestimmten Methode wurden diese Korrekturen im Forschungsvorhaben vorgenommen und für eine Reihe von Ressourcenindikatoren abgeschätzt. Dafür wurden Umwelt- und Ressourcenprofile für etwa 130 Rohmaterialien erstellt, die im Forschungsbericht dokumentiert sind. Für die Rohstoffnutzung ergeben sich drastische Korrekturen. Während wir 1,1 Milliarden Tonnen Rohstoffe der Natur in Deutschland entnehmen, werden mehr als 2,1 Milliarden Tonnen der Umwelt irgendwo auf dem Globus entnommen, um sie als Halbwaren oder Fertigprodukte einzuführen. Nach alter Rechnung wurden nur etwa 0,5 Milliarden Tonnen Produkte in realem Gewicht nach Deutschland gebracht. Allerdings exportiert die deutsche Wirtschaft viele Güter, die ihrerseits einen Rohstoffrucksack mit sich tragen. Etwa 1,8 Milliarden Tonnen Rohstoffrucksack werden in Form von Maschinen, Pkws und anderem in alle Welt exportiert. Demnach verbraucht Deutschland 1,4 Milliarden Tonnen an Rohstoffen.

Interessant ist, dass nach den Abschätzungen im Forschungsprojekt nur wenig mehr Klimagase importiert als exportiert werden. Im Jahr 2005 hat Deutschland 985 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent auf dem landeseigenen Gebiet emittiert. Nach den Korrekturen von Import (575 Millionen Tonnen) und Export (510 Millionen Tonnen) sind wir in Deutschland insgesamt für 1.050 Millionen Tonnen Treibhausgase verantwortlich. Ganz anders sieht es hingegen für Luftschadstoffe aus, die für den sauren Regen verantwortlich sind. Während in Deutschland die Hausaufgaben zur Reduktion von Schwefeldioxid gemacht worden sind, werden die meisten Metalle in aller Welt mit sehr hohen Emissionen dieses Schadgases erschmolzen. Das hat negative Folgen für die Gesamtbilanz, für die wir in Deutschland durch unsere Importe verantwortlich sind. Zur Verbesserung dieser Korrekturen laufen weitere Forschungsvorhaben.

Territorial denken reicht nicht

Damit gilt für die deutsche und europäische Ressourcenpolitik, dass nur Import- beziehungsweise Export-korrigierte Zahlen den Einfluss eines Landes auf die Schonung natürlicher Ressourcen auf der ganzen Welt tatsächlich abbilden. Weitere Anstrengungen sind dringend notwendig, um den Ressourcenverbrauch nach dem Verantwortungsprinzip mit den richtigen Indikatoren messbar zu machen. Daran arbeitet das IFEU-Institut mit Partnern für die europäische Statistikbehörde Eurostat in aktuellen Forschungsvorhaben.

Anmerkungen

- ▶ (1) www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4237.pdf
- ▶ (2) www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/4242.pdf

Der Physiker Jürgen Giegrich ist seit 2009 Geschäftsführer des IFEU-Instituts in Heidelberg.

Kontakt:
Tel. +49 (0)6221 / 476721,
E-Mail: juergen.giegrich@ifeu.de,
www.ifeu.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Kreislaufwirtschaftsgesetz**Kompromiss ist beschlossen**

■ Nach einer Einigung im Vermittlungsausschuss hat der Bundesrat im Februar dem Gesetz zur Neuordnung des Kreislauf- und Abfallrechts zugestimmt. Das Gesetz legt das Recyclingziel für 2020 auf 65 Prozent fest, was Umweltverbände für wenig ehrgeizig halten, da bereits jetzt 64 Prozent erreicht werden. Ab 2015 gilt eine Pflicht zur Mülltrennung für Biomüll, Glas-, Kunststoff-, Metall- und Papierabfälle.

Für 2012 ist außerdem ein Wertstoffgesetz geplant, damit bundesweit eine Wertstofftonne eingeführt werden kann. Die orangefarbene Tonne soll die gelbe ablösen.

Die Position der kommunalen Abfallentsorgungsunternehmen wurde gestärkt, private müssen beweisen, dass ihr Sammelsystem besser ist, um den Auftrag zur Abfallsammlung zu erhalten. Gegen diese Einschränkung hat der Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung (BVSE) nach Bekanntwerden des Bundesratsbeschlusses Beschwerde bei der Europäischen Kommission wegen Verstoßes gegen die EU-Wettbewerbsregeln eingeleitet. Der Verband der privaten Entsorger sieht die Gefahr eines „Monopols für die Kommunen.“ [jg]

- ▶ www.bundesrat.de
- ▶ www.bvse.de/33/presse

Abfallstatistik**Mehr verbrannt als deponiert**

■ Das Statistische Bundesamt (Destatis) hat ermittelt, dass im Jahr 2010 fast 42 Millionen Tonnen Abfälle verbrannt worden sind, davon 17,3 Millionen in Feuerungsanlagen mit Energieerzeugung. Etwa 35 Millionen Tonnen Müll sind auf Deponien abgelagert worden. Auch 2009 waren schon mehr Abfälle verbrannt als deponiert worden. Gegenüber 2009 stieg

die Verbrennung in Feuerungsanlagen um 17 Prozent an, hauptsächlich, weil 2010 viele neue Ersatzbrennstoffkraftwerke in Betrieb gingen.

In thermischen Abfallbehandlungsanlagen wurden 24,3 Millionen Tonnen Müll verbrannt. Die dort entstehenden Reststoffe wiederum kommen auf Müllhalden. Deponiert wurden 2010 hauptsächlich Bau- und Abbruchabfälle (19,7 Millionen Tonnen), Abfälle aus thermischen Prozessen (6,9 Millionen Tonnen) und Abfälle, die bei der Abfall- oder Abwasserbehandlung entstanden (5,3 Millionen Tonnen). [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/abfallstatistik2010

EU-Abfallrecht**Rechtskonformes Recycling könnte Milliarden sparen**

■ Die EU-Kommission hat ausgerechnet, dass die Europäische Union bis 2020 rund 72 Milliarden Euro sparen könnte, wenn das EU-Abfallrecht umgesetzt würde. Außerdem könnten laut der Studie über 400.000 Jobs geschaffen werden, wenn nicht die Hälfte der Abfälle ohne Recycling ungenutzt auf Deponien landete.

Die Abfallwirtschaft hat einen Anteil von etwa einem Prozent am Bruttoinlandsprodukt, allein 2008 machte der Sektor einen Umsatz von 145 Milliarden Euro und beschäftigte zwei Millionen Menschen. Würden die EU-Vorschriften gänzlich eingehalten, könnten der Umsatz auf 187 Milliarden steigen und 2,4 Millionen Personen beschäftigt werden. Hierzu müsste aber die in vielen EU-Staaten noch fehlende Infrastruktur aufgebaut werden. Außerdem müssten Produktpreise die tatsächlichen Entsorgungskosten widerspiegeln. Es fehle außerdem an Kontrollen und wirksamen Durchsetzungsmechanismen. Die Kommission schlägt vor, eine neue EU-Prüfstelle einzurichten, die aus Kostengründen in die Europäische Umweltagentur integriert werden solle. [jg]

- ▶ www.europa.eu/rapid (IP/12/18)

Abfallrecht**Italiens Verstoß gegen Menschenrechte**

■ Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat im Januar bestätigt, dass die italienischen Behörden in der Region Campania gegen die Menschenrechtskonvention verstoßen haben. 18 AnwohnerInnen hatten geklagt. Der Gerichtshof entschied, dass die italienischen Behörden gegen Artikel 8 der Konvention – Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens – sowie gegen Artikel 13 – Recht auf wirksame Beschwerde – verstoßen haben. Mehrere Jahre, von 1994 bis 2009, herrschte in der Gemeinde Somma Vesuviana ein Müllnotstand, fünf Monate lang wurde sogar überhaupt kein Müll abgeholt. Die EU-Kommission hatte 2007 ein Verfahren gegen Italien eingeleitet, weil es die EU-Abfallvorschriften nicht umsetzte. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/muellurteil2012

Asbesturteil**Haft für Eternit-Chefs**

■ Mit 16 Jahren Haft und einer Entschädigung in Millionenhöhe für die Asbestopfer und deren Angehörige ist im Februar der größte Umweltprozess Europas zu Ende gegangen. Das zuständige Gericht in Turin verurteilte den Schweizer Unternehmer Stephan Schmidheiny und den aus Belgien stammenden Exmanager Jean-Louis Marie Ghislain de Cartier de Marchienne in Abwesenheit zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Sie wurden für den durch Asbest verursachten Tod von rund 3.000 Menschen in Italien schuldig gesprochen. Die beiden Angeklagten hätten in vier italienischen Eternit-Fabriken Sicherheitsregeln missachtet und eine Umweltkatastrophe verursacht. Angehörige von Opfern sollen 30.000 Euro bekommen, Erkrankte 35.000. Die Verteidiger wollen in Berufung gehen. [jg]

- ▶ Asbestopfer: www.asbestosinthedock.ning.com

Abfallvermeidung

Ära der Plastiktüte vorbei?

■ Die Auswertung einer Konsultation der EU-Kommission zur Reduzierung von Plastiktütenmüll hat ergeben, dass über 70 Prozent der 15.500 Teilnehmenden sich für ein EU-weites Verbot von Plastiktüten aussprechen. In der Konsultation ging es um Möglichkeiten, den enormen Verbrauch von Einmaltüten in der EU – etwa 500 Tüten pro Kopf und Jahr – zu reduzieren. Vorgeschlagen wurden Steuern, Bepreisung und die Umstellung auf biologische Abbaubarkeit. Während es über den Sinn oder Unsinn der biologischen Abbaubarkeit von Einmalprodukten unterschiedliche Ansichten gibt, war die Mehrheit der EinsenderInnen für ein Verbot.

Die Umweltverbände Europäisches Umweltbüro (EEB) und Seas at Risk begrüßten das Ergebnis. Einwegprodukte wie Plastiktüten hätten einen erheblichen Anteil an der zunehmenden Vermüllung der Umwelt und dem immer weiter wachsenden „Plastikteppich“ auf den Weltmeeren. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/cons-plastiktueten
- ▶ www.eeb.org/EEB/index.cfm/news-events

Internationale Chemikalienpolitik

Neue Gefahrenpiktogramme wenig bekannt

■ Die Europäische Umweltagentur (ECHA) hat in einer Studie über den Bekanntheitsgrad der neuen Symbole für die Risiken von Chemikalien erheblichen Informationsbedarf festgestellt. Die neuen Zeichen sind in der sogenannten CLP-Verordnung geregelt. Die Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (Classification, Labelling and Packaging – CLP) gilt seit Kurzem und hat weltweit gültige Gefahrensymbole eingeführt. Die Piktogramme sind mit roten Rauten umrandet und zeigen schwarz auf weiß Risiken wie Explosionsgefahr oder

Gefahr für Wasserorganismen. Dazu kommen Nummern, die die Gefahr genauer klassifizieren.

Die ECHA stellte fest, dass vielen EU-BürgerInnen die neuen Zeichen noch nicht bekannt sind, und empfahl, dass die EU, die Mitgliedstaaten und die Industrie über das Aussehen und die Bedeutung der Zeichen aufklären sollen. Es gebe große Unterschiede bei der Gefahrenwahrnehmung zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen wie auch zwischen EU-Staaten. Die Aufklärung müsse zielgruppenspezifisch erfolgen. Die ECHA empfiehlt, 2015 eine erneute Erhebung durchzuführen. Bis dahin müssen die neuen Zeichen in Schwarz-Weiß-Rot die bisher gültigen orangefarbenen ersetzt haben.

Die Industrie wird aufgefordert, neben den Zeichen auch die Beschriftung auf den Produktverpackungen in Einklang mit der Gefahrenstufe zu bringen, damit VerbraucherInnen leichter erkennen können, welche Sicherheitsmaßnahmen eventuell einzuhalten sind. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/echa-clp-study

Chemikalien

Immer mehr illegale Pestizide

■ Der Handel mit illegalen und gefälschten Pestiziden nimmt rasant zu. Nach einer Schätzung von Europol stammt über ein Viertel der auf dem Markt erhältlichen Pestizide aus illegalen Quellen. Dieser Handel werde durch hochprofessionelle kriminelle Netzwerke organisiert, die weltweit agieren und sich teilweise hinter legalen Unternehmen verbergen. Damit lassen sich global mehrere Milliarden Euro jährlich verdienen, schätzt Europol. Begünstigt werde das rechtswidrige Geschäft durch die mangelhafte Umsetzung der geltenden Rechtsvorschriften in den EU-Mitgliedstaaten. Die illegalen Pestizide gefährdeten die Gesundheit der Landwirte und KonsumentInnen sowie die Umwelt.

Europol-ExpertInnen empfehlen als Gegenmaßnahmen eine bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit und

schärfere Kontrollen auch von den einzelnen an der Lieferkette Beteiligten. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/europol-pm-12012012

Feinstaub

Belastung gestiegen

■ 2011 ist die Luftverschmutzung durch Feinstaub in Deutschland gestiegen. Das ermittelte das Umweltbundesamt (UBA). Besonders in Städten und Ballungsräumen habe die Belastung höher gelegen als in den vier Jahren zuvor. Umweltzonen seien aber ein geeignetes Mittel, um die Gesundheitsgefahren zu verringern.

Beim Feinstaub wurde laut UBA an 42 Prozent der verkehrsnahen Messstationen der zulässige Tagesgrenzwert überschritten; dieser erlaubt pro Jahr nur 35 Tage mit über 50 Mikrogramm Feinstaub PM₁₀ pro Kubikmeter Luft (µg/m³) im Tagesmittel. Beim Stickstoffdioxid (NO₂) lagen 57 Prozent der städtisch verkehrsnahen Stationen über dem erlaubten Jahresmittelwert von 40 µg/m³. [jg]

- ▶ www.uba.de/uba-info-medien/4211.html

Flugverkehr

Lautstark gegen Lärm

■ Mit einem Aktionstag haben Fluglärmgegner im Februar in Frankfurt am Main, München und Berlin auf die Gesundheitsgefahren und Umweltbelastungen durch den Flugverkehr aufmerksam gemacht. Bürgerinitiativen haben derzeit starken Zulauf. Es stehen wichtige Entscheidungen über Nachtflugverbote bevor, unter anderem eine EU-Verordnung zu lärmbedingten Betriebsbeschränkungen („Flughafenpaket“). Die Lärmgegner fordern ein Nachtflugverbot zwischen 22 und sechs Uhr. Fluglärm erhöht laut Studien das Risiko für Infarkte, Bluthochdruck und Depressionen. [jg]

- ▶ www.fluglaerm.de

Schwermetalle

Japanische Aktion für globalen Quecksilbervertrag

■ Die japanische Regierung hat vorgeschlagen, den zurzeit diskutierten globalen Quecksilbervertrag „Minamata-Konvention“ zu nennen. Die japanische Umweltorganisation BürgerInnen gegen Chemiever Verschmutzung (CACP) ist besorgt, weil im Entwurfstext der Umgang mit bereits verseuchten Standorten zu schwach ausgefallen ist, und fordert zu Protesten auf. Der neue UN-Vertrag soll 2013 beschlossen und in Japan unterzeichnet werden.

CACP verschickte einen Brief an die japanische Regierung, in dem auf die negativen Erfahrungen aus der Katastrophe von Minamata verwiesen wird. Rund um die Stadt waren seit den 1950er-Jahren Tausende schwer erkrankt und gestorben, nachdem Quecksilberabfälle im Meer verklappt worden waren. Zahlreiche Organisationen aus dem In- und Ausland, darunter der Deutsche Naturschutzring, unterstützen die CACP-Forderungen. „Wenn der Vertrag Minamata-Konvention heißen soll, ohne die Erfahrungen des Minamata-Unglücks mit einzubeziehen, wäre das ein kontinuierlicher Affront gegen die Opfer und untergräbt das Potenzial des Vertrages, dass eine solche Tragödie niemals wieder geschieht“, heißt es in dem Brief. [jg]

► www.kurzlink.de/cacp-brief-2012

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Weltsozialforum

Für Umweltgerechtigkeit

■ Mit der nachdrücklichen Forderung nach globaler Umweltgerechtigkeit ist Ende Februar im brasilianischen Porto Alegre das elfte von Globalisierungskritikern initiierte Weltsozialforum (WSF) zu Ende gegangen. Bei der fünftägigen Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum

Die Frage nach Gerechtigkeit in einer endlichen Welt

In der Debatte um eine Green Economy dürfen die Grenzen des Wachstums nicht vergessen werden. Beim Nachhaltigkeitsgipfel Rio+20 muss es auch um Verteilungsfragen gehen, sagt Michael Frein vom Evangelischen Entwicklungsdienst.

Greenwashing, Kommerzialisierung der Natur, Konzernagenda – mit solchen Schlagworten geißelten die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) beim thematischen Sozialforum Ende Januar im brasilianischen Porto Alegre das Green-Economy-Konzept im Zero Draft, dem ersten Entwurf für die Abschlusserklärung der Rio+20-Konferenz. In der Tat spiegelt dieses Modell einer Green Economy ein merkwürdiges Verständnis von nachhaltiger Entwicklung wider. Kein Wort von sozialer und ökologischer Gerechtigkeit, kein durchgehender Menschenrechtsansatz, keine roten Linien für die Nutzung und Ausbeutung der Natur, stattdessen grünes Wachstum, grüne Handelsliberalisierung und grüne Intensivierung der Landwirtschaft. Im Kern geht es darum, die jetzigen wirtschaftlichen Strukturen beizubehalten, nur umweltfreundlicher sollen sie werden.

Dass ein derartiges Konzept bei den allermeisten NGOs gerade aus dem Süden in Porto Alegre auf harten Widerstand traf, kann kaum verwundern. Allerdings waren von diesem Muster zwei Abweichungen zu beobachten. Die erste betrifft die brasilianischen Gewerkschaften und die Landlosenbewegung MST. Beide sind offenbar so eng mit ihrer Regierung verbunden, dass sie vor einer allzu harten Kritik an deren Politik zurückschrecken.

Die zweite Abweichung betrifft einige europäische NGOs, die für eine grüne Wirtschaft eintreten. Sichtlich verdattert mussten sie feststellen, dass ihnen auf den Podien des Sozialforums eine breite Front der Ablehnung entgegentrat. Das deutet auf eine schwierige Kommunikationsaufgabe hin: Es gilt zu erklären, warum eine grüne Wirtschaft gut, das Konzept einer Green Economy aus dem Rio+20-Vorbereitungsprozess aber schlecht ist.

Dazu gehört vor allem auch die Feststellung, dass die ökologische Rechnung bei der Rio+20-Green-Economy nicht aufgeht. So ist bei allem grünem Wachstum und aller Ressourceneffizienz der Welt kaum vorstellbar, dass das begrenzte Ökosystem Erde ein unbegrenztes Wachstum möglich macht.

Lässt man diesen Gedanken zu, dann stellen sich Verteilungs- und damit Gerechtigkeitsfragen neu: Das Versprechen, wonach mehr Wohlstand für alle am besten durch mehr Wachstum zu erzielen ist, verliert seine Grundlage.

Damit zusammenhängend taucht ein anderes Problem auf: Vor 20 Jahren war die Frage, wie wohl damit umzugehen wäre, wenn alle Chinesen Auto führen, ein interessantes Gedankenspiel, heute ist dieses Szenario zu einem großen Teil Realität. Und dem ob dieses Fortschritts zweifelnden Europäer wird selbstbewusst entgegengehalten, dass man im vergangenen Jahrhundert in den alten Industrieländern die Segnungen des modernen Individualverkehrs genossen habe, nun seien eben mal andere dran. Die heutige Antwort auf die Frage, wer nun fährt, lautet: alle, die es sich leisten können. Das sind aber offenbar schon jetzt zu viele, und viele andere stehen noch in den Startlöchern. Das Problem ist: Die Verteilungs- und Gerechtigkeitsfrage steht auf der Tagesordnung der globalen Umweltpolitik, die Rio+20-Green-Economy weiß darauf aber keine Antwort.

Eine Politik, die im Kern auf ein „Weiter so“ hinausläuft und dabei wesentliche Fragen ausblendet, ist für eine nachhaltige Entwicklung nicht hilfreich. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts brauchen wir ein anderes Rio, ein Rio, das Antworten darauf gibt, wie in einer globalen Gesellschaft mit begrenzten Ressourcen ein Leben in Würde für alle, für die heutigen und für die künftigen Generationen, ermöglicht werden kann. Ob die Rio+20-Konferenz dieser Herausforderung gerecht werden kann, muss sich erst noch erweisen.

Michael Frein ist Referent für Handel und Umwelt beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) in Bonn und Mitglied des Leitungskreises des Forums Umwelt und Entwicklung.

Kontakt: Tel. +49 (0)228 / 8101-2315, E-Mail: michael.frein@eed.de, www.eed.de/rio, www.rio-plus-20-blog.de

im schweizerischen Davos diskutierten 40.000 AktivistInnen aus aller Welt über sozial- und umweltverträgliche Alternativen zu den klassischen Wirtschaftsmodellen.

Im Mittelpunkt der Tagung stand die Erarbeitung eines Alternativprogramms zum UN-Entwicklungsgipfel, der Rio+20-Konferenz im Juni. Dabei geriet das von den Vereinten Nationen angestrebte Modell der sogenannten Green Economy in die Kritik der WSF-TeilnehmerInnen. Der kanadische Gentechnikkritiker Pat Mooney rief die Weltbürgerbewegung dazu auf, sich dem Besitz und der Kontrolle der natürlichen Ressourcen durch Wirtschaftskonzerne entgegenzustellen.

Alternative Lösungen müssten, so heißt es in der Bewegungserklärung des WSF, über den bisher angenommenen Gegensatz von Markt und Staat hinausgehen. Die AktivistInnen schlagen daher Eigentumsformen, sogenannte Commons oder Gemeingüter, als Ausweg vor. Lebensnotwendige Umweltgüter wie Luft, Energie, Wasser und Land würden so dem Zugriff der Märkte entzogen und nachhaltig genutzt werden. Ihre Vorschläge wollen die Globalisierungskritiker im Juni auf einem „Gipfel der Völker“ parallel zur Rio+20-Konferenz präsentieren. [cn]

- ▶ www.forumsocialmundial.org.br
www.weltsozialforum.org
- ▶ Berichte: www.taz.de/!s=weltsozialforum

Mongolischer Bergbau

Wasser für Gold

■ Der mongolische Bergbauboom bedroht die lokale Bevölkerung und das Klima. Darauf haben die Nichtregierungsorganisationen Urgewald, CEE Bankwatch und OT Watch in einem Bericht hingewiesen. Der geplante Kohle-, Gold und Kupferabbau werde das für Mensch und Natur notwendige Wasser verbrauchen, heißt es in dem im Februar veröffentlichten Report. Die Anwohner würden zudem nicht in Entscheidungen über die Planung eingebunden. Öffentliche Banken wie die

Osteuropabank sollten den Klimawandel bekämpfen und nicht den Bergbau unterstützen, forderte Regine Richter von Urgewald.

Bundeskanzlerin Angela Merkel war im Oktober in die Mongolei gereist, um Milliardenverträge mit den mongolischen Bergbauunternehmen abzuschließen. [hv]

- ▶ Urgewald, Regine Richter, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284822-70, Fax -79, E-Mail: regine@urgewald.de, www.kurzlink.de/bergbaumongolei2012
- ▶ www.taz.de/!79737/

Yasuní-ITT-Initiative

Kompromiss in Sicht

■ Im Streit um den Treuhandfonds für den Nationalpark Yasuní in Ecuador scheinen die ecuadorianische und die deutsche Regierung eine Lösung gefunden zu haben. Deutschland zahlt 34,5 Millionen Euro aus dem Entwicklungs- und dem Umweltministerium für den Naturschutz an Ecuador, jedoch nicht in den für den Nationalpark eingerichteten Fonds, sondern durch eigene entwicklungspolitische Projekte. Damit scheint erreicht, dass im ecuadorianischen Nationalpark nicht großflächig nach Öl gebohrt wird, da im letzten Jahr mit den jetzt von Deutschland versprochenen Mitteln die gewünschten 100 Millionen Euro zusammengekommen sind. Die ecuadorianische Regierung hatte angekündigt, die Ölförderung in dem artenreichen Nationalpark zu unterlassen, wenn sie von der Staatengemeinschaft entschädigt würde (umwelt aktuell 11.2011, S. 11).

Der Streit um Yasuní ist einer um die grundsätzliche Entwicklungspolitik. Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) will kein Geld in den Yasuní-Treuhandfonds zahlen, damit kein Präzedenzfall entsteht. Der Kompromiss würde ihm ermöglichen, bei dieser Position zu bleiben. Ecuador begrüßte das Zugeständnis Deutschlands, forderte jedoch weitere Hilfen. Die konkreten durch Deutschland finanzierten Projekte sollen im März bestimmt werden. [tg]

- ▶ www.taz.de/!86218

KLIMA & ENERGIE

Klimaschutz

Methan und Ruß statt CO₂

■ Klimaexperten haben Mitte Januar in einer neuen, im Wissenschaftsmagazin Science veröffentlichten Studie 400 Maßnahmen zum Klimaschutz auf ihre Wirksamkeit überprüft. Das überraschende Ergebnis: Statt sich im Kampf gegen den Klimawandel wie bisher auf CO₂ zu konzentrieren, sollten vielmehr andere Treibhausgase, allen voran die besonders starken Klimakiller Methan und Ruß, im Mittelpunkt stehen.

Schon länger diskutieren Experten, wie der Ausstoß von Methan und Ruß verringert werden kann. Mit der Science-Studie legen Forscher nun erstmals einen genauen Plan dafür vor. Allein durch 14 besonders effektive Maßnahmen, so die Studie, könne die Erderwärmung bis 2050 um ein halbes Grad und damit um etwa ein Drittel geringer ausfallen als prognostiziert. Eine der besten Methoden zur raschen Eindämmung des Methan- und Rußausstoßes sei dabei, entweichendes Methan im Bergbau, bei der Öl- und Gasförderung sowie aus Mülldeponien einzufangen. In der Landwirtschaft müssen Reisplantagen öfter trockengelegt und Gase aus Kuhdung und der Tierhaltung verringert werden. Ferner sollen Abgasfilter in Dieselaautos eingebaut, Fahrzeuge mit alten Motoren stillgelegt sowie Kochöfen modernisiert werden.

Die Umsetzbarkeit dieser besonders effektiven Klimaschutz- und Luftreinhaltemaßnahmen, die zugleich positive Effekte für Gesundheit und Nahrungsmittelversorgung gerade in den Metropolen Asiens hätten, steht nach Ansicht unabhängiger Experten allerdings auf einem anderen Blatt. Dies hätten viele vergebliche Projekte zur Modernisierung von Kochöfen in afrikanischen und asiatischen Ländern gezeigt. Immerhin sei nun bekannt, auf welche Maßnahmen man sich konzentrieren müsse. [jgl]

- ▶ www.sciencemag.org/content/335/6065/183

EU-Klimaziele I**Ehrgeiziger ist günstiger**

■ Die EU-Kommission hat Ende Januar ein lange erwartetes Arbeitspapier veröffentlicht, in dem sie Kosten und Nutzen einer Verschärfung des EU-Klimaziels auf 30 Prozent Treibhausgasmindering bis 2020 auf der Ebene der Mitgliedstaaten analysiert. Darin kommt die Kommission zu dem Schluss, dass die Kosten für alle Mitgliedstaaten geringer ausfallen als 2008 erwartet. Der Nutzen eines stärkeren Klimaziels überwiege in allen Mitgliedstaaten, wenn verringerte Treibstoffkosten sowie Umwelt- und Gesundheitsschäden in die Berechnung einbezogen würden.

Zwischen den Mitgliedstaaten gibt es laut dem Papier deutliche Unterschiede bei den Mehrkosten, die ein schärferes Klimaziel bedeuten würde. So würde ein 30-Prozent-Ziel für die Länder mit niedrigeren Einkommen deutlich teurer werden. Die Kommission schlägt aber einen Mechanismus vor, mit dem dies ausgeglichen werden könnte. Dabei soll die Erhöhung auf 30 Prozent vornehmlich über die Stilllegung von Zertifikaten im Emissionshandel (set-asides) erreicht werden. Daran könnten die reicheren Mitgliedstaaten stärker beteiligt werden, die erhöhten Einnahmen aus den Auktionen würden dagegen allen Mitgliedstaaten zugutekommen. Außerdem bekämen osteuropäische Mitgliedstaaten Klimagelder aus dem Kohäsionsfonds. Gleichzeitig betonte die Kommission, das gesamte Dokument sei kein Politikvorschlag.

Das Klimanetzwerk CANEurope begrüßte das Dokument und forderte von den Mitgliedstaaten, sich nun des kränkelnden Emissionshandels anzunehmen, damit Unternehmen wieder Anreize für CO₂-Einsparungen bekämen.

Die dänische EU-Ratspräsidentschaft hat unterdessen die Diskussion über mittelfristige Klimaziele für 2030 eröffnet. Sie schlägt vor, die EU-Emissionen bis 2030 um 40 Prozent zu verringern. Basisjahr ist jeweils das Jahr 1990. [am]

► Arbeitsdokument der EU-Kommission (engl.): www.kurzlink.de/movingup

EU-Klimaziele II**Klima- und Energiepolitik nach 2020**

■ Die EU-Kommission will den Rahmen für die Energiepolitik nach 2020 Ende nächsten Jahres aufstellen, um Investoren Planungssicherheit zu geben. Das sagte EU-Kommissar Günther Oettinger auf einer Konferenz im Februar in Brüssel.

Man werde auf dem Energiefahrplan 2050 aufbauen und klare Zwischenziele, im besten Fall verbindliche Ziele für 2030 setzen, so Oettinger. Europa sei weit davon entfernt, die langfristigen Klimaziele zu erreichen, betonte der Energiekommissar. Deshalb müssten alle Optionen, auch CO₂-Speicherung und Atomenergie, in Erwägung gezogen werden. Eine Einschränkung sieht Oettinger bei Biokraftstoffen. Diese seien noch nicht nachhaltig genug.

Kurz zuvor hatte der Umweltausschuss im EU-Parlament sich in einer Abstimmung zur Klimaroadmap 2050 (umwelt aktuell 04.2011, S. 13) für Emissionsminderungsziele von 40 Prozent für 2030 und 60 Prozent für 2040 ausgesprochen. Die ParlamentarierInnen wiederholten dabei ihre Forderung, Zertifikate aus dem Emissionshandel stillzulegen, und forderten die Kommission zu entsprechenden Vorschlägen auf. Außerdem müssten die indirekten Landnutzungsänderungen bei der Produktion von Biokraftstoffen in deren CO₂-Bilanz einbezogen werden (siehe S. 16). Eine Verschärfung des Klimaziels für 2020, das bei 20 Prozent liegt, lehnte die Mehrheit der Abgeordneten dagegen ebenso ab wie den Vorschlag, dem Agrarsektor einen 40-prozentigen Erneuerbaren-Anteil vorzuschreiben.

Die Grünen-Fraktion begrüßte die Unterstützung für die Klimaroadmap, kritisierte aber, dass eine Verschärfung des Klimaziels erneut abgelehnt wurde. Das alte Ziel untergrabe den Emissionshandel und sei ein Hindernis für aktive Emissionsminderungen und Investitionen in grüne Technologien, sagte Bas Eickhout, klimapolitischer Sprecher der Fraktion. [am, sl]

► DNR-Steckbrief: www.kurzlink.de/klimaroad

Luftverkehr**China boykottiert EU-Emissionshandel**

■ Kurz vor dem EU-China-Gipfel Mitte Februar ist der Streit um die Ausweitung des europäischen Emissionshandels auf den Luftverkehr eskaliert. Die Regierung in Peking untersagte den chinesischen Fluggesellschaften die Teilnahme am EU-Emissionshandel. Die Fluglinien dürften ohne Genehmigung keine zusätzlichen Abgaben zahlen, ordnete die Behörde für zivile Luftfahrt in China an.

Seit Anfang des Jahres müssen alle Airlines, die in der EU starten oder landen, Zertifikate für den CO₂-Ausstoß erwerben, um so die zunehmende Belastung des Klimas durch den Flugverkehr auszugleichen.

Die EU will angesichts der chinesischen Boykottankündigung hart bleiben. „Wir werden nicht zurückweichen“, sagte der Sprecher von EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard. „Natürlich bleibt die EU-Kommission zuversichtlich, dass die chinesischen Airlines der Gesetzgebung Folge leisten.“

Direkte Auswirkungen des Streits werden zunächst nicht erwartet. Trotz der Ausweitung auf den Luftverkehr im vergangenen Januar sollen Zahlungen für zusätzliche Verschmutzungsrechte erst ab 2013 fällig werden. Der EU-Delegationschef in Peking, Markus Ederer, erwartet daher zunächst Verhandlungen und hofft auf eine „internationale Lösung“ des Konflikts. Zuletzt könnte Brüssel aber auch Strafen in Höhe von 100 Euro pro Tonne Kohlendioxid verhängen.

Die chinesische Luftfahrtbehörde begründete ihr Vorgehen mit dem Argument, die Ausweitung des EU-Emissionshandels verstoße gegen internationales Recht. Ende vergangenen Jahres hatte der Europäische Gerichtshof (EuGH) demgegenüber das Gesetz zu den Klimaabgaben im Luftverkehr für rechtens erklärt. Neben China lehnen auch US-amerikanische und indische Behörden und Fluggesellschaften die neuen EU-Vorschriften ab. [cn]

► EuGH-Urteil: www.kurzlink.de/eughurteil

Energiewende

Weitere Kürzung der Solarförderung

■ Im Streit um die Kürzung der Solarförderung ist es Ende Januar zu einer Annäherung der Koalitionsfraktionen gekommen. Bei dem Treffen einigten sie sich auf einen begrenzten Zubau der Fotovoltaikanlagen von 2.500 bis 3.000 Megawatt Leistung pro Jahr bis 2020. In den Aktionsplänen der Koalition von 2010 sind bis 2020 insgesamt 52.000 Megawatt vorgesehen.

Bereits Mitte Januar hatten sich Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) und der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) auf eine monatliche Deckelung der Solarstromförderung geeinigt. Damit soll vermieden werden, dass es wie bei den bisherigen halbjährlichen Kürzungen der Zuschüsse vor dem Stichtag zu enormen Schlussverkaufseffekten kommt.

Im vergangenen Jahr war eine Rekord-Neuinstallation von 7.500 Megawatt Fotovoltaikleistung verzeichnet worden. Die Mehrkosten dieses zusätzlichen Solarstroms bezahlen die Stromkunden über eine Umlage, die das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) festlegt. Vonseiten des Verbraucherschutzes wächst nun der Druck auf den Umweltminister, die Stromkunden zu entlasten und das EEG zu novellieren. Während sich Röttgen für eine Erneuerung des EEG aussprach, schlug Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) im Interview mit dem Handelsblatt die Abschaffung des Gesetzes vor: Er sei „der Überzeugung, dass sich das EEG in seiner jetzigen Form überlebt hat und grundsätzlich reformiert werden muss“.

Der Anteil des Ökostroms am Energiemix in Deutschland liegt derzeit bei 20 Prozent. Davon deckt die Solarenergie etwa ein Fünftel ab. Kritiker bemängeln jedoch, dass deren Kosten sich auf rund acht Milliarden Euro im Jahr belaufen und damit die Hälfte der Gesamtmittel für erneuerbare Energien ausmachen. Zudem erwarten einige Experten bei der zunehmenden Einspeisung von Solarstrom netztechnische Probleme und hohe Kosten für die Anpassung der Verteilernetze. Demgegenüber hat eine

Zeitenwandel ohne Rückfahrkarte

Mittelfristig wird Solarstrom eine der günstigsten Energieformen überhaupt sein. Den Ausbau der Fotovoltaik politisch auszubremsen, nützt weder der Umwelt noch den Stromkunden, sagt Carsten Körnig vom Bundesverband Solarwirtschaft.

Das Zeitalter der konventionellen Energie aus Kohle, Öl und Uran läuft ab. Unwiderruflich. Unsichere und umweltschädliche Energieerzeugung wird entbehrlich, weil immer mehr Wind- und Solaranlagen Energie produzieren. Die Saat für dauerhaft kostengünstige, umweltfreundliche und sichere Energie ist gelegt. Das ist für die großen Energiekonzerne eine bittere Einsicht. Ihr Geschäftsmodell, das über Jahrzehnte hohe Renditen für wenige Aktionäre sicherte, funktioniert nicht mehr. So wie im 19. Jahrhundert das Erdöl den Waltran verdrängte, sind jetzt die Windkraft und vor allem die Solarenergie dabei, die konventionelle Energieerzeugung abzulösen. In Deutschland stammte 2011 bereits jede fünfte Kilowattstunde Strom aus regenerativer Quelle.

Die Energiewende ist gesellschaftsübergreifend gewünscht und parteiübergreifend beschlossen worden. Aber leider ist sie nicht zum Nulltarif zu haben. Der Umstieg auf neue Technologien bedarf immer einer Anschubinvestition. In den Ausbau der erneuerbaren Energien – vor allem in die Fotovoltaik – haben wir schon erhebliche Mittel investiert. Die Erfolge lassen sich bereits ablesen. Die Preise für schlüsselfertige Solarstromanlagen haben sich in den letzten drei Jahren halbiert. Damit liegt Solarstrom vom eigenen Dach jetzt auf dem Preisniveau der Verbraucherstromtarife. Schon 2013 können große Solarparks so günstig Strom produzieren wie Windkraft auf dem Meer. Mittelfristig wird Solarstrom zu einer der günstigsten Energien überhaupt, und der weitere Ausbau der Solarenergie fällt von den Kosten her kaum noch ins Gewicht. Wir stehen kurz davor, die Rendite für unsere Investitionen einzufahren.

Deswegen ist es widersinnig, jetzt auf die Bremse zu treten und den weiteren Ausbau der Fotovoltaik stark einzuschränken. Nicht nur, weil die Energiewende aufs Spiel gesetzt wird – eine solare Vollbremsung hätte kurzfristig nicht einmal wesentliche Einsparungen beim Strompreis zur Folge. Im Gegenteil: Solche politischen Eingriffe kämen langfristig ungleich teurer. Neue Kohlekraftwerke

kosten ebenfalls Milliarden, die letztlich die Stromkunden zu zahlen hätten. Umweltverträglich und unabhängig von Brennstofflieferanten würde die Energieversorgung ebenfalls nicht werden. Wir streben eine zu 100 Prozent erneuerbare Energieversorgung an, die auch volkswirtschaftlich für unser Land ein Gewinn ist. Allein die Fotovoltaik mit einem beträchtlichen Anteil regionaler Wertschöpfung steuert mittelfristig über 50 Milliarden Euro bei.

Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir einen weiteren Ausbau der Fotovoltaik in Deutschland. Die bestehenden Gesetze bieten hierfür einen geeigneten Rahmen: Durch die zum Teil sehr starken Förderkürzungen – allein 2012 um knapp 28 Prozent – greift die Kostenbremse. Zugleich können wir die Solarstromerzeugung auf dem Weg zur Wettbewerbsfähigkeit weiterführen. Technischer Fortschritt, Massenfertigung und ein harter internationaler Wettbewerb machen es möglich. Aktuelle Berechnungen der Prognos AG belegen, dass wir in Deutschland bis 2016 die Solarenergie um 70 Prozent ausbauen können und die Strompreise dadurch um lediglich 1,9 Prozent steigen.

Das zeigt: Drastische weitere Einschnitte gefährden die Energiewende und schützen nur die alte Energiewirtschaft. Wer heute die Solarförderung beschneidet, stellt Deutschlands Zugang zu einem der größten weltweiten Zukunftsmärkte infrage und riskiert willentlich über 100.000 Arbeitsplätze in Deutschland. Jetzt sind Augenmaß und politische Verlässlichkeit gefragt.

Carsten Körnig gründete 1998 die Unternehmensvereinigung Solarwirtschaft und ist seit 2006 Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Solarwirtschaft mit Sitz in Berlin.

Kontakt:

Tel. +49 (0)30 / 2977788-0, Fax -99,

E-Mail: info@bsw-solar.de,

www.energiesdiskussion.solarwirtschaft.de

vom BSW-Solar in Auftrag gegebene Studie nun festgestellt, dass die Kosten eines Netzausbaus für Solarstrom in Anbetracht der ohnehin jährlich für die Netzerneuerung aufzuwendenden Gelder von einer Milliarde Euro kaum ins Gewicht fallen. Das Ausbauziel im nationalen Aktionsplan, das einem Solarstromanteil von etwa zehn Prozent des Energiemix entspricht, sei ohne netztechnische Probleme erreichbar.

Die Umweltverbände warnten vor einer Preisgabe der Energiewende und sprachen sich für die Fotovoltaikförderung aus. NABU-Präsident Olaf Tschimpke sagte: „Wenn wir den Ausbau der Fotovoltaik verstetigen, wird dies deutlich günstiger sein als die Fortsetzung des umweltschädlichen Biogasbooms der letzten Jahre oder die riesigen Investitionen in die Offshore-windenergie.“ [ff]

- ▶ BSW-Studie: www.kurzlink.de/bswjan2012
- ▶ Röttgen: www.nn.de/1.1835859
- ▶ Rösler: www.handelsblatt.com/6072010.html

Energieeffizienz

Energieverbrauch stagniert

■ Im vergangenen Jahr ist der Primärenergieverbrauch in Deutschland um rund fünf Prozent gesunken. Wie die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen mitteilte, ging durch die milde Witterung vor allem der Verbrauch von Heizenergie stark zurück. Auch die gestiegenen Energiepreise wirkten sich positiv aus. Einen statistischen Effekt hatte zudem der Atomausstieg, da der Wirkungsgrad von Atomkraftwerken deutlich unter dem von erneuerbaren Energien und modernen Gaskraftwerken liegt.

Bereinigt um die Temperatureffekte lag der Energieverbrauch in Deutschland 2011 allerdings nur ein Prozent niedriger als im Vorjahr. Die AG Energiebilanzen sieht die Bundesrepublik dennoch auf gutem Wege, ihre Energiesparziele zu erreichen. 2020 soll der Energieverbrauch um 20 Prozent unter dem von 2008 liegen.

Der Anteil fossiler und nuklearer Energieträger am deutschen Energiemix ging deutlich zurück. Infolge des Atomausstiegs

sank der Anteil der Kernenergie um etwa 23 Prozentpunkte auf nun acht Prozent. Trotz leichter Rückgänge macht Mineralöl immer noch rund ein Drittel am Energiemix aus und bleibt die wichtigste Energiequelle. Weiter auf Wachstumskurs sind hingegen die erneuerbaren Energien. Ihr Anteil am Energieverbrauch wuchs im vergangenen Jahr um vier Prozentpunkte. [dh]

- ▶ Energiebilanz: www.kurzlink.de/ebila

Biokraftstoffe

Heiße Debatte um indirekte Landnutzungsänderungen

■ Die Debatte um die indirekte Landnutzungsänderung durch Biokraftstoffproduktion, im Fachjargon „indirect land use change“ (ILUC) genannt, dauert an. Nun sollen EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso sowie weitere hohe Kommissionsbeamte die fortlaufenden Uneinigheiten zwischen der Generaldirektion (GD) Klima und der GD Energie schlichten.

Indirekte Landnutzungsänderung findet statt, wenn Energiepflanzen zwar auf EU-zertifizierten Flächen angebaut werden, dabei aber den Anbau von Nahrungspflanzen auf Wald- oder Brachflächen außerhalb der EU verdrängen. Die durch Zerstörung dieser Flächen entstehenden Treibhausgasemissionen werden bisher nicht in die Klimabilanz der Biokraftstoffe einbezogen. Das könnte sich jedoch durch einen von der Kommission in Erwägung gezogenen ILUC-Faktor ändern.

Scharfe Kritik an dieser Idee übten Ende Januar Vertreter der Biokraftstoffbranche auf ihrer diesjährigen internationalen Fachtagung in Berlin. Der Vorsitzende der Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen (UFOP), Klaus Kliem, sieht dadurch das für den Verkehrssektor vorgesehene europäische Ziel eines Zehn-Prozent-Anteils erneuerbarer Energien bis 2020 gefährdet: „Es wäre das Ende vom Biodiesel in der EU.“ Bei Einführung eines ILUC-Faktors könnten viele Biokraftstoffe die EU-Anforderung, 35 Prozent weniger

Treibhausgasemissionen zu verursachen als fossile Brennstoffe, nicht mehr erfüllen und somit nicht zertifiziert werden. Die Biokraftstoffverbände kritisierten die bisher vorgebrachten Studien zu den Auswirkungen von ILUC als zu ungenau.

Eine gegensätzliche Einschätzung kommt von Umweltverbänden in Brüssel. So erklärte Transport & Environment, für viele Energiepflanzen seien die Studien aussagekräftig genug, um die Einführung eines ILUC-Faktors zu begründen.

Ein Legislativvorschlag der Kommission zum Umgang mit ILUC wird von EU-Beobachtern aufgrund der Uneinigheiten und der noch zu erarbeitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) erst für Juni erwartet. [cn]

- ▶ Studien und Hintergrund: www.kurzlink.de/ilucx

Schiefergas

Keine Regeln für Fracking?

■ EU-Energiekommissar Günther Oettinger sieht derzeit keine Notwendigkeit für eine europaweite Regelung für Bohrungen nach Schiefergas. So interpretiere er die Ergebnisse einer Studie im Auftrag der Kommission über die Risiken der Technik, sagte Oettinger Anfang Januar. Mitgliedstaaten könnten selbst entscheiden, ob sie die Gesetzgebung verschärfen wollten.

Ein Bericht des Europäischen Parlaments hatte im letzten Jahr eine Richtlinie zum Fracking gefordert und empfohlen, den Einsatz von Chemikalien bei den Bohrungen nach Schiefergas zu verbieten oder wenigstens zu begrenzen. Bei der Technik werden Wasser, Sand und Chemikalien unter hohem Druck in Gestein gepresst, um das Gas zu lösen. Umweltverbände befürchten unter anderem, dass Chemikalien ins Grundwasser gelangen. In Europa laufen zurzeit 20 bis 30 Probebohrungen, von denen die meisten in Polen und fünf in Deutschland stattfinden, wo das Fracking stark umstritten ist. [sl]

- ▶ Studie zum Fracking: www.ec.europa.eu/energy/studies/energy_en.htm

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Regionale Lebensmittel

Neues Kennzeichnungssystem soll Missbrauch verhindern

■ Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner hat Ende Januar ein neues Konzept zur Kennzeichnung von Lebensmitteln vorgestellt. Das sogenannte Regionalfenster ist ein freiwilliges dreistufiges Zertifizierungssystem, bei dem die Rohstoffherkunft, der Verarbeitungsort sowie die Kontrollinstitution benannt werden müssen. Das System soll missbräuchliche Regionalwerbung eindämmen.

Der Bundesverband der Regionalbewegungen (BRB) zieht jedoch die Wirksamkeit des Regionalfensters in Zweifel. So würden die Futtermittel nicht mit einbezogen, obwohl laut einer Studie des Bundeslandwirtschaftsministeriums 70 Prozent der Verbraucher bei regionalen Fleischprodukten Wert darauf legen, dass auch die Futtermittel aus der Region kommen. Außerdem fürchtet der BRB, dass neue Kosten durch Bürokratie für die kleineren Betriebe entstehen. Er bemängelt auch, dass viele wichtige Marktteilnehmer bei der Studie zur Regionalität, die als Grundlage des neuen Konzepts dient, nicht berücksichtigt worden seien, etwa das lebensmittelverarbeitende Handwerk. Der BRB fordert eine glaubwürdige Definition von Regionalität, die vor Missbrauch schützt, und ein privates Zertifizierungssystem, das alle Aspekte der Herstellung erfasst. [tg]

► www.kurzlink.de/regionalfenster2012

Lebensmittelkennzeichnung

EU-Abgeordnete stimmen gegen irreführende Werbung

■ Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat im Februar den Vorschlag der EU-Kommission für die

Zulassung irreführender gesundheitsbezogener Angaben auf Lebensmitteln abgelehnt. Der Kommissionsentwurf hätte den Herstellern ermöglicht, damit zu werben, dass der Anteil ungesunder Bestandteile eines Produkts wie Fett, Salz, Zucker und gesättigte Fettsäuren gegenüber einer früheren Version gesenkt wurde. Das hätte dazu geführt, dass die VerbraucherInnen womöglich gedacht hätten, ein Produkt sei dadurch gesünder geworden, sagte die Vorsitzende der Grünen im EU-Parlament, Rebecca Harms.

Die europäischen Grünen lobten das Abstimmungsergebnis. Damit habe sich das Europaparlament klar auf die Seite der Verbraucher gestellt, sagte Fraktionschefin Harms. Die EU-Gesetzgebung zur Lebensmittelkennzeichnung, zum Beispiel von Nährwerten oder gesundheitsfördernden Eigenschaften, müsse die nötigen Informationen auf leicht verständliche Art vermitteln. Statt die Kaufentscheidung zu erleichtern, hätte der Kommissionsvorschlag laut Harms aber zu mehr Verunsicherung geführt. Die EU-Kommission muss nun einen überarbeiteten Vorschlag vorlegen. [mbu]

- Zur Abstimmung des EU-Parlaments: www.kurzlink.de/eu-parl-kennz-02.12
- www.rebecca-harms.de

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarpolitik

50-Jahr-Feier mit Information und Demonstration

■ Die EU-Kommission hat Ende Januar eine Informationskampagne zu 50 Jahren Gemeinsamer Agrarpolitik (GAP) gestartet. In Berlin forderten kurz vorher gut 23.000 Demonstranten eine Neuausrichtung der Landwirtschaftspolitik in der Europäischen Union.

Eine interaktive Website, Ausstellungen und Veranstaltungen sollen den EU-Bürge-

rInnen einen Blick in Vergangenheit und Zukunft der GAP vermitteln. Vor 50 Jahren hätten die Europäer sich hauptsächlich um die Frage gesorgt, ob sie genug Essen auf dem Teller haben würden, sagte EU-Landwirtschaftskommissar Dacian Cioloș. Heute müsse man sich eher den Kopf über den Klimawandel und die nachhaltige Ressourcennutzung zerbrechen.

Zum Auftakt der Grünen Woche in Berlin hatte Cioloș die EU-Agrarreform mit einem Elefanten verglichen, den man nur in kleinen Schritten zu einer Wende bewegen könne. Er werde sich weiter für die Förderung einer umweltgerechten und bäuerlichen Landwirtschaft einsetzen, sagte Cioloș. Er warne aber vor zu hohen Erwartungen an die Reform der EU-Agrarsubventionen mit ihrem enormen Umfang von fast 60 Milliarden Euro pro Jahr.

Umweltverbände hatten die geplante Agrarreform kritisiert. Landwirte müssten lediglich auf sieben Prozent ihrer Flächen der Natur Vorrang einräumen. Damit die Landwirtschaft einen Beitrag für Klimaschutz und Biodiversität leistet, ist es jedoch nach Ansicht von Wissenschaftlern notwendig, zehn Prozent der Fläche für Hecken und Brachen freizuhalten.

In Berlin demonstrierten etwa 23.000 Menschen gegen Lebensmittelskandale, Gentechnik im Essen und Massentierhaltung sowie für eine bäuerliche und ökologische Landwirtschaft. Verbraucher-, Umwelt-, Entwicklungs- und Tierschutzverbände, Imker, Bäuerinnen und Bauern zogen unter dem Motto „Wir haben es satt! – Bauernhöfe statt Agrarindustrie“ zum Kanzleramt und verlangten von der Bundesregierung eine andere Agrarpolitik. Die Demonstranten kritisierten, dass die Bundesregierung bei der EU-Agrarreform eher die Agrarindustrie unterstütze als sich für die Forderungen der Zivilgesellschaft einzusetzen. Die Agrarzahungen aus Brüssel müssten an ökologische, soziale und Tierschutzkriterien gekoppelt werden, verlangten sie. Alle Agrarexportsubventionen müssten gestoppt werden. [mbu]

- EU-Seite „50 Jahre Gemeinsame Agrarpolitik“: www.ec.europa.eu/agriculture/50-years-of-cap
- Verbände: www.meine-landwirtschaft.de

Saatgut**Verbot für nicht registrierte Sorten vor dem Aus?**

■ Die Generalanwältin beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) Juliane Kokott hat im Januar dafür plädiert, das Vermarktungsverbot für Saatgut von Pflanzensorten aufzuheben, die nicht in offiziellen Sortenkatalogen registriert sind. Die Saatgutkampagne „Zukunft säen – Vielfalt ernten“ und die österreichische Bergbauernvereinigung Via Campesina Austria hoffen nun auf ein Grundsatzurteil zum Nutzen der Artenvielfalt. Wenn der EuGH dem Schlussantrag der Generalanwältin folgt, was häufig der Fall ist, werden entsprechende Regelungen im europäischen Saatgutrecht ungültig. Auch die Umsetzung der EU-Richtlinien durch die Mitgliedstaaten müsste dann überarbeitet werden.

Die Generalanwältin begründete ihr Votum damit, dass das Vermarktungsverbot die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit, der Freiheit des Warenverkehrs und der Gleichbehandlung verletze. Das Verbot ist sowohl im europäischen als auch im französischen Recht verankert. Kokott verwies auch auf die Gefahr der Zerstörung der Agrobiodiversität durch die Dominanz des industriellen Saatgutes: „Die Beschränkung der Landwirte auf zugelassene Sorten reduziert schließlich die genetische Vielfalt auf den europäischen Feldern.“

Die Saatgut-Kampagne und Via Campesina bezeichneten das Plädoyer der Generalanwältin als „sehr erfreuliches Ergebnis“ für alle, die sich der Erhaltung alter Pflanzensorten und der Verbreitung von deren Saatgut widmen. Den Rechtsstreit hatte das französische Netzwerk zur Saatguterhaltung Kokopelli initiiert, nachdem es wegen des Vertriebs nicht eingetragener Sorten zu 10.000 Euro Geldstrafe und Unterlassung verurteilt worden war. Gegen Kokopelli hatten auch die Europäische Kommission und der EU-Ministerrat sowie die Regierungen Frankreichs und Spaniens Partei ergriffen. [mbu]

- ▶ Plädoyer: www.kurzlink.de/eugh-plaed-saat
- ▶ www.saatgutkampagne.org

Genpflanzenzulassung**EU-Kommission plant neue Risikobewertung**

■ Das Institut für unabhängige Folgenabschätzung in der Biotechnologie Testbiotech hat den Gesetzesvorschlag der EU-Kommission zur Bewertung der Risiken gentechnisch veränderter Pflanzen als nicht ausreichend kritisiert. Der Ende Januar veröffentlichte Kommissionsentwurf betrifft die Zulassung von Gentechnikpflanzen in Lebens- und Futtermitteln. Wenn die EU-Mitgliedstaaten den Vorschlag annehmen, gäbe es zum ersten Mal rechtlich verbindliche Standards in der EU, nach denen die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA Zulassungsanträge prüfen müsste. Aus Sicht von Testbiotech kann mit den vorgeschlagenen Änderungen eine Gefährdung von Mensch und Umwelt jedoch nicht ausgeschlossen werden. Zwar zeigten die geplanten neuen Anforderungen der EU, dass die bisherige Risikobewertung durch die EFSA ungenügend sei, sagte Christoph Then von Testbiotech. Mit den neuen Vorschlägen würden die Zulassungen aber nur beschleunigt, die Anforderungen der EU-Rahmenrichtlinien für den Schutz von Umwelt und Verbrauchern blieben unerfüllt. Testbiotech fordert unter anderem eine umfassende Risikobewertung. An der Finanzierung solle sich die Industrie beteiligen. [mbu]

- ▶ Gesetzesvorschlag der EU-Kommission: www.kurzlink.de/eu-kom-gvo-zulass12
- ▶ Forderungskatalog von Testbiotech: www.testbiotech.de/node/614

Genpflanzen**BASF enttäuscht von Europa**

■ Der Chemiekonzern BASF verlagert seine Sparte Pflanzengentechnik in die USA. Das Unternehmen begründete dies mit der fehlenden Akzeptanz der Agrotechnik in weiten Teilen Europas. Die BASF werde sich in Zukunft auf die „Wachstumsmärkte“ in Asien, Nord- und Südamerika

konzentrieren, hieß es aus der Zentrale in Ludwigshafen. Entwicklung und Verkauf der Produkte, die nur für den europäischen Markt gedacht waren, würden gestoppt. Das bedeutet auch das Aus für die Gentechnikkartoffeln Amflora, Amadea und Modena auf europäischem Boden.

Gentechnikkritiker sehen in dem Schritt der BASF einen Erfolg ihrer Arbeit. Das Gen-ethische Netzwerk (GeN) wertet die Entscheidung als Eingeständnis einer Niederlage gegen die deutsche und europäische Zivilgesellschaft, die immer wieder breiten Widerstand gegen den Anbau von Genpflanzen gezeigt habe. [mbu]

- ▶ BASF: www.kurzlink.de/basf-gvo-stopppdf
- ▶ GeN: www.gen-ethisches-netzwerk.de

Patentrecht**Monsanto will Melone neu erfinden**

■ Die Koalition Keine Patente auf Saatgut und die Trägerin des Alternativen Nobelpreises Vandana Shiva haben im Februar einen Einspruch beim Europäischen Patentamt in München eingereicht. Dieses hatte im Mai 2011 dem US-Konzern Monsanto ein Patent für eine natürlich vorkommende Resistenz bei Melonen gegen ein pflanzenschädliches Virus eintragen lassen. Pflanzen seien keine Erfindung und könnten daher nicht patentiert werden, sagte Shiva. Patente auf Lebewesen, Gene und Züchtungen dürfe es nicht geben.

Das Bündnis Keine Patente auf Saatgut fordert eine Änderung der EU-Gesetze, um solche Patente zu verbieten (siehe S. 8). Einen weltweiten Aufruf mit dieser Forderung unterzeichneten bereits mehr als 23.000 Personen und 250 Organisationen, darunter NABU, Bund Naturschutz, Bioland und der Biobrancheverband BÖLW. [hv]

- ▶ Keine Patente auf Saatgut, Christoph Then, München, Tel. +49 (0)151 / 54638040, info@no-patents-on-seeds.org
- ▶ www.kurzlink.de/monsantomelone2-2012

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

EU-Biodiversitätspolitik

Kompensationsmaßnahmen auf dem Prüfstand

■ Eine von der EU-Kommission eingesetzte neue Arbeitsgruppe soll die Ansätze für den Erhalt der Natur unter die Lupe nehmen, die auf dem Prinzip des Ausgleichs von Eingriffen beruhen. Die Gruppe soll bis 2015 Pläne für die Initiative „No Net Loss“ entwickeln, wie in der EU-Biodiversitätsstrategie vorgesehen. Nach dem No-Net-Loss-Ansatz muss es für den Biodiversitätsverlust in einem Gebiet Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen geben. Für Mitte Februar (nach Redaktionsschluss) war ein erstes Treffen der Arbeitsgruppe in Brüssel geplant. [bv, mbu]

► EU-Biodiversitätsstrategie:
www.kurzlink.de/biodiv-2020-eu-strat

Invasive Arten

Konsultation zu „Aliens“

■ Bis zum 12. April können Interessierte an einer öffentlichen Befragung über die Bekämpfung gebietsfremder invasiver Arten teilnehmen. Die EU-Kommission will dafür, wie im vergangenen Jahr in ihrer Biodiversitätsstrategie 2020 angekündigt, neue Methoden einführen und sammelt nun Ideen. Invasive gebietsfremde Arten verursachen EU-weit Schäden in Höhe von rund 12,5 Milliarden Euro jährlich. Bisher gibt es in der EU keine Instrumente dagegen. Die Biodiversitätsstrategie sieht vor, dass in acht Jahren alle Arten, die außerhalb ihres natürlichen Lebensraums auftauchen, identifiziert sind. Der Verbreitung neuer invasiver Gattungen soll vorgebeugt werden und die prioritären Arten sollen bis 2020 bekämpft oder getilgt sein. Dazu soll noch in diesem Jahr ein legislatives Instrument eingeführt werden. [tg]

► Konsultation:
www.kurzlink.de/eu-consult-aliens-12

Natura 2000

Mängel lassen sich beheben

■ Wenn im Haushalt der Europäischen Union für 2014 bis 2020 mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, ist es möglich, die bestehenden Mängel bei der Umsetzung des europäischen Schutzgebietsnetzwerks Natura 2000 zu beheben. Das geht aus einem Bericht des Europäischen Umweltbüros (EEB) vom Februar hervor. Demnach ist zwar das Netz geschützter Gebiete stetig gewachsen, aber es fehlten häufig die Managementpläne, aus denen hervorgeht, welche Lebensräume und welche Arten nicht ausreichend geschützt sind und welche Maßnahmen ergriffen werden sollen. Die Autoren des EEB-Berichts schlagen vor, das LIFE-Programm der EU für Umweltmaßnahmen um das Fünffache aufzustocken, und fordern dafür einen „fairen Beitrag“ aus dem Agrarbudget sowie regionale und nationale Mittel. [mbu]

► EEB-Bericht (engl., PDF, 24 S., 1,6 MB):
www.kurzlink.de/eeb-natura.pdf



B U C H T I P P

Ökologisch, fair ...

... Ihr Einkaufsführer
für nachhaltigen Konsum
und gutes Leben!

G U T S C H E I N :

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch an uns senden.

- Hamburg/Schleswig-Holstein Berlin/neue Bundesländer
 Nordrhein-Westfalen Niedersachsen/Bremen

Verlag Das grüne Branchenbuch
Lasbeker Straße 9 - 22967 Tremsbüttel - Tel. 04532-21402
Fax: 04532-22077 - www.gruenes-branchenbuch.de
service@gruenes-branchenbuch.de

Ordnung: 13.02.12

Jetzt NEU für Niedersachsen - Bremen!
.... dort wo es Bio-Produkte gibt.

LUST AUF NATUR & Wildnis?

Nationalpark

Wo Mensch und Wildnis sich begegnen



NEU
im oekom
verlag

PROBEABO jetzt anfordern!

Zwei Ausgaben für nur
9 Euro (inkl. Versand)
unter: kontakt@oekom.de

LESEPROBEN für alle, die gleich

mehr über Wildnis, Nationalparks und Großschutzgebiete lesen möchten:
www.oekom.de/nationalpark



oekom
verlag

Biologische Vielfalt international

UN-Biodiversitätsrat kommt

■ Um den Einsatz gegen den anhaltenden weltweiten Verlust der Artenvielfalt besser zu koordinieren, soll voraussichtlich im Frühjahr der Biodiversitätsrat der Vereinten Nationen IPBES (Intergovernmental Panel for Biodiversity and Ecosystem Services) gegründet werden. Er soll sich an der Funktionsweise des Weltklimarats IPCC orientieren. Die Vereinten Nationen hatten sich bereits 2010 für IPBES ausgesprochen. Nach Verzögerungen hofft man nun auf einen Start im April bei der UN-Konferenz in Panama City. Eine Aufgabe des IPBES soll es sein, die öffentliche Aufmerksamkeit für den Artenschutz zu erhöhen. Zudem soll der Rat die vielen bestehenden Artenschutzmechanismen und Konventionen unter einen Hut bringen und verbessern. Zur Rettung der Biodiversität gibt es bereits UN-Beschlüsse, allerdings hapert es bei der Umsetzung. [mbu]

► www.kurzlink.de/ipbes-pm-01.2012

Mühlenberger Loch

EU-Beschwerde wegen laxer Ausgleichsmaßnahmen

■ Der BUND hat im Februar wegen des mangelnden Ausgleichs für den Airbus-Werksausbau in Hamburg bei der EU-Kommission Beschwerde gegen Deutschland eingereicht. Ziel sei ein Vertragsverletzungsverfahren, teilte der Umweltverband mit. Nach Ansicht des BUND hat die Hansestadt Hamburg die Kompensationsmaßnahmen für die teilweise Zuschüttung der Wattflächen im Mühlenberger Loch immer noch nicht vollständig geleistet, zu denen sie sich vor zwölf Jahren verpflichtet hatte. Um das Airbus-Werk in Hamburg-Finkenwerder zu erweitern, waren zwischen 2001 und 2004 Teile des 700 Hektar großen Mühlenberger Lochs mit Sand zugeschüttet worden. [mbu]

► www.bund-hamburg.bund.net

Waldzustandsbericht

Buchen unter Stress

■ Deutsche Buchenwälder weisen 2011 im Vergleich zu 2004 eine stärkere Kronenverlichtung auf, heißt es im jüngsten Waldzustandsbericht des Bundesagrarministeriums. Ursachen seien Wetterextreme und die Belastung der Wälder durch Ammoniak und Stickoxide. Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger forderte Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner dazu auf, die industrielle Tierhaltung zu reduzieren. Diese verursache 80 Prozent der Ammoniakemissionen. Die von der Unesco als Weltkulturerbe ausgezeichneten Buchenwälder seien als CO₂-Speicher von großem Wert, sagte Weiger. Im Januar hatten BUND, NABU, Greenpeace und das Forum Umwelt und Entwicklung bereits einen Einschlagstopp für alte Laubwälder gefordert. Nur so könne die 2007 beschlossene Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt umgesetzt werden. [hv]

► www.kurzlink.de/waldzustandsber2011

► www.bund.net

► Forum Umwelt und Entwicklung, László Maráz, Tel. +49 (0)30 / 678177589, www.forumue.de

STADT & REGION

Smart Cities

Nächste Runde eingeläutet

■ Die EU-Kommission will eine gemeinsame Plattform für alle Beteiligten an Projekten für umweltfreundlichere Städte schaffen, um den Erfahrungsaustausch zu fördern. Dazu sollen Arbeitsgruppen für ökologischen Stadtverkehr, effiziente Gebäude oder Wassermanagement gebildet werden. Die Schwerpunkte der Arbeitsgruppen werden über eine Befragung ermittelt. Im vergangenen Sommer hatte die Kommission die Initiative European Smart Cities and Communities gestartet, um vor allem die Energieeffizienz europäischer Städte zu steigern. Für intelligente Energie-

technologien in ausgewählten Pilotstädten stellte die EU 80 Millionen Euro aus dem siebten Forschungsrahmenprogramm zur Verfügung. Die eingereichten Angebote werden derzeit geprüft. Die Gewinner sollen im Sommer bekannt gegeben werden. [mbu]

- Smart Cities-Initiative der EU-Kommission: www.kurzlink.de/smart-cities-eu-12

Klimaschutz

Kommunen zahlen selbst

■ Trotz angespannter Haushaltslage finanzieren mehr als 80 Prozent der Kommunen ihre Maßnahmen zum Klima- und Umweltschutz aus Eigenmitteln. Das ist das wichtigste Ergebnis einer im Januar veröffentlichten Umfrage unter rund 1.200 deutschen Städten und Gemeinden. Die Studie informiert über Klima- und Umweltkonzepte von Kommunen. Für ein klima- und umweltverträgliches Wohnumfeld müssen die Kommunen in Zukunft viele Aufgaben neu definieren. Unter anderem müssen Flächennutzungs- und Bebauungspläne sowie Elemente des öffentlichen und privaten Nahverkehrs geändert werden. [mbu]

- Kurzübersicht Studie: www.energate.de/download/eg_Studie_1101_Prodktblatt.pdf

TIERSCHUTZ & ETHIK

EU-Tierschutzstrategie

Besserer Tierschutz geplant

■ Die EU-Kommission hat eine neue Strategie für ein umfassendes europäisches Tierschutzrecht verabschiedet. Die für 2012 bis 2015 angelegte Strategie soll auch verhindern, dass Mitgliedstaaten mit laxen Vorschriften Wettbewerbsvorteile haben. Als Beispiel nannte der zuständige EU-Kommissar John Dalli die mangelnde Umsetzung des Verbots der Käfighaltung

für Legehennen durch einige EU-Länder. Das habe gezeigt, dass einige Staaten nach wie vor Probleme mit dem Tierschutz hätten. Für die Jahre 2006 bis 2010 hatte die Kommission erstmals eine Tierschutzstrategie verabschiedet.

Der Deutsche Tierschutzbund und der Verband Vier Pfoten kritisierten den neuen Aktionsplan. Zwar strebe er die effektivere Umsetzung von Richtlinien und -verordnungen an, wie das geschehen solle, bleibe aber offen. Bestimmungen zu Tiertransporten, Wildtieren, Tierversuchen und zum Klonen fehlten völlig. Der Tierschutzbund appellierte an die Bundesregierung und die EU-Abgeordneten, bei dem Plan nachzubessern. [mbu]

- Strategie: www.kurzlink.de/eu-tierstrat-2012-15
- www.tierschutzbund.de/4815.html
- www.kurzlink.de/vierpfoten-eu-strat

Käfigverbot

13 EU-Länder pferchen Legehennen rechtswidrig ein

■ Die EU-Kommission hat 13 Mitgliedstaaten aufgefordert, die Legehennenrichtlinie umzusetzen. Seit Anfang 2012 gilt die bereits 1999 erlassene EU-Vorschrift, die Hühnern zumindest etwas mehr Platz verschaffen soll. Trotz zwölfjähriger Übergangsfrist ignoriert fast die Hälfte der Mitgliedstaaten das Verbot von sogenannten nicht ausgestalteten Käfigen.

Die Kommission forderte im Februar Belgien, Bulgarien, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Lettland, Ungarn, die Niederlande, Polen, Portugal und Rumänien mit einem Fristsetzungsschreiben auf, die seit Januar gültige Legehennenrichtlinie umzusetzen. Die Staaten haben die Richtlinie trotz wiederholter Aufforderung bisher nicht umgesetzt. Falls sie „nicht zufriedenstellend reagieren“, wird die Kommission das Vertragsverletzungsverfahren fortführen, an dessen Ende hohe Geldstrafen stehen können. [UWD]

- www.kurzlink.de/kaefigverbot-eu-2012

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Europaparlament

Spitzenposten neu besetzt

■ Die Europaabgeordneten haben im Januar ihre Vorsitzenden für die zweite Halbzeit der fünfjährigen Legislaturperiode gewählt. Der deutsche Sozialdemokrat Martin Schulz wird Parlamentspräsident. In seiner Antrittsrede machte Schulz deutlich, dass er sich für eine Stärkung des Parlaments einsetzen und in allen Politikbereichen „auf Augenhöhe mit dem Rat“ – der Vertretung der Mitgliedstaaten – verhandeln wolle.

Das Plenum wählte zudem 14 neue Vizepräsidenten, darunter die deutschen Parlamentarier Alexander Alvaro (FDP) und Rainer Wieland (CDU), und fünf neue Quästoren, die mit beratender Stimme im Präsidium sitzen. Gewählt wurden auch zahlreiche neue Ausschussvorsitzende und deren VertreterInnen. Den Vorsitz im Umweltausschuss übernimmt der deutsche Sozialdemokrat Matthias Groote von seinem Parteikollegen Jo Leinen. Groote will den Schwerpunkt auf eine „ökologische Industriepolitik mit Augenmaß“ legen. Bei Umweltgesetzen müssten neben den ökologischen auch die sozialen Folgen berücksichtigt werden, sagte der SPD-Politiker. Er wolle sein neues Amt nutzen, um zu einem Ausgleich zwischen Umwelt- und Industrieinteressen beizutragen. [bv]

- Ausschussvorsitzende und StellvertreterInnen: www.kurzlink.de/ausschussvorsitz2012
- SPD: www.kurzlink.de/groote-vorsitz-spd

Europäische Bürgerinitiative

Website online

■ Die EU-Kommission hat den Start für die Europäische Bürgerinitiative (EBI) im Januar auf einer Konferenz in Brüssel vorbereitet. Die Website der Bürgerinitiative ist nun online. Die durch den Vertrag von Lissabon neu geschaffene Möglichkeit der

direkten Bürgerbeteiligung (umwelt aktuell 03.2011, S. 23) kann jedoch erst ab April in Anspruch genommen werden. [bv]

- EBI: www.ec.europa.eu/citizens-initiative
- DNR-Steckbrief zur EBI: www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-ebi.pdf

EU-Ratspräsidentschaft

Wunschliste an Dänemark

■ BirdLife Europe erwartet von der dänischen EU-Ratspräsidentschaft im laufenden Halbjahr den Einsatz für mehr Naturschutz. Der europäische Naturschutzdachverband mahnte höhere Mittel für das Umweltförderprogramm LIFE, den Seevogel-Aktionsplan und die Nachhaltigkeit von Biomasse an. BirdLife und seine nationalen Partnerverbände wie der NABU hoffen nun, dass die EU-Reformvorhaben für die Haushalts-, Agrar-, Fischerei- und Strukturpolitik nachgebessert werden.

Bis 2013 müssen die Verhandlungen in den genannten Bereichen abgeschlossen sein, damit sie wie geplant 2014 in Kraft treten können. BirdLife fordert eine bessere Finanzausstattung der Vogelschutz- und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie sowie des EU-Schutzgebietsnetzwerks Natura 2000. Der Seevogel-Aktionsplan soll bis Ende Juni verabschiedet werden – allerdings will ihn die Kommission erst im Frühjahr vorlegen. Zudem erhofft sich BirdLife von Dänemark Druck auf die Kommission, damit diese Kriterien zur ökologischen Nachhaltigkeit von Biomasse auch bei indirekter Landnutzungsänderung (siehe S. 16) vorlegt und die Anstrengungen bei der Energieeffizienz erhöht.

Dänemark trägt zudem Verantwortung für die EU-Beiträge zur nächsten Vertragsstaatenkonferenz der UN-Biodiversitätskonvention im Oktober in Hyderabad (Indien). Zwar liegt im zweiten Halbjahr die Ratspräsidentschaft bei Zypern, das aber Dänemark wegen dessen größerer Erfahrung um Unterstützung gebeten hat. [tg]

- BirdLife-Papier: www.birdlife.org/eu/pdfs/2012GreeningEuropeDanish

EU-Umweltpolitik

Krise als Chance?

■ Das Institut für Europäische Umweltpolitik (IEEP) hat im Januar seine neue Studie zu den Herausforderungen und Möglichkeiten der europäischen Umweltpolitik veröffentlicht. Der Bericht gibt einen kurzen Überblick über die Hauptprobleme und Aufgaben der EU im Umweltbereich sowie die aktuellen Politiken und strategischen Diskussionen und bewertet diese.

In Europa dreht sich derzeit alles um die Wirtschaftskrise und ihre Lösungen. Der Bericht sieht darin keine guten Voraussetzungen für die EU-Umweltpolitik. Gerade durch diese Situation sehen die Autoren aber auch Chancen für eine beschleunigte Effizienzrevolution – hin zu einer Grünen Wirtschaft, Grünem Wachstum und mehr Ressourceneffizienz. [bv]

- www.kurzlink.de/ieepolicyreport2012

Nachhaltigkeit

EU überprüft Konsum- und Produktionsmuster

■ Die EU-Kommission hat eine neue Konsultation gestartet, um zu prüfen, inwieweit die schon vorhandenen Initiativen für „grüne Produkte“ durch wirksamere ersetzt werden könnten. Es geht um eine Reihe von Möglichkeiten zur Verbesserung des EU-Ansatzes für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster und zur Ressourceneffizienzsteigerung. Die Kommission schlägt unter anderem ein verbindliches System zur Produktkennzeichnung vor. Ein anderer Vorschlag betrifft die bessere Vermittlung der vorhandenen Instrumente. Hierzu bittet die EU-Kommission um die Meinung der Bevölkerung. Gefragt sind auch Ideen, um Menschen zu einem nachhaltigeren, weniger materiellen Lebensstil und Unternehmen zu nachhaltigeren Produktionsprozessen anzuregen. Die Konsultation läuft bis zum 3. April. [tg]

- www.kurzlink.de/consult-sustain-prod

Umweltschädliche Subventionen

Mit EU-Geld schneller voran auf dem Holzweg

■ Die Umweltorganisationen Friends of the Earth Europe (FoEE) und CEE Bankwatch haben sozial und umweltschädliche Investitionen der EU kritisiert. In einer Karte zeigen sie 33 schädliche Projekte in Mittel- und Osteuropa mit einem Volumen von 16 Milliarden Euro aus dem Kohäsionsfonds. Die Organisationen forderten EU-Parlament und Ministerrat auf, in den Verhandlungen über die künftige Kohäsionspolitik solche kontroverse Projektfinanzierung zu vermeiden. Wenn sie weiter nachteilige und „unsinnige“ Projekte fördere, werde die EU in Osteuropa substanziellen Schaden anrichten. [jg]

- Karte: www.bankwatch.org/billions
- FoEE, Markus Trilling, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 8931031, E-Mail: markus.trilling@foeeurope.org

Abfallrecht

EU mahnt Deutschland

■ Die EU-Kommission hat im Januar eine ganze Reihe von Verstößen gegen das EU-Umweltrecht angemahnt. Gegen Deutschland läuft ein Vertragsverletzungsverfahren, weil es die EU-Abfallrahmenrichtlinie nicht umgesetzt hat. Auch andere Mitgliedstaaten erhielten Mahnschreiben.

Bis Ende 2010 hätte die Abfallrichtlinie in nationales Recht übertragen werden müssen. Deutschland hat das bisher nicht getan. Auch zwölf weitere Staaten müssen nun binnen zwei Monaten auf die von der Kommission versandten Stellungnahmen reagieren (zweiter Schritt im Vertragsverletzungsverfahren). Anderenfalls kann die Kommission den Europäischen Gerichtshof anrufen und Geldstrafen verlangen (dritter Schritt). Der erste Schritt, ein Mahnschreiben, war im Januar 2011 erfolgt. Doch von 23 angeschriebenen Staaten reagierten 13 bisher nicht adäquat. [jg]

- www.kurzlink.de/vertragverletzt2012-1

„Kein Großprojekt darf mehr gegen geltende Gesetze und gegen die Bürger realisiert werden“

Mit dem „Fahrplan Bürgerbeteiligung“ steht Baden-Württemberg vor einem politischen Paradigmenwechsel. In der Auseinandersetzung um Stuttgart 21 ist aber die Vielfalt des Handelns weiter wichtig. Mit der Politik zu diskutieren, rechtliche Möglichkeiten auszuschöpfen und auf der Straße zu demonstrieren können sich dabei ergänzen, sagt Brigitte Dahlbender vom BUND.

umwelt aktuell: Frau Dahlbender, eines der wichtigsten Versprechen beim Regierungswechsel in Stuttgart war eine wesentlich stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger – nicht nur bei Großprojekten. Ende Januar hat Grün-Rot nun einen „Fahrplan Bürgerbeteiligung“ angekündigt. Beginnt jetzt in Baden-Württemberg ein neues Zeitalter der direkten Demokratie?

Brigitte Dahlbender: Die Landesregierung hat angekündigt, dass sie die Quoren für Volksabstimmungen und Bürgerbegehren senken und die Beteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen erweitern will. Außerdem soll ein Leitfaden für mehr Bürgerbeteiligung erarbeitet werden. Das alles ist nicht nur ein Schritt in die richtige Richtung, es ist auch ein Paradigmenwechsel im Umgang mit bürgerschaftlichem Engagement in Baden-Württemberg.

Laut Umfragen fühlen sich zwei Drittel der Deutschen zu wenig über ihre Beteiligungsmöglichkeiten bei Planungsvorhaben informiert. Die Bundesregierung überlegt jetzt, bei Großprojekten einen sogenannten Bürgerdialog vorzuschalten. Ist das der richtige Weg?

Solche Bürgerdialoge sind ein guter Ansatz, aber sie reichen nicht aus, weil sie keine Rechtskraft haben. Die Art und Weise der Bürgerbeteiligung und die genauen Abläufe müssen im Planungsrecht verbindlich verankert werden. Der BUND hat dazu ein Sechs-Punkte-Programm mit detaillierten Vorschlägen vorgelegt. So sollen zum Beispiel ergebnisoffene Grundsatzdiskussionen in einem verbindlichen Raumordnungsverfahren schon vor dem konkreten Planungsbeginn veranstaltet werden. Dabei sollen echte Alternativen diskutiert werden – auch eine Nullvariante, also der Verzicht auf das Vorhaben. Anschließend können die Parteien, auch die betroffenen Verbände, die in dem Verfahren ergangene Entscheidung gerichtlich überprüfen lassen. So ein Verfahren ist nicht nur demokratischer, sondern auch kostengünstiger, einfacher und schneller. Denn wenn die Akzeptanz des Vorhabens und des Standorts frühzeitig bekannt und die Alternativen geklärt sind, lassen sich Fehlplanungen und langjährige politische Auseinandersetzungen vermeiden. Sehr wichtig ist

bei alledem, dass diese Form der Bürgerbeteiligung eindeutig in den Gesetzen festgelegt wird und dass die Nichteinhaltung der Abläufe sanktioniert werden kann. Es darf keine Schlupflöcher geben.

Nach der Volksabstimmung im letzten November schien die Bewegung gegen Stuttgart 21 auseinanderzubrechen. Nun gehen wieder Hunderte gegen das Projekt auf die Straße. Andere vertrauen auf die grünen und roten Minister und eine neue Debattenkultur. Wie soll es weitergehen?

Ich sehe da keinen Gegensatz. Es gehört zu dieser Debattenkultur, dass man demonstrieren geht, wenn es die Situation erfordert. Parallel dazu wird mit der Landesregierung diskutiert oder es werden rechtliche Wege beschritten, um weitere Klärungen herbeizuführen. Da bei der Volksabstimmung viele Fragen zu Stuttgart 21 ungeklärt geblieben sind oder gar nicht offengelegt wurden – zum Beispiel die vollständigen Kosten oder die fehlenden Planfeststellungen wichtiger Teilabschnitte –, war zu erwarten, dass das Ergebnis keine Befriedung bringen würde. Nun gilt wieder die Vielfalt des Handelns.

Die Umweltverbände begründen ihre Klagen gegen die Baumfällungen in Stuttgart mit der Gefährdung einer Juchtenkäferpopulation. In den Augen der Bevölkerung ist das kein besonders starkes Argument. Ist mit der Rettung einer Käferart im Schlosspark wirklich etwas erreicht?

Der BUND engagiert sich bei Weitem nicht nur für einzelne Arten. Es geht in der Auseinandersetzung darum, ob der Natur- und Artenschutz weiter als Recht zweiter Klasse behandelt wird oder ob er endlich den Stellenwert bekommt, den ihm der Gesetzgeber zugedacht hat. Und hier gibt es durchaus Erfolge zu vermelden: Wir haben durch unser beharrliches Vorgehen klarmachen können, dass es ab jetzt kein Großprojekt mehr geben darf, das ohne Rücksicht auf die geltenden Gesetze umgesetzt wird. Wir haben es geschafft, dass der Artenschutz bei Bauvorhaben im Bewusstsein der Bauherren wie auch der Bürgerinnen und Bürger verankert wird. Nun liegt es an der Politik und der Verwaltung, dass das dem Naturschutz

zustehende Recht in Zukunft bei allen Bauvorhaben eingehalten wird.

In Stuttgart hat Ihr Verband, der BUND Baden-Württemberg, gut mit vielen anderen Verbänden und Aktiven zusammengearbeitet, anderswo klappt es nicht immer so mit der Verbändekooperation. Lag es am gemeinsamen großen Gegner oder haben Sie ein besonderes Rezept?

Bei uns kooperieren die Verbände seit Jahrzehnten und wir haben sehr gute Erfahrungen damit gemacht. Wir führen permanent gemeinsame Projekte und Veranstaltungen durch, dafür brauchen wir überhaupt keine Gegner. Wir handeln bei bestimmten Fragen und Projekten in dem Bewusstsein, dass wir gemeinsam stark sind, und wir respektieren uns dort, wo wir vielleicht einmal nicht gleicher Meinung sind.

Was möchten Sie gerne tun, wenn die Stuttgart-21-Auseinandersetzung Geschichte ist?

Der BUND Baden-Württemberg ist seit jeher breit aufgestellt und hat auch unabhängig von Stuttgart 21 genug zu tun. Wir arbeiten intensiv an der Energiewende in unserem Bundesland, wir möchten den Biotopverbund verwirklichen und das Konzept „Zukunftsfähiges Deutschland“ weiterverfolgen – das sind nur drei Beispiele. Diese Projekte und noch viele andere haben wir auch bisher parallel zu unserem Engagement zu Stuttgart 21 verfolgt und wir werden sie weiterführen und verstärken.

[Interview: Matthias Bauer]

Die Biologin, Geografin und Mediatorin Dr. Brigitte Dahlbender ist seit 1997 baden-württembergische Landesvorsitzende des BUND. Bis November 2011 war sie eine von zwei SprecherInnen des Aktionsbündnisses gegen Stuttgart 21.

**Kontakt: Tel. +49
(0)711 / 6203060,
E-Mail: brigitte.
dahlbender@bund.net,
www.bund-bawue.de**



EU-Umweltverträglichkeitsprüfung**Tschechien gibt nach**

■ Während die EU-Kommission für das laufende Jahr die Überarbeitung der Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) plant, hat die tschechische Regierung endlich grünes Licht für ein Gesetz gegeben, das die nationale UVP mit EU-Recht in Einklang bringt. Damit beendet das Land einen Streit mit der Kommission. 2010 verpflichtete der Europäische Gerichtshof Tschechien dazu, die UVP entsprechend der EU-Gesetzgebung zu gestalten. Die Regierung in Prag hatte dies bis jetzt ignoriert, vor allem weil sie die in der europäischen UVP vorgesehene Bürgerbeteiligung ablehnt. Sie befürchtet, dass dies beispielsweise den Ausbau des Atomkraftwerks Temelín verzögern könnte. Tschechien will dort zwei neue Reaktorblöcke bauen und zusammen mit einem dritten Block in Dukovany seinen Atomstromanteil von 30 auf 50 Prozent steigern. [mbu]

- ▶ Fahrplan für die Revision der EU-UVP-Richtlinie: www.kurzlink.de/review-eia-directive

Planfeststellungsverfahren**Mehr Bürgerbeteiligung**

■ Deutschland will seine BürgerInnen früher an der Planung großer Bauvorhaben beteiligen. Im Februar legte das Bundesinnenministerium (BMI) dazu einen Gesetzesentwurf vor. Kern des Vorhabens ist eine Reform des Planfeststellungsverfahrens. Bisher wurden betroffene Bürger und Behörden im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens angehört, wenn große Teile der Planung schon abgeschlossen sind. Um Einwände besser zu berücksichtigen, sollen Bürger und Behörden in Zukunft schon gehört werden, bevor der eigentliche Bauantrag gestellt wird. Anerkannte Umweltverbände sollen betroffenen Bürgern gleichgestellt werden. Das Kabinett muss noch über den Entwurf abstimmen. [dh]

- ▶ BMI, Tel. +49 (0)30 / 18681-45555, Fax -545555, E-Mail: vll1@bmi.bund.de, www.bmi.bund.de

Endlagerung**Atommüll soll irgendwie weg**

■ Ministerien, Bund und Land sind sich einig, dass der Atommüll aus dem Versuchsendlager Asse in Niedersachsen geborgen werden muss. Wie, sei aber noch offen, berichtete im Januar die Tageszeitung Taz. SPD und Grüne fordern wegen des instabilen Zustands des Lagers die Anwendung des Gefahrenabwehrparagrafen 19 des Atomsicherheitsgesetzes. Eine andere Möglichkeit ist ein Sondergesetz. In das frühere Salzbergwerk bei Wolfenbüttel wurden in den 1970er- und 80er-Jahren 126.000 Fässer mit Atommüll verbracht, um die Endlagerung großtechnisch zu erproben. Das Bergwerk droht mittelfristig einzustürzen, zudem sickern täglich rund 12.000 Liter Flüssigkeit hinein. Das könnte zu radioaktiver Verseuchung des Grundwassers führen. Experten glauben, dass die meisten Fässer brüchig sind und in dem Stollen 50.000 Kubikmeter Brei aus Atommüll, Behälterresten und Salz liegen. [tg]

- ▶ www.taz.de/!86051
- ▶ www.asse2.de

Initiativenkongress**Neue Energiebewegung**

■ Klimaaktivisten in Deutschland wollen sich mehr auf lokale Konflikte orientieren, etwa mit Kampagnen gegen Kohle und CCS oder mit Aktionen für kostenlosen Nahverkehr. Das wurde bei einem Kongress im Februar in Berlin deutlich. UN-Klimagipfel seien für eine Zuspitzung schlecht geeignet, sagte Chris Methmann vom Attac-Koordinierungskreis. Oft sei dabei unklar, wer Verbündeter und wer Gegner sei, so der Politologe gegenüber dem Magazin Telepolis. Vor der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen hatte sich vor zwei Jahren auch in Deutschland eine Klimabewegung entwickelt. Mit dem Scheitern der Konferenz gerieten jedoch auch die Aktivisten in eine Krise. [mb]

- ▶ www.telepolis.de/blogs/2/151363

Förderung**EU vereinfacht Stiftungsrecht**

■ Die EU-Kommission hat im Februar einen Vorschlag für das Statut einer Europäischen Stiftung vorgelegt. Dadurch sollen Stiftungen gemeinnützige Tätigkeiten einfacher grenzübergreifend fördern können. Die Europäische Stiftung würde neben inländischen Stiftungen bestehen und wäre in allen Mitgliedstaaten grundsätzlich gleich, aber freiwillig. [bv]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Reference: IP/12/112)

Forschung**Deutschland erforscht Umwelt**

■ Das Bundesumweltministerium hat im Januar den Umweltforschungsplan (UFOPLAN 2012) dieses Jahr veröffentlicht. Er konkretisiert die Prioritäten und Ziele der Umweltpolitik durch einzelne Forschungsvorhaben. Die Ressortforschung des BMU soll einen Beitrag als Brücke zwischen Forschung und Bundespolitik leisten. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/ufoplan2012

Fracking**Bulgarien schützt Wasser**

■ Das bulgarische Parlament hat im Januar ein landesweites Verbot der Gasförderung durch Fracking verabschiedet. Verstöße werden mit einer Geldstrafe von bis zu 50 Millionen Euro und der Beschlagnahme der Geräte geahndet. In der Bevölkerung hatte es zahlreiche Proteste gegeben. Auch Experten befürchten eine Verschmutzung des Trinkwassers und eine Erhöhung der Erdbebengefahr. Bulgarien ist nach Frankreich das zweite EU-Land, das ein Verbot durchsetzt. Bohrungen und Proteste gibt es auch in Deutschland (umwelt aktuell 08/09.2011, S. 2). [hv]

- ▶ www.kurzlink.de/frackingverbot-bg

VERKEHR & TOURISMUS

Verkehrsverlagerung**Mehr Schienengüterverkehr**

■ Laut Statistik hat der Schienengüterverkehr die Krise überwunden. Er kam 2011 wieder auf einen Marktanteil von knapp 18 Prozent. Damit sei der Einbruch von 2009, als der Anteil auf 16,5 Prozent gesunken war, wettgemacht, hieß es bei der Allianz pro Schiene. Um noch mehr Güter auf die Schiene zu bringen, müsse aber die Infrastruktur ausgebaut werden. [mbu]

- ▶ www.kurzlink.de/statistikschiene2011
- ▶ www.allianz-pro-schiene.de

Alternative Mobilität**Mehr Elektrofahrräder**

■ Der ökologische Verkehrsclub VCD hat eine Kampagne für Elektrofahrräder gestartet. Die E-Räder werden immer beliebter und haben nach Ansicht des VCD großes Potenzial, den Autoverkehr auf Nahstrecken abzunehmen. Um mehr Menschen auf die Elektroräder zu bringen, hat der VCD die Internetseite e-radkaufen.de eingerichtet. Sie informiert über Reichweite und Gewicht von E-Rädern sowie über Rechtsfragen und Radwegnutzung. [tg]

- ▶ VCD, Anja Smetanin, VCD, Berlin, Tel. (0)30 / 280351-12, www.e-radkaufen.de

WASSER & MEERE

Überfischung**Fanggebiete verzehnfacht**

■ Ein Bericht im Auftrag des WWF zeigt die zunehmende weltweite Überfischung von 1950 bis 2006. Die Flotten der EU-Fischerei haben ihre Fanggebiete demnach

in diesem Zeitraum verdreifacht, weltweit ist sogar eine Verzehnfachung zu verzeichnen. Die Studie der Universität Vancouver dokumentiert mit interaktiven Karten den Wachstumsprozess der intensiven Fischerei. Dabei ist auch zu sehen, wie intensiv jede Fläche genutzt wird. Die Ergebnisse zeigten, dass die EU-Fischerei wesentlich zur Belastung der globalen Fischbestände beitrage, so der WWF. Die Stiftung fordert, dass bei der laufenden EU-Fischereireform Treibstoffsubventionen für Fangflotten abgeschafft werden. Fischereiabkommen der EU mit Drittländern müssten künftig so gestaltet werden, dass nur intakte Fischbestände genutzt würden und nur Fisch gefangen werde, den das Partnerland selbst nicht nutzen kann. [am]

- ▶ Studie und interaktive Karten: www.wwf.de/eu-fischereireform/weltweite-ueberfischung

Nachhaltige Entwicklung**Saubere Meere, grünes Wachstum**

■ Saubere und intakte Meere und Küstenregionen sind ein Grundstein für „grünes Wachstum“. Zu diesem Schluss kommt das UN-Umweltprogramm UNEP in einem im Februar vorgelegten Bericht. Besonders in Entwicklungs- und Schwellenländern seien die Meeresökosysteme für viele Menschen eine Lebensgrundlage. Für die UNEP-Experten ist ein nachhaltiger, schonender Umgang mit dieser Ressource deshalb wichtig für die Armutsbekämpfung und die wirtschaftliche Entwicklung. Meere und Küsten könnten einen vielfältigen Beitrag zu einer Green Economy leisten, so der Bericht. Durch Offshorewindparks, Ökotourismus oder nachhaltige Fischerei ließen sich Meeresschutz und grünes Wachstum verbinden. „Grüne“ Investitionen in Meere und Küstenregionen sind für das UNEP zentrale Punkte für eine CO₂-arme, ressourceneffiziente Wirtschaft. [dh]

- ▶ Bericht „Green Economy in a Blue World“ (2,2 MB): www.unep.org/pdf/green_economy_blue.pdf

Globalisierung**Weltwasserforum und Gegenbewegung**

■ Vom 12. bis 17. März finden in Marseille das sechste Weltwasserforum und das alternative Weltwasserforum statt. Die internationalen Konzerne Veolia und Suez laden Vertreter aus Behörden, Regierungen und Unternehmen ein, um über Möglichkeiten zur Bewältigung der Wasserkrise zu diskutieren. Viele Gruppen werfen jedoch dem Weltwasserforum vor, ein Sprachrohr transnationaler Unternehmen und der Weltbank zu sein. Sie treffen sich zum alternativen Weltwasserforum FAME, um zu zeigen, dass es noch weitere Meinungen außer denen der zum Weltwasserforum geladenen Vertreter gibt. Die Aktionsgruppen beziehen sich auf die Erklärung der UN, die 2010 Wasser als Menschenrecht definierte. Sie setzen sich für den Gewässerschutz und eine alternative Wasserverwaltung auf ökologischen und demokratischen Grundlagen ein. Auf der Tagesordnung für FAME stehen schon 140 unterschiedliche Themen, darunter Landwirtschaft, Klimawandel, Energie und Fracking. [tg]

- ▶ www.fame2012.org

EU-Gewässerschutz**Künftig mehr Stoffe prioritär**

■ Mit einem Ergänzungsvorschlag zur Richtlinie über prioritäre Stoffe will die EU-Kommission eine bessere Kontrolle wassergefährdender Substanzen erreichen. Mit dem im Februar veröffentlichten Gesetzesvorschlag sollen bestehende Regelungen verschärft und die Liste prioritärer Stoffe um 15 Substanzen ergänzt werden.

Die Liste Stoffe umfasst derzeit 33 chemische Substanzen, die die Kommission, das Europäische Parlament und die EU-Minister als „prioritäre Stoffe“, „prioritäre gefährliche Stoffe“ oder „prioritäre gefährliche Stoffe zur Prüfung“ eingestuft haben. Einleitungen und Emissionen dieser Stoffe ▶

sollen begrenzt oder ganz eingestellt werden. Sechs der neuen Stoffe stuft die Kommission als „prioritär gefährlich“ ein, diese müssten dann binnen 20 Jahren schrittweise aus dem Verkehr gezogen werden.

Umweltverbände begrüßten die Rechtsvorschlüsse der Kommission. Das Europäische Umweltbüro und Greenpeace lobten besonders den Vorschlag, erstmalig pharmazeutische Substanzen in die Liste der prioritären Stoffe aufzunehmen. Beide Verbände kritisierten die Vorschläge der Kommission aber gleichzeitig als nicht ausreichend, da von 2.000 potenziell gefährlichen Substanzen nur 15 in den Rechtsrahmen aufgenommen werden sollen. [dh]

- ▶ www.kurzlink.de/com-prop-prio-sub-02
- ▶ EEB, Referentin für Biodiversität und Wasser Sarolta Tripolszky, Brüssel, Tel. +32 (0)22 / 891093, E-Mail: sarolta.tripolszky@eeb.org, www.eeb.org

Flusspolitik

Reinhaltung des Rheins von jetzt an gemeinschaftlich

■ Die deutschen Bundesländer mit Anteilen am Rheineinzugsgebiet und das Bundesumweltministerium haben im Januar die Flussgebietsgemeinschaft Rhein (FGG Rhein) gegründet. Die FGG Rhein löst die Kommission zur Reinhaltung des Rheins ab, die bisher für die Vertretung auf internationaler Ebene zuständig war. Künftig sollen innerhalb der FGG Rhein wichtige wasserwirtschaftliche Themen vor Entscheidungen der Internationalen Kommission zum Schutze des Rheins (IKSR) diskutiert und die Positionen abgestimmt werden. Außerdem wird der Vorsitz nicht mehr jährlich vergeben, sondern immer für eine dreijährige Periode. Das soll mehr Kontinuität und eine effizientere Organisation ermöglichen und vor allem Uneinigkeiten der deutschen Delegation bei Sitzungen der IKSR vermeiden. Für die ersten drei Jahre übernimmt das hessische Umweltministerium den Vorsitz. [tg]

- ▶ www.kurzlink.de/ffg-rhein2012

Müll im Meer

Plastikfischer

■ Sporttaucher wollen künftig Müll aus Nord- und Ostsee sammeln, um auf das Plastikproblem aufmerksam zu machen und lokale Ökosysteme zu schützen. Das haben der Verband Deutscher Sporttaucher (VDST) und der NABU auf der Wassersportmesse Boot 2012 im Januar als gemeinsame Aktion vorgestellt.

Kunststoffe im Wasser haben verheerende Folgen für die Tierwelt. Seevögel und Meerestiere ersticken oder verhungern an den Abfällen, weil Plastik ihre Mägen füllt. Fische und Muscheln sind mit Mikroplastik belastet, wodurch toxische Substanzen in die Zellen dringen. Die genauen Auswirkungen sind noch unbekannt. [hv]

- ▶ VDST, Fachbereichsleiter Umwelt Ralph Schill, Tel. +49 (0)172 / 7304726, E-Mail: umwelt@vdst.de
- ▶ www.kurzlink.de/muellimmeerflyer2012

Elbvertiefung

Planfeststellung im Dunkeln

■ Die Umweltverbände erhalten keine Einsicht in Unterlagen zum Planfeststellungsverfahren über die geplante Elbvertiefung in Hamburg. Einen Antrag nach dem Umweltinformationsgesetz lehnte die Wasser- und Schifffahrtsdirektion (WSD) ab. Auch betroffene Gemeinden bekommen keinen Zugang zu den Dokumenten. Die Verbände kritisieren, dass sie damit nur vier Wochen Zeit zur Prüfung des umfangreichen Entwurfs zum Planfeststellungsbeschluss hätten, und bezeichneten das Vorgehen der WSD als vertane Chance zur Konfliktvermeidung. Wenn Verbände und Anliegergemeinden die Entwürfe rechtzeitig erhielten, könne bei Kritikpunkten nachgebessert werden. Das Verfahren sei zudem unfair, da Befürwortern aus der Wirtschaft der Entwurf vorliege. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/bundnabuwf-elbe-112
- ▶ NABU Hamburg, Alexander Porschke, Tel. +49 (0)172 / 4037167, www.hamburg.nabu.de/themen/elbvertiefung

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Ressourceneffizienz

Warnung vor „Peak Metal“

■ Nur eine deutliche weltweite Steigerung der Ressourceneffizienz kann einen baldigen Engpass bei metallischen Rohstoffen abwenden. Darauf hat eine Studie für das diesjährige Weltwirtschaftsforum Ende Januar in Davos hingewiesen. Wie der Umweltinformationsdienst ENDS Europe berichtete, muss die Recyclingrate laut der Untersuchung bis 2030 von derzeit 38 Prozent auf 51 Prozent steigen, damit die Welt um einen „Peak Metal“ herumkommt. Die Autoren vom Wirtschaftsforschungsinstitut Oxford Economics sehen jedoch viele Hindernisse für einen raschen Übergang zum ressourcenschonenden Wirtschaften, darunter komplexe Lieferketten, fehlende politische Anreize und mangelnde Voraussicht sowie eine verwirrende Vielfalt von Ökostandards. [mb]

- ▶ Studie: www.kurzlink.de/wef-efficiency.pdf

Nachhaltiges Wirtschaften

UN-Entwurf vorgelegt

■ Ein neues, von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon geleitetes Beratungsgremium hat im Januar ein Strategiepapier für mehr Nachhaltigkeit in der Wirtschaft vorgelegt. Das Gremium fordert eine Neuausrichtung ökonomischer Praktiken. Dafür macht der Ausschuss eine Reihe von Vorschlägen. Nachhaltigkeit müsse ins Zentrum der globalen Wirtschaft rücken. Konsumentscheidungen für nachhaltige Produkte bräuchten Unterstützung. Die UN-Berater sprechen sich für ökologische Steuerreformen und den Abbau umweltschädlicher Subventionen aus. Für die Umsetzung sei es ratsam, einen globalen Rat für nachhaltige Entwicklung einzuberufen, der Vereinbarungen durchsetzt und kontrolliert. [hv]

- ▶ www.kurzlink.de/vorrio-nachhaltwirt

Bioökonomie**EU will Wirtschaft von Öl auf Pflanzen umstellen**

■ Die EU-Kommission hat Mitte Februar ihre Strategie für die Stärkung einer nachhaltigen biobasierten Wirtschaft vorgelegt. Der von der Bioökonomiebranche begrüßte Strategieplan konzentriert sich besonders auf Forschung und Entwicklung, eine Stärkung der Märkte und eine bessere Koordination der beteiligten Akteure. Letzteres soll beispielsweise durch regelmäßige Konferenzen erreicht werden. Außerdem schlägt die Kommission die Einführung eines standardisierten Labels für biobasierte Produkte wie Bioplastik vor. Die Kommission plant auch weiter eine Förderung von Biokraftstoffen, die wegen ihrer umstrittenen Klimabilanz in der Kritik stehen. Neue Gesetzgebungsmaßnahmen, zusätzliche finanzielle Mittel oder verbindliche Ziele für biobasierte Produkte sind in dem Strategiepapier nicht vorgesehen.

EU-Forschungskommissarin Máire Geoghegan-Quinn betonte die Bedeutung einer starken biobasierten Wirtschaft für Europa: „Sie wird nicht nur der Umwelt und unserer Lebensmittel- und Energieversorgungssicherheit zugutekommen, sondern auch der künftigen europäischen Wettbewerbsfähigkeit.“ Bis 2025 könnten laut Schätzungen der Kommission im Rahmen der Strategie etwa 130.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Umweltverbände fordern, dass sich Bioökonomie nicht auf den Ersatz nicht nachwachsender durch nachwachsende Rohstoffe beschränkt und dass Risikotechnologien wie die Agrogentechnik ausgeschlossen werden. Der NABU hatte dazu im vergangenen Jahr eine Studie vorgelegt. (umwelt aktuell 07.2010, S. 19; 10.2011, S. 29)

Biobasierte Wirtschaft oder Bioökonomie fasst alle Wirtschaftssektoren zusammen, die biologische Ressourcen produzieren, weiterverarbeiten oder nutzen. [cn]

- ▶ EU-Strategie: www.kurzlink.de/bioeconomy.pdf
- ▶ NABU-Studie: www.nabu.de/bioeconomie

Bundestag**Was ist Wachstum?**

■ Die Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Bundestages hat im Januar über die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum diskutiert. Zentrale Streitfrage war Medienberichten zufolge die Definition von Wachstum, zu der es viele kontroverse Meinungen gab. Die Vertreter der Koalitionsfraktionen betonten die Rolle des Wirtschaftswachstums für technische und ökonomische Innovationen, während Oppositionsabgeordnete die negativen Aspekte eines rein quantitativen Wachstums kritisierten. [hv]

- ▶ Bericht des Spiegel: <http://spon.de/adyyb>
- ▶ Bericht der Taz: www.taz.de/185787

Public Eye Awards**Schmähpreise an Großbank und Minenkonzern**

■ Die Erklärung von Bern (EvB) und Greenpeace haben Ende Januar die diesjährigen Public Eye Awards an Unternehmen verliehen, die besonders stark die Umwelt schädigen und Menschenrechte verletzen. Je ein Schmähpriß ging an die Großbank Barclays und den weltgrößten Eisenerzhersteller und zweitgrößten Minenkonzern Vale. Barclays mit Sitz in London erhielt den Preis von einer Jury aufgrund von Spekulationen mit Nahrungsmitteln, durch die sich die Lebensbedingungen der Ärmsten weiter verschlechtern. Der brasilianische Konzern Vale wurde im Internet gewählt, dicht gefolgt von dem japanischen Energiekonzern Tepco. In der 60-jährigen Geschichte von Vale kommen EvB zufolge immer wieder Menschenrechtsverstöße, unmenschliche Arbeitsbedingungen und rücksichtslose Naturausbeutung vor. Zurzeit beteiligt sich Vale am Bau des Belo-Monte-Staudamms im Amazonasgebiet, der voraussichtlich 40.000 Zwangsumsiedlungen zur Folge haben wird. [tg]

- ▶ www.publiceye.de

Umweltwirtschaftsbericht**„Deutschland wächst immer nachhaltiger“**

■ Das Bundesumweltministerium hat im Februar zum zweiten Mal einen Umweltwirtschaftsbericht vorgelegt. Laut dem neuen Bericht für 2011 ist die Wirtschaft in Deutschland wesentlich umweltverträglicher und effizienter geworden. Für gleiche Erträge seien deutlich weniger Rohstoffe, Flächen, Energie und geringere Schadstoffausstöße als vor zehn Jahren nötig. Mit zwei Millionen Beschäftigten in der Umweltwirtschaft sei ein neuer Höchststand erreicht. International sieht der Bericht deutsche Unternehmen in einer Vorreiterrolle. Ihr Welthandelsanteil in der Umweltwirtschaft wird mit 15,4 Prozent angegeben. Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) führt die positive Entwicklung auch auf die Umwelt- und Energiepolitik der Bundesregierung zurück. Die Energiewende werde den Trend noch verstärken, sagte der Minister. [tg]

- ▶ www.kurzlink.de/umweltwirtschaft2012

Subventionen**EU-Geld gut für „grüne“ Jobs**

■ Die ökologische Umlenkung von EU-Subventionen könnte Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen lassen. Das geht aus einer Studie hervor, die BirdLife International und andere Umweltverbände im Februar in Brüssel vorstellten. Die vom britischen Institut GHK durchgeführte Studie ergab, dass bereits die Umschichtung von 14 Prozent der europäischen Subventionen eine halbe Million Arbeitsplätze schaffen würde. Allein durch ausreichende Finanzierung des EU-Schutzgebietsnetzwerks Natura 2000 könnten 180.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Der NABU forderte daher eine Vervielfachung des EU-Umweltförderprogramms LIFE. [cn]

- ▶ Studie: www.kurzlink.de/green-job-studie-eng
- ▶ NABU: www.kurzlink.de/green-job-nabu12

THEMA

„Fiskalische Nachhaltigkeit“ besonders wichtig

Die Bundesregierung hat im Februar den Entwurf ihres Fortschrittsberichts 2012 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Damit soll die Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 fortentwickelt und „Nachhaltigkeit als politisches Leitprinzip“ gestärkt werden. Der letzte Fortschrittsbericht war 2008 erschienen. Schwerpunktthemen sind diesmal nachhaltiges Wirtschaften, Klima und Energie sowie nachhaltige Wasserpolitik.

■ Der 380 Seiten starke neue Bericht enthält eine Bestandsaufnahme zur nachhaltigen Entwicklung in Deutschland. Der Bundesregierung ist diesmal die „fiskalische Nachhaltigkeit“ besonders wichtig. Eine wesentliche Änderung seit dem Bericht von 2008 ist ihr zufolge „die Stärkung des Nachhaltigkeitsgedankens in der Rechtsetzung“. Seit 2009 werde bei jedem Gesetzesvorschlag und jeder Rechtsverordnung „gefragt“, welche Auswirkungen diese für eine nachhaltige Entwicklung Deutschlands haben könne. Nachhaltigkeit wurde als Prüfstein der Gesetzesfolgenabschätzung in die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesregierung aufgenommen.

In die Erarbeitung des Fortschrittsberichts wurden laut Bundesregierung Beiträge aus allen Teilen der Gesellschaft eingeflochten. Von November 2010 bis Oktober 2011 fand im Internet ein Dialogprozess zur Nachhaltigkeit statt. Viele Stellungnahmen von BürgerInnen, Verbänden und Institutionen seien einbezogen worden. Außerdem wurden Gastbeiträge des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung, der Bundesländer, der kommunalen Spitzenverbände und des Rates für Nachhaltige Entwicklung in der Fortschreibung des Berichts berücksichtigt.

Wie schon im Fortschrittsbericht 2008 werden Indikatoren zur Messbarkeit der Nachhaltigkeit in den Bericht eingebunden. Für die aktuellen Indikatoren wurden 21 Themen mit insgesamt 38 Zielen festgelegt. Mit der Überprüfung der Indikatoren wurden weitere Ziele wie das strukturelle Defizit bei der Staatsverschuldung aufgenommen, bei anderen wurde die Perspektive auf das Jahr 2050 geändert. Als fachlich unabhängiges Monitoring wurde die Analyse des Statistischen Bundesamts über die Entwicklung der Nachhaltigkeitsindikatoren (umwelt aktuell 10.2010, S. 23) in den Bericht aufgenommen.

Nachhaltiges Wirtschaften

Zum Schwerpunkt „Nachhaltiges Wirtschaften“ betont der Bericht die „Anpassung an die Herausforderungen unserer Zeit, wirtschaftliche Chancen und Zukunftsverantwortung in den Unternehmen“. Die Einbeziehung von Nachhaltigkeit in die Geschäftspolitik sei für Unternehmen zentral, um eine „gute Startposition im Wettbewerb“ zu übernehmen und Deutschland zum „Vorreiter“ zu machen. Mit dem Konzept der Corporate Social Responsibility (CSR) und dem Nachhaltigkeitskodex (umwelt aktuell 02.2012, S. 30) will die Bundesregierung nachhaltiges Wirtschaften in Deutschland und international unterstützen. Beide Konzepte sollen Ansätze „zum eigenverantwortlichen unternehmerischen Handeln mit gesellschaftlicher Verantwortung verbinden“.

Klima und Energie

Beim Klimaschutz bekräftigt die Regierung ihr Ziel, „die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 gegenüber 1990 um 40 Prozent zu senken“. Bis 2050 „sieht das Energiekonzept eine Senkung um 80 bis 95 Prozent vor“. Deutschland soll „bei bezahlbaren Energiepreisen und hohem Wohlstandsniveau eine der energieeffizientesten und umweltschonendsten Volkswirtschaften der Welt werden.“ Mit dem Energiekonzept habe die Regierung „Leitlinien für eine umweltschonende, zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung und erstmalig den Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien formuliert“. Atomstrom soll bis 2022 schrittweise zurückgefahren werden. „Es wird angestrebt, den Anteil erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch von rund zehn Prozent in 2010 auf 60 Prozent in 2050 zu steigern. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung soll spätestens 2050 mindestens 80 Prozent betragen.“

Nachhaltige Wasserpolitik

Die Sicherung der Wasserressourcen für die kommenden Generationen, der Zugang zu Wasser sowie Erhaltung der (Trink-) Wasserqualität und des ökologischen Gleichgewichts von Gewässern sollen im Schwerpunkt Wasserpolitik erreicht werden. Der Umgang mit Wasservorräten und die Wasser- und Sanitärversorgung sollen Schwerpunkte deutscher Entwicklungspolitik werden.

Viele weitere Themen

Der Fortschrittsbericht greift weitere politische Handlungsfelder auf, etwa „Solide Staatsfinanzen“ als wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Finanzpolitik. Das will die Bundesregierung durch Einführung einer sogenannten Schuldenbremse erreichen: „Über Änderungen des Grundgesetzes werden für Bund und Länder neue Verschuldungsgrenzen verankert und ein verbindlicher nationaler Stabilitätspakt geschaffen.“

„Verwaltungshandeln“ heißt ein weiteres Handlungsfeld. Damit sind nachhaltige Prinzipien etwa für die Vergabe öffentlicher Aufträge und für die Beschaffung von Bürogeräten bis hin zu Ökostrom für die Gebäude der Bundesregierung gemeint.

Der umfassende Bericht schließt viele weitere Themen ein: Konsum und Produktion, Ressourcen, Flächeninanspruchnahme, biologische Vielfalt, Land- und Forstwirtschaft, Gesundheit, soziale Eingliederung, Demografie, Migration, sowie Nachhaltigkeit auf EU- und UN-Ebene sowie „globale Herausforderungen in Bezug auf Armut und nachhaltige Entwicklung“.

[Ines Jentsch]

- Nationale Nachhaltigkeitsstrategie – Fortschrittsbericht 2012: www.kurzlink.de/fortschrittsbericht
- DNR, Projekt Nachhaltigkeit, Berlin, Tel. +49 (0)30/678177584, www.nachhaltigkeits-check.de

THEMA

Der Bundesfreiwilligendienst ergrünt

Nach dem Ende des Zivildienstes könnte sich der neu geschaffene Bundesfreiwilligendienst zu einer wichtigen Stütze für Umweltgruppen und -einrichtungen entwickeln. Denn anders als bei den „Zivis“ sind Alter, Geschlecht, Nationalität, Dienstdauer und Bezahlung der Bundesfreiwilligen nicht festgelegt. Das eröffnet die Möglichkeit, auch engagierte eigene Mitglieder zu beschäftigen, etwa in der Kreisgruppenarbeit.

■ Nach dem etwas schleppenden Start des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) im vergangenen Sommer musste das Bundesfamilienministerium Ende Januar bereits wieder auf die Bremse treten: Fast 30.000 der finanzierten 35.000 Plätze waren besetzt. Für den Rest des Jahres müssen nun alle Zentralstellen der Sozial- und Umweltverbände, die die BFD-Plätze verwalten, scharf auf die Einhaltung ihrer „Kontingente“ achten.

Umweltbereich hat noch Potenzial

Im Umweltbereich gibt es neben den vom Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) verwalteten Plätzen drei Zentralstellen, die den Bundesfreiwilligendienst anbieten: NABU, BUND und FÖF (Förderverein ökologische Freiwilligendienste, assoziiert mit dem Freiwilligen Ökologischen Jahr). Jede der drei Zentralstellen plant, bis zum Jahresende etwa 250 bis 400 Plätze zu besetzen. Derzeit gibt es 170 aktive Freiwillige

beim NABU, 70 beim FÖF und 40 beim BUND. Damit hat der Umweltbereich noch „Luft“ nach oben. Alle interessierten Einrichtungen im Umweltbereich sollten sich überlegen, ob sie die Chance nutzen, mit Bundesfreiwilligen ihre Naturschutzarbeit zu professionalisieren. Auch Kreisgruppen von BUND und NABU sind eingeladen, mit ihren Landesverbänden oder Zentralstellen durchzurechnen, ob und zu welchen Konditionen Bundesfreiwilligendienstplätze eingerichtet werden können.

Seminarwochen selbst gestalten

Anders als im Zivildienst sind Bezahlung, Dienstdauer, Alter, Geschlecht und Nationalität der Bundesfreiwilligen nicht festgelegt. Das bietet die Chance, auch engagierte eigene Mitglieder für sechs bis 18 Monate mit halber oder voller Stelle als Stütze der Kreisgruppenarbeit zu beschäftigen. Vom Bund gibt es etwa 400 Euro monatlichen Zuschuss, derzeit sogar noch bis zu 550 Euro, bei Jugendlichen unter 25 auch

Kindergeld. Fünf Seminarwochen pro Jahr sind gesetzlicher Teil des Bundesfreiwilligendienstes. Bis zu vier Wochen können jedoch von den Umweltverbänden selbst gestaltet werden, sodass auch hier viel besser als im Zivildienst die Möglichkeit besteht, inhaltlich interessante und den Bedürfnissen der Freiwilligen und ihrer Einsatzstellen entsprechende Seminare anzubieten.

Freie BFD-Plätze finden sich auf den angegebenen Internetseiten. Wer Einsatzstelle werden möchte, wende sich vertrauensvoll an die Bundeszentralen der Umweltverbände. **[Rainer Borcherding]**

- ▶ www.freiwillige-im-naturschutz.de
- ▶ www.freiwillig-am-meer.de
- ▶ www.oeko-bundesfreiwilligendienst.de
- ▶ Rainer Borcherding, Schutzstation Wattenmeer, BFD-Regionalstelle Nord im NABU, Husum, Tel. +49 (0)4841 / 668530, E-Mail: r.borcherding@schutzstation-wattenmeer.de, www.schutzstation-wattenmeer.de

SEZ
Stiftung Entwicklungszusammenarbeit
Baden-Württemberg

Mitten im Markt Messe Stuttgart

Von Afrika bis Zertifizierung

Nachhaltigkeit ist einerseits eine Frage des persönlichen Lebensstils, andererseits verlangt sie nach einer umfassenden Strategie alle Wirtschafts- und Lebensbereiche betreffend. Die Fach- und Verbrauchermesse Fair Handeln ist Marktplatz für Verkauf, Networking und Austausch. Sie präsentiert alternative Handlungsmöglichkeiten für Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Verbraucher.

Ausstellungsbereiche:

- Fairer Handel
- Nachhaltiger Tourismus
- Nachhaltiges Finanzwesen
- Entwicklungszusammenarbeit
- Corporate Social Responsibility (CSR)

FAIR HANDELN

Internationale Messe für Fair Trade und global verantwortungsvolles Handeln

12. – 15. April 2012
Messe Stuttgart | www.fair-handeln.com

Geöffnet: Do. 14 bis 22 Uhr, Fr. – So. 10 bis 18 Uhr

Grün, modern und engagiert

Die Jugend der Welt will ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen und den Klimawandel stoppen. Mit Facebook, Twitter & Co. übt sie mehr Druck auf Politik und Wirtschaft aus, als dies jede Partei oder Umweltschutzorganisation vermag. Daniel Boese hat sich in diese neue Jugendbewegung hineinbegeben, Aktivisten in Indien besucht und auf dem Kopenhagener Klimagipfel recherchiert. Entstanden ist ein begeisterndes Buch über Klimawandel, Neue Medien und Zivilcourage, mit zahlreichen Tipps und Adressen für eigenes Engagement.

D. Boese

Wir sind jung und brauchen die Welt

Wie die Generation Facebook
den Planeten rettet

256 Seiten, broschiert, 14,95 EUR,
ISBN 978-3-86581-252-0



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de



DNR INTERN

Naturverträgliche Windkraft

DNR „repowert“ Kampagne

■ Mit einer Neuauflage und Weiterentwicklung seiner Informationskampagne „Windkraft im Visier“ will der Deutsche Naturschutzring (DNR) die Diskussion um erneuerbare Energien voranbringen. „Es muss gesellschaftlicher Konsens und rechtlich abgesichert sein, dass die Erzeugung erneuerbarer Energien nicht die Sicherung unserer biologischen Vielfalt beeinträchtigt“, mahnte DNR-Generalsekretär Helmut Röscheisen zum Auftakt der neuen Kampagne.

Die Bundesregierung will den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung bis 2020 auf 30 Prozent erhöhen. Windkraft soll dann 15 Prozent des Gesamtstromverbrauchs abdecken. „Unser vom Bundesumweltministerium gefördertes Projekt ‚Windkraft im Visier‘ zielt darauf ab, ein Höchstmaß an Umwelt- und Naturverträglichkeit zu gewährleisten und gleichzeitig durch eine Versachlichung der Diskussion potenziell geeignete Standorte schneller nutzbar zu machen“, sagte der fachliche Leiter des Projekts, Günter Ratzbor. Das neue einjährige Projekt beinhaltet wissenschaftliche Grundlagenarbeit, Expertengespräche, Veranstaltungen, eine Fotoausstellung und eine Internetseite.

Fertiggestellt sind bereits eine Broschüre und ein Faltblatt. In der Broschüre geht es um Grundlagen, Auswirkungen und Empfehlungen für eine naturverträgliche Windkraftnutzung an Land. Das Faltblatt gibt „6 ehrliche Antworten auf 6 kritische Fragen“ zu den Wirkungen auf Vögel, Wälder, Landschaft, Klima und die Gesundheit der Anwohner. Alle Informationen stehen auch auf der Projektseite im Internet. [mb]

- ▶ DNR, Günter Ratzbor, Lehrte, Tel. +49 (0)5132 / 5889940, E-Mail g.ratzbor@schmal-ratzbor.de, www.wind-ist-kraft.de
- ▶ Broschüre, 16 S., Faltblatt, 12 S., je 0,10 €.
DNR, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, Fax -80,
E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Rio+20

Green Economy soll fair sein

■ Ökologisch verträglich, sozial gerecht und ökonomisch zukunftsfähig – so soll eine Green Economy aussehen. Das zumindest forderten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einer vom Forum Umwelt und Entwicklung organisierten zweitägigen Rio+20-Vorbereitungskonferenz im Februar. Wie dabei die biologische Vielfalt bewahrt, eine nachhaltige Energieversorgung und eine gute Lebensqualität gewährleistet werden können, darüber diskutierten rund 200 Aktive in Berlin. Eine Dokumentation der Veranstaltung mit den Vorträgen der Referenten und Referentinnen hat das Forum auf seiner Internetseite veröffentlicht. [jg]

- ▶ www.forumue.de/projekte/rio-20/internationale-green-economy-konferenz

Bibliotheken

Umweltliteratur bundesweit

■ Die Umweltbibliothek Leipzig wurde 1988 gegründet und ist heute die größte Umweltbibliothek Deutschlands in freier Trägerschaft. Neben Literatur zu allen relevanten Umweltthemen bietet sie eine breite Auswahl an Informationsmaterial, Zugang zu elektronischen Informationen und Medienempfehlungen. Das Themenspektrum berücksichtigt auch Zusammenhänge von Umweltfragen mit kulturellen, gesellschaftlichen, sozialwissenschaftlichen oder ökonomischen Fragestellungen.

Die Bibliothek bietet einen Fernleihservice in die ganze Bundesrepublik an. Die Bücher werden dann an eine Bibliothek in der Nähe oder direkt nach Hause geschickt. Der Bestand lässt sich über die Internetseite der Bibliothek recherchieren, die Anmeldung ist per Fax oder E-Mail möglich. [tg]

- ▶ www.umweltbibliothek-leipzig.de

EHRENAMT

Zukunft der Vereine**Führungskrisen vermeiden**

■ Die ehrenamtliche Führung von Vereinen verlangt besondere Fähigkeiten, aber auch besondere Identifikation mit der Organisation. Ein Fachartikel von Holger Krimmer vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft weist darauf hin, dass gute Engagementquoten den Blick für Krisenphänomene in Teilen des bürgerschaftlichen Engagements verstellen können. Gewachsene Mobilität und Zeitverknappung bei jungen Menschen könnten gerade jene Vereine vor große Probleme stellen, die auf die Identifikation mit dem lokalen Umfeld angewiesen seien, so der Soziologe.

Ein weiteres Problem für Vereine ist die Nachwuchsfrage. Mareike Alscher vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) hat untersucht, inwiefern der potenzielle Führungsnachwuchs in die Arbeit der Organisationen einbezogen wird und wie die Rahmenbedingungen für ihr Engagement aussehen. Erste Ergebnisse ihres Projekts „Jugendliche in zivilgesellschaftlichen Organisationen“ hat die Soziologin jetzt veröffentlicht.

Beide Fachartikel sind auf der Internetseite des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) erschienen. [mb]

► www.b-b-e.de/?14741#18486

AUFRUFE & AUSSCHREIBUNGEN

Fernstudienkurs**Europäisches Umweltrecht**

■ Im kommenden Sommersemester bietet die Universität Koblenz-Landau erneut einen berufsbegleitenden Fernstudienkurs zum EU-Umweltrecht an. Der Kurs befasst sich mit der Geschichte und den Organisationsstrukturen der Europäischen

Union über die zentralen Ansätze der EU-Umweltpolitik und die Gesetzgebungsverfahren bis hin zu neuesten Entwicklungen in allen wesentlichen Gebieten. Kursbeginn ist im April, Anmeldeschluss ist der 15. März. [mb]

► Universität Koblenz-Landau, Zentrum für Fernstudien, Tel. +49 (0)261 / 287-1522, E-Mail: eelaw@uni-koblenz.de, www.uni-koblenz-landau.de/zfuw/Angebote/umwelt/eelaw

Zukunftsdialo g der Bundeskanzlerin**Wie wollen wir leben?**

■ Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im Februar einen „Dialog über Deutschlands Zukunft“ gestartet, bei dem die BürgerInnen im Internet ihre Ideen zu drei zentralen Fragestellungen einbringen können:

- Wie wollen wir zusammenleben?
- Wovon wollen wir leben?
- Wie wollen wir lernen?

Im Mittelpunkt sollen konkrete Handlungsvorschläge stehen, die auch die Gesetzgebung betreffen können. Zuvor hatte die Kanzlerin Fragen zur Zukunft Deutschlands in Expertendialogen diskutiert.

Die Oppositionsparteien kritisierten den Zukunftsdialo g. Die SPD warf Merkel laut einem Bericht der Frankfurter Rundschau „Wahlkampf Vorbereitung mit Regierungsgeld“ vor. Bürgerbeteiligung dürfe nicht nur auf einer einzelnen Homepage für einen begrenzten Zeitraum stattfinden, sagte die Vorsitzende der Grünen, Claudia Roth. Der Zukunftsdialo g läuft noch bis Mitte April. [mb]

► www.dialog-ueber-deutschland.de
 ► FR-Bericht: www.fr-online.de/1472596,11601266

Geo-Tag der Artenvielfalt**Grenzgänger und Überflieger**

■ Zum 14. Mal findet am 16. Juni der vom Reportagemagazin Geo organisierte Tag der Artenvielfalt statt. Die Aktion soll zeigen, wie wichtig biologische Vielfalt und

ein intaktes Ökosystem sind. Das Motto in diesem Jahr lautet: „Grenzgänger, Überflieger, Gipfelstürmer: Wie Tiere und Pflanzen sich verbreiten“. Kooperationspartner sind die Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz und die Heinz-Sielmann-Stiftung. Die Hauptveranstaltung findet diesmal im Biosphärenreservat Pfälzerwald statt. Dort führen geladene Experten eine Naturinventur der Pflanzen durch. Das Geo-Magazin fordert dazu auf, europaweit Begleitaktionen zu starten.

Außerdem schreibt Geo in Kooperation mit der Heinz-Sielmann-Stiftung einen Schülerwettbewerb aus. Die Schülerinnen und Schüler sollen „ein Stück Natur“ vor der eigenen Haustür möglichst genau untersuchen und die Ergebnisse in freier Form dokumentieren. Das beste und einfallreichste Ergebnis wird mit einer Klassenfahrt zur Heinz-Sielmann-Stiftung auf das Gut Herbigshagen bei Duderstadt belohnt. [tg]

► Geo-Tag der Artenvielfalt, Tom Müller, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 3703-2732, E-Mail: mueller.tom@geo.de, www.geo.de/artenvielfalt

Ökologische Produktgestaltung**Erster Bundespreis Ecodesign**

■ Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium haben im Januar erstmals den Bundespreis Ecodesign ausgelobt, um gute Beispiele für ökologisches Design auf diesem Gebiet zu fördern. Bereits im Designprozess würden die Umweltauswirkungen von Produkten und Dienstleistungen festgelegt, erklärten UBA und BMU zur Begründung. Der Bundespreis wird in zwei Kategorien verliehen: „Produkt“ – worunter auch Dienstleistungen und Produktsysteme fallen – und „Konzept“, womit zum Beispiel Prototypen gemeint sind. Zusätzlich wird ein Nachwuchspreis vergeben. Konzipiert und durchgeführt wird der Wettbewerb vom Internationalen Design-Zentrum Berlin. Ihm steht ein Projektbeirat zur Seite. [mb]

► www.bundespreis-ecodesign.de

Nachhaltigkeit

A-Z



U wie Umwertung

Der Euro wankt, immer neue »Rettungsschirme« werden aufgespannt. »Die zentralen Versprechungen des Neoliberalismus haben sich als Luftnummern erwiesen!«, stellt der Ex-Manager Ulrich Mössner fest. Mit fachlichem Weitblick und viel praxisorientiertem Know-how fordert er die Wende hin zu einer nachhaltigen Marktwirtschaft und zeigt neue Lösungen auf – abseits vom Diktat des »Shareholder Value«.

U. Mössner

Das Ende der Gier
Nachhaltige Marktwirtschaft statt
Turbokapitalismus

216 Seiten, broschiert, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-275-9

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

REZENSIONEN

Neuer Stand der Konsumdebatte

„Wesen und Wege nachhaltigen Konsums“ wollen SozialforscherInnen ergründen. Die erste Gesamtschau der Ergebnisse ist weit mehr als nur ein Sammelband. Obwohl sich das Werk auf die Perspektive individuellen Handelns beschränkt, bringt es die Debatte entscheidend voran.



Nachhaltige Konsumstile liegen im Trend. Doch die Alltagspraktiken weisen einen ökologisch hochgradig selektiven „Patchwork“-Charakter auf. Das hat nicht nur mit Einstellungen und Informationsdefiziten zu tun. Infrastrukturelle Rahmenbedingungen, technische Normierungen, Angebots- und Preisstrukturen, Einkommensniveaus und Lebensstile, Individualisierung und Globalisierung – all das hat einen zumindest ebenso starken Einfluss auf die Nachhaltigkeit oder Nichtnachhaltigkeit unserer Konsummuster, fördert widersprüchliche Entwicklungen und schafft die viel zitierte „Kluft zwischen Wissen und Handeln“.

Ein vom Bundesforschungsministerium seit 2006 im Rahmen der sozial-ökologischen Forschung geförderter Themenschwerpunkt hat sich zur Aufgabe gemacht, das bisher in verstreuter Form vorliegende Wissen über diese Kluft systematisch zu verknüpfen und weiterzuentwickeln. Im Vordergrund steht dabei die Handlungsperspektive individueller Akteure. Inhaltlich gruppieren sich die einzelnen Projekte zum einen um Fragen des Energieverbrauchs von Privathaushalten, zum anderen um soziale Innovationen bei der Erschließung neuer Potenziale nachhaltigen Konsumhandelns.

Der nun vom Begleitforschungsteam vorgelegte Band bietet eine erste Gesamtdarstellung der bisherigen Ergebnisse dieses Forschungsschwerpunkts. Was diesen Ergebnisband über übliche heterogene Sammeldarstellungen weit hinaushebt, ist die Tatsache, dass das Schweizer Begleitforschungsteam erhebliche Arbeit investiert hat, um gemeinsam mit den zehn geförder-

ten Forschungsgruppen einen inhaltlichen Syntheserahmen zu entwickeln, der eine systematische Einordnung der im zweiten Teil des Bandes präsentierten Projektergebnisse ermöglicht.

Wie ist dieser Syntheserahmen strukturiert? In einem ersten Schritt wird die „Forschungslandschaft nachhaltiger Konsum“ mit Blick auf die zentralen Forschungsfragen aufgefächert. Im zweiten und dritten Schritt geht es um eine begriffliche und normative Klärung der Frage, wie das Verhältnis von Bedürfnissen und Konsum im Rahmen der Debatte um nachhaltige Entwicklung zu bestimmen ist. Im vierten Schritt werden die verschiedenen Theorieansätze zum individuellen Konsum mit Blick auf ihre Erklärungskraft miteinander verglichen. Der fünfte Schritt bietet einen differenzierten Überblick über die Debatte zu den Möglichkeiten der gesellschaftlichen Steuerung des Konsumhandelns. Im letzten Schritt beleuchten die Autoren unterschiedliche Formen der Methodenkombination in der Forschung zu nachhaltigem Konsum.

Das schafft insgesamt einen neuen Stand der Debatte. Bedauerlich ist nur die Beschränkung auf die Perspektive individuellen Konsumhandelns. Systemische Einbettungen des Konsums und deren Steuerungsmöglichkeiten bleiben deshalb außer Betracht. Das erscheint mit Blick auf die komplexe Verflechtung individueller Konsumhandlungen mit makrostrukturellen Entwicklungsdynamiken problematisch. Kritisch lässt sich auch der Versuch diskutieren, durch die Unterscheidung von „objektiven Bedürfnissen“ und „subjektiven Wünschen“ im diskursiven Treibsand kontroverser gesellschaftlicher Nachhaltigkeitsdebatten feste normative Pflöcke einrammen zu wollen, die es erlauben, klar zwischen „legitimen“ und „nicht legitimen“ Konsumansprüchen und staatlichen Steuerungsformen zu unterscheiden. Das un-

terschlägt sowohl die soziale Konstruktion dieser Grenzziehungen als auch die Komplexität globaler Machtverflechtungen und Marktdynamiken. Visionen der staatlichen Steuerbarkeit des Konsums zwischen einer objektiv bestimmbaren „Unter- und Obergrenze“ legitimer Konsumbedürfnisse erscheinen dann doch eher als technische Machbarkeitsfiktionen.

Nichtsdestotrotz – oder gerade wegen dieser zur Kritik anregenden Positionen: Der Band ist ein Muss für alle, die im Bereich nachhaltiger Konsum arbeiten und forschen.

[Karl-Werner Brand]

► Defila, R.; Di Giulio, A.; Kaufmann-Hayoz, R. (Hrsg.): *Wesen und Wege nachhaltigen Konsums. Ergebnisse aus dem Themenschwerpunkt „Vom Wissen zum Handeln – Neue Wege zum Nachhaltigen Konsum“*. oekom, München 2011, 498 S., 44,95 €, ISBN 978-3-86581-296-4

Für ein langes gutes Leben



■ Unsere Gesellschaft altert, der noch gültige Generationenvertrag wird brüchig. Die Berufstätigkeit von Frauen nimmt weiter zu, was ihre bislang als selbstverständlich angenommene Rolle als Sorgende und Pflegende infrage stellt. Und die räumlichen Familienstrukturen ändern sich, denn das Familienleben am selben Ort wird seltener. Diese Entwicklungen bilden den Ausgangspunkt der Untersuchung von Eva Lang und Theresia Wintergerst über die Möglichkeiten eines guten Lebens im Alter. Dabei befassen sie sich nicht mit der ebenfalls wichtigen „Generalsanierung“ des Sozialstaats, sondern blicken auf zivilgesellschaftliche Innovationsmöglichkeiten. Sie verstehen gutes Leben als Leitbild, das sowohl individuell durch Mobilität, Privatheit und Autonomie als auch gesellschaftlich durch Verteilungsgerechtigkeit, Partizipation und Zukunftsfähigkeit bestimmt ist. Die Autorinnen wollen nicht nur Neues

denken, sondern auch Neues finden. Dazu machen sie sich auf eine zweifache Abenteuerreise: eine theoretische und eine empirische. Beide Reisen führen die mitreisende Rezensentin zu auf- und anregenden neuen Ufern, eröffnen neue Perspektiven auf das, worum es hier geht: ein gutes Leben im Alter in einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

Die theoretische Reise wurzelt in der Feststellung, dass die Verantwortung für die Sorge weder dem Einzelnen noch dem privaten Umfeld und auch nicht den Engagierten vor Ort allein aufgebürdet werden kann. Es geht um die Organisation geteilter Verantwortung. Das Konzept, das die Autorinnen entwickeln, nennen sie Komplementärökonomie. Es besteht aus fünf Teilökonomien: der Haushaltswirtschaft; der Marktwirtschaft; der Politik und Staatswirtschaft; der Sozialwirtschaft und der Zivilgesellschaft. Jede weist eine eigene Logik auf und jede ist in ihrer Grundorientierung auf die Aufgabenerfüllung ausgerichtet; allein der Markt ist es nicht. Dort geht es um die Bildung von Überschüssen. In ihrer Kritik an der „herrschenden Ökonomik“ beziehen sie sich unter anderem auf den Diskurs zum Vorsorgenden Wirtschaften.

Die empirische Reise führt zu fünf Projekten, die zeigen, wie die Vielfalt des Gebens und Nehmens organisiert werden kann. Ihnen gemeinsam sind neue Formen, in denen Unterstützungsleistungen für alte Menschen ausgetauscht werden. Die Autorinnen finden zahlreiche engagierte Menschen, vielfältige Kooperationsstrukturen, verantwortliche Pflegende, ein Dorf als Träger des Generationenvertrags, eine Seniorengenossenschaft, die Vision einer selbst organisierten Bürgergesellschaft und vieles mehr. Dieser Schatz lässt sich in der hier gebotenen Kürze nicht einmal ansatzweise beschreiben. Das muss einfach selbst gelesen und genossen werden! Und überall ist das Ergebnis eine gelingende, die Selbstständigkeit der alten Menschen und ihre Würde achtende und erhaltende Pflege. Toll!

Wie endet das Reisetagebuch? Die Autorinnen nennen es „Durchblick: Konsequenzen für innovative Sorgearrangements“. Diese beschreiben sie anhand von

acht Wegmarken. Denn es sollen keine Patentlösungen dargestellt, sondern Einblicke in eine Welt ermöglicht werden, in der alt zu werden nicht eine Last, sondern ein Glück ist: eine Welt, die nicht der Zeit-ist-Geld-Logik folgt, sondern in der es Zeit für Beziehungen, für das Dasein, für Sorgetätigkeiten und für flexible Zeitverwendungen gibt. Eine Welt in einem überschaubaren Sozialraum, in der Ehrenamtliche Führungsrollen übernehmen, eine Vielzahl von Gegenleistungsentwürfen vorfinden; die zusammengehalten wird durch kooperative Governance-Strukturen. In dieser Welt gilt das Prinzip der Augenhöhe zwischen den Engagierten, den Profis und den umsorgten Menschen. Um diese geht es – und um eine neue Qualität des Sorgens, die in den herkömmlichen Strukturen nicht gewährleistet werden kann. [Adelheid Biesecker]

► Lang, E.; Wintergerst, T.: *Am Puls des langen Lebens. Soziale Innovationen für die alternde Gesellschaft*. oekom, München 2011, 178 S., 24,90 €, ISBN 978-3-86581-223-0

Oeckl hoch zwei



■ Wer Adressen, AnsprechpartnerInnen oder Telefonnummern sucht, dem sei ein Blick in die Taschenbücher des öffentlichen Lebens für Europa und internationale Zusammenschlüsse sowie für Deutschland empfohlen.

Die beiden Oeckls aus dem Festland-Verlag wiegen zusammen rund drei Kilogramm und darin ballt sich jede Menge Wissen. Die mit viel Aufwand und Sorgfalt recherchierten Kontaktadressen samt Unterabteilungen, Zuständigkeiten und anderen Daten und Fakten von Organisationen, Institutionen und Gremien aller Art erleichtern den Durchblick im öffentlichen Leben. Ob Bund, Länder und Kommunen oder auch Europa und Internationales: Es gibt fast nichts, was es nicht auch in einem

der beiden Bücher gibt. Ein Anhang mit Abkürzungs-, Personen- und Sachregister erleichtert den Überblick. Hilfreich für die Korrespondenz auf Englisch sind die zweisprachigen Bezeichnungen im blau-gelben Europa-Oeckl.

Natur und Umwelt sind jeweils eigene Kapitel gewidmet, in denen neben staatlichen Institutionen auch Verbände, Naturparks und überregionale Organisationen Erwähnung finden. Hier dürften die Taschenbücher aber gern noch ausführlicher sein. **[Juliane Grüning]**

- ▶ Oeckl. Taschenbuch des öffentlichen Lebens. Deutschland 2012, Festland, Bonn 2011, 1.974 S., 129,00 €, ISBN 978-3-87224-110-8
- ▶ Oeckl. Taschenbuch des öffentlichen Lebens. Europa und internationale Zusammenschlüsse 2011/2012. Festland, Bonn 2011, 1.722 S., 114,90 €, ISBN 978-3-87224-107-8

Allianzen für den Umbau

■ Das Jahrbuch Ökologie widmet sich grundsätzlichen Fragen aus ökonomischer, sozialer und technischer Sicht. 2012 hat es den Schwerpunkt „Grüner Umbau – Neue Allianzen für die Umwelt“. In zahlreichen Beiträgen setzen sich die AutorInnen mit „Grüner Transformation“, „Grünen Allian-

zen“ und „Grünen Spuren“ auseinander. Weitere Beiträge behandeln Dauerkonflikte wie Atomkraft, Klimawandel und Agrarindustrie. Das Jahrbuch kann als gedrucktes Buch oder als E-Book erworben werden. **[UWD]**

- ▶ Altner, G. u. a.: Grüner Umbau. Neue Allianzen für die Umwelt. Jahrbuch Ökologie 2012. Hirzel, Stuttgart 2011, 248 S., 21,90 €, ISBN 978-3-7776-2152-4. www.jahrbuch-oekologie.de

Die Zukunft unserer technischen Zivilisation

■ Auf kaum mehr als 100 Seiten informiert dieses Buch über die Folgen unseres heutigen Lebensstils, der wegen der Verknappung der fossil-atomaren Energien so nicht mehr weitergeführt werden kann. Sehr realistisch sieht Autor Marcus Kracht die auf uns zukommenden gravierenden Veränderungen, auf die wir uns nur vorbereiten können, indem wir uns selbst verändern. Von der Politik erwartet Kracht so gut wie nichts: Sie sei unfähig, auf die Probleme rasch und grundlegend zu reagieren. Einziger Schwachpunkt: Der Autor räumt den erneuerbaren Energien zu wenig Bedeutung ein. Davon abgese-

hen, stellt er die Auswirkungen von Peak Oil in vielen Bereichen hervorragend dar. Das Buch, das der Mathematiker, Physiker und Computerlinguist frei ins Netz gestellt hat, kann zur Lektüre und Verbreitung nur empfohlen werden. **[Wolfgang Löser]**

- ▶ Kracht, M.: Die Wiederentdeckung der Demut. Zur Zukunft unserer technischen Zivilisation. Selbstverlag, Bielefeld 2011, 117 S. Download: www.peak-oil.com/tag/marcus-kracht

Glossar zum Ressourcenschutz

■ Die wachsende Weltbevölkerung und die Weltwirtschaft sowie der technische Fortschritt verbrauchen immer mehr natürliche Ressourcen. Das Umweltbundesamt (UBA) hat deshalb ein Glossar zum Ressourcenschutz veröffentlicht. Es erläutert die wichtigsten Fachbegriffe und bringt sie in einen Zusammenhang, um einen eindeutigen Sprachgebrauch zu ermöglichen. Dadurch soll dem Ressourcenschutz als wichtigem Thema in Wissenschaft, Politik und öffentlicher Diskussion eine bessere Grundlage gegeben werden. **[tg]**

- ▶ Kosmol, J.; Kanthak, J. u. a.: Glossar zum Ressourcenschutz. UBA, Dessau 2012, 44 S. Download: www.uba.de/uba-info-medien/4242.html

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Stark

Die Zukunft braucht starke Kinder. Freya Pausewang erklärt, wie Lernfreude und die kindliche Lust, Hindernisse zu überwinden, am besten gefördert werden. Denn »lernstarke« Menschen tun sich leichter Probleme zu lösen, ob als Folgen globaler Krisen oder von Umbruchsituationen wie während der Pubertät. Pausewang gelingt der Bogen vom Kleinen (Essen, Spielen) zum Großen: einer Menschheit, die Herausforderungen fair und solidarisch meistert.

F. Pausewang
Macht mich stark für meine Zukunft
 Wie Eltern und ErzieherInnen die Kinder in der frühen Kindheit stärken können
 182 Seiten, broschiert, mit vielen z.T. farbigen Abbildungen, 16,95 EUR,
 ISBN 978-3-86581-282-7

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft 

INTERNET

Wir werden etwas gemacht haben

■ Zukunftsfähig leben, wie soll das gehen? Auf der Seite von FuturZwei sind Anregungen zusammengestellt. Wir werden etwas gemacht haben, lautet das Motto der Initiative, die Texte, Zitate und kleine Videos auf dem Portal veröffentlicht. Die Website ist wie eine Schatzkarte gestaltet und aufgebaut und es gibt viele Schätze zu entdecken: von Zitaten aus Tageszeitungen über eine simulierte Nachrichtensendung bis hin zu einem Kurzfilm über „Hirnfiragen“. [hv]

► www.futurzwei.org

Konflikt und Kooperation

■ Zivile Krisenprävention für Umwelt und Ressourcen wird immer wichtiger. Das Projekt Krium will einen fachlichen Austausch zwischen Umwelt-, Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik herstellen. Mit Informationen zu verschiedenen entwicklungspolitischen Feldern und einem Blog soll dieser Austausch erreicht werden. Darüber hinaus gibt es die Möglichkeit, einen monatlichen Newsletter zu abonnieren und an Veranstaltungen teilzunehmen. [hv]

► www.krium.de

Fossile Entwicklungskredite

■ Eine neue interaktive Datenbank der Nichtregierungsorganisation Oil Change International zeigt, dass viele multilaterale Entwicklungsbanken immer noch vornehmlich in fossile Energien investieren. „Shift the Subsidies“ informiert über Kredite, Förderungen und Finanzgarantien für verschiedene Energieformen aus den letzten vier Jahren. Es zeigt sich, dass die Banken 64 Prozent mehr in fossile Brennstoffe investiert haben als in nachhaltige Energien. [UWD]

► www.shiftthesubsidies.org

Übersicht über Überfischung

■ Einen Einblick in die aktuelle Fischfanglage gibt ein neues Portal der EU-Kommission. Es ist sehr übersichtlich und anschaulich gestaltet, die Informationen jedoch oberflächlich. So wird häufig dazu aufgefordert, beim Fischkauf auf bedrohte Arten zu achten – welche das sind, steht allerdings nirgendwo. Die Seite ist gut geeignet, um einen ersten Eindruck von dem Problem zu gewinnen; wer sich genau informieren möchte, sollte den Fischatgeber von Greenpeace oder den Fischführer des WWF wählen. Diese bewerten die Nachhaltigkeit zahlreicher Speisefischarten unter Beachtung ihrer Herkunft. Mit einem Mausklick erhält man weitere Informationen. [hv]

► www.deinenfischwaehlen.eu
 ► www.greenpeace.de/fischerei
 ► www.kurzlink.de/wwf-fischfuehrer

Rio+20-Blog

■ 20 Jahre nach dem Erdgipfel in Rio de Janeiro wirft die Rio+20-Konferenz im Juni ihre Schatten voraus. Im ersten Entwurf der Abschlusserklärung wird eine „Green Economy“ versprochen. Entwicklungsorganisationen vermissen aber soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und eine Kritik der Weltwirtschaftsordnung. Der Evangelische Entwicklungsdienst bloggt vor und während der UN-Konferenz aus Brasilien und lädt zur Diskussion ein. [mb]

► www.rio-plus-20-blog.de

Neue Altlastendaten

■ In der Datenbank STARS stellt das Umweltbundesamt über 250.000 Datensätze zu bodenschutz- und umweltrelevanten Stoffen in komprimierter und anwenderfreundlicher Form bereit. In der neuen Version sind nun die sogenannten flächenrepräsentativen Hintergrundwerte für Arsen, Uran, Kobalt, Antimon, Beryllium, Molybdän, Selen, Thallium und Vanadium in Böden Deutschlands recherchierbar. [mb]

► www.stoffdaten-stars.de

Impressum

umwelt aktuell März 2012
 ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hjh] (Deutschland, verantwortw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Matthias Bauer [mb], Juliane Grüning [jg], Marion Busch [mbu], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Julia Glahe [jgl], Teresa Gross [tg], Hanna Vlasák [hv], Franziska Lindner [fl], Daniel Hiss [dh], Carla Noever [cn], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **Service:** Matthias Bauer. **ökopädNEWS:** siehe S. 40

Kontakt: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg
Titelfoto: DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier
Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: oekom@de.rhenus.com, www.oekom.de
Anzeigen: oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Dieser Ausgabe liegt ein Werbebeileger der Zeitschrift „Natur und Landschaft“ bei.



TERMINE

MÄRZ

02.03., Bonn-Bad
Godesberg (D)

**Kirche auf dem Weg
der Nachhaltigkeit.
20 Jahre nach Rio.**

Fachtagung

► Zentralkomitee der deutschen Katholiken,
Michaela Schmitt, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 38297-70,
E-Mail: michaela.schmitt@zdk.de, www.zdk.de

03.03., Berlin (D)

Sperrzone Japan. Ein Jahr nach Fukushima.

► Deutsches Theater, Tel. +49 (0)30 / 28441-221,
E-Mail: service@deutschestheater.de,
www.deutschestheater.de/spielplan/sperrzone_japan

05.03., Berlin (D)

Ziele und Wege zu einer leiseren Mobilität

► FES, Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik,
Irin Nickel, Tel. +49 (0)30 / 26935-8318, Fax -9229,
E-Mail: irin.nickel@fes.de

06.–07.03., Frankfurt/M. (D)

**Energielandschaften und Flächennutzung –
verstehen, planen, mitgestalten.** Tagung

► Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung,
Angelika Schichtel, Tel. +49 (0)69 / 31019243,
E-Mail: bnee@anu.de, www.umweltbildung.de

08.–09.03., Berlin (D)

**Was bewegt? Von sozial-ökologischen
Experimenten in den Alltag.** Tagung

► Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung,
Richard Harnisch, Tel. +49 (0)30 / 884594-16,
Fax -39, E-Mail: kommunikation@ioew.de,
www.was-bewegt.org

08.–09.03., Frankfurt/M. (D)

**Wächst die Gemeinsame Agrarpolitik an ihren
Herausforderungen?** Tagung

► Institut für ländliche Strukturforchung, Jörg
Schramek, Tel. +49 (0)69 / 9726683-14, E-Mail:
schramek@ifls.de, www.kurzlink.de/tagung-gap.pdf

14.03., Magdeburg (D)

Biologische Vielfalt in Agrarlandschaften.
Workshop

► NABU, Alexander von Schilling, Berlin,
Tel. + 49 (0)30 / 284984-1954, Fax -3954,
E-Mail: alexander.vonschilling@nabu.de,
www.kurzlink.de/lokale-biodiv.pdf

16.–17.03., Schwerte bei Dortmund (D)

Rio+20 – Wie nachhaltig ist die „Green Economy“?
Konferenz

► Ev. Akademie Villigst; Eine Welt Netz NRW,
Martina Kiel, Münster, Tel. +49 (0)251 / 284669-0,
Fax -10, E-Mail: martina.kiel@eine-welt-netz-nrw.de,
www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen

19.–20.03., Düsseldorf (D)

**7. Deutscher Fachkongress der kommunalen
Energiebeauftragten**

► Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Sigrid
Künzel, Tel. +49 (0)221 / 340308-0, Fax -28, E-Mail:
kuenzel@difu.de, www.difu.de

19.–22.3., Leipzig (D)

**Mainstreaming the Economics of Nature.
Challenges for Science and Implementation.**
TEEB Conference 2012

► Helmholtz-Zentrum (UFZ); Tagungsbüro,
Christiane Wolf, E-Mail: teeb-conference-2012@
fu-confirm.de, www.ufz.de/?en=21742

21.03., Dessau (D)

Vernetzungstreffen Klimaschutz Ost

► Coaching Kommunaler Klimaschutz, Daniel
Willeke, Tel. +49 (0)340 / 204-1683, Fax -2983,
E-Mail: daniel.willeke@dessau-rosslau.de,
www.coaching-kommunaler-klimaschutz.de

23.03., Berlin (D)

**Ressourceneffizienz durch ökonomische
Instrumente. Welchen Rahmen braucht die
Green Economy?** Fachkonferenz

► Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft,
Tel. +49 (0)30 / 7623991-30, Fax -59,
E-Mail: foes@foes.de, www.foes.de/veranstaltungen

25.–30.03., Beetzendorf/Altmark (D)

**Permakultur und Selbstversorgung. Nachhaltige
Alternativen in einer globalisierten Welt.**
Einführungskurs

► Permakultur-Akademie, Sandra Campe,
Tel. +49 (0)39000 / 905923, +49 (0)30 / 89208488,
E-Mail: s.campe@siebenlinden.de,
www.permakultur-akademie.de

26.03., Berlin (D)

**Nachhaltigkeit und Öffentliche Wasserwirtschaft
– eine symbiotische Verbindung.** Konferenz

► Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft,
Tel. +49 (0)30 / 397436-06, Fax -83, E-Mail:
kutzsch@aoew.de, www.aoew.de

26.–27.03., Schneverdingen/Lüneburger Heide (D)

Projektmanagement im Umweltbereich. Seminar

► Akademie für Naturschutz (NNA),
Tel. +49(0)5198 / 9890-71, Fax -95, E-Mail:
gudrun.janz@nna.niedersachsen.de,
www.nna.niedersachsen.de

APRIL

(Tag bitte erfragen), Berlin (D)

**Quo vadis Bürgerbeteiligung? Strategien für die
partizipative Stadt.** Konferenz

► Heinrich-Böll-Stiftung, Florian Schmidt,
Tel. +49 (0)30 / 96412601, 61128967,
E-Mail: stadtpolitik@bildungswerk-boell.de,
www.bildungswerk-boell.de/web/125.html

13.–15.04., Wernsdorf bei Berlin (D)

**Postwachstumsgesellschaft – Forderungen aus
dem globalen Süden.** Seminar

► BUKO, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 393156,
E-Mail: mail@buko.info, www.buko.info

13.–15.04., Berlin (D)

**Lokal, global, utopistisch: Wirtschaft für die Welt
von morgen.** Workshop

► Bundeskoordination Internationalismus,
Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 393-156, Fax -521, E-Mail:
mail@buko.info, www.buko.info/2296

19.04., Dessau (D)

**Das „Zeitalter der Ökologie“ – am Höhepunkt oder
am Ende?**

► Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt,
Wittenberg, Tel. +49 (0)3491 / 49880, E-Mail:
info@ev-akademie-wittenberg.de,
www.ev-akademie-wittenberg.de

19.–21.04., Tutzing am Starnberger See (D)

Verantwortung in einer begrenzten Welt. Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, Tel. (0)8158 /
251-146, -0, Fax 996443, E-Mail: programme@ev-
akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

17.–21. September 2012, Erfurt

31. Deutscher Naturschutztag (DNT)

► www.deutscher-naturschutztag.de
► Information: Deutscher Naturschutzring
(DNR), Helga Inden-Heinrich, Berlin, Tel. +49
(0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de

WBGU-Gutachten

Transformation nur mit Bildung und Forschung

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) veröffentlichte passend zur Rio+20-Konferenz sein Hauptgutachten 2011 mit dem Titel „Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“. Wie soll die Transformation in Richtung Nachhaltigkeit vor sich gehen und welche Rolle spielt die Bildung dabei?

□ Der WBGU hält fest, dass die Weichenstellungen für die Veränderungsprozesse im Laufe dieses Jahrzehnts gelingen müssen, damit bis 2050 der Klimawandel noch auf ein Minimum reduziert werden kann. Insgesamt sei ein neuer Weltgesellschaftsvertrag nötig, mit einer Kultur der Achtsamkeit, der Teilhabe und der Verpflichtung. Zentrales Element sei ein „gestaltender Staat“, der auf globaler Ebene von einem UN-Rat für nachhaltige Entwicklung begleitet werden soll.

Die drei wichtigsten Transformationsfelder sind der Umbau des Energiesystems, die Gestaltung der urbanen Räume sowie eine klimaverträgliche Landnutzung.

THEMENHEFT: WELT IM WANDEL

Veränderungen sind häufig das Ergebnis aktiver Weichenstellungen. Eine Transformation der Gesellschaft in Richtung Kli-

maschutz ist wissenschaftsbasiert und braucht eine gemeinsame Vision sowie aktive „Pioniere des Wandels“, die neue Leitbilder vorantreiben. Sie erfordert aber auch den gestaltenden Staat, der den Rahmen vorgibt und Pioniere ebenso fördert wie den Aufbau globaler Politikstrukturen.

Der WBGU zeigt in seinem Gutachten Wege zu einer gesamtgesellschaftlichen Nachhaltigkeit auf und nennt zehn konkrete Maßnahmenbündel zur Beschleunigung des Umbaus. Beispiele sind die

BLICKPUNKT

Bildung und Partizipation

Bildung ist die Grundlage für einen nachhaltigen Lebensstil. Die Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie enthält deshalb nicht nur Ziele für regenerative Energien und den Schutz natürlicher Ressourcen, sondern auch für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit, sagt der bayerische Umweltminister Marcel Huber.

Bayern hat 1997 mit der Bayern-Agenda 21 eine Nachhaltigkeitsstrategie auf den Weg gebracht und kontinuierlich weiterentwickelt. Hierauf aufbauend hat die Staatsregierung am 11. Oktober 2011 den Entwurf einer Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Sie umfasst nicht nur Natur- und Klimaschutz, sondern soll auch verlässliche Perspektiven sowohl für Familien mit Kindern als auch für ältere Menschen, in Großstädten wie auch im ländlichen Raum bieten. Ein weiterhin innovativer und starker Wirtschaftsstandort Bayern, eine zuverlässige Energieversorgung mit regenerativen Energieträgern sowie ein ausgeglichener Haushalt sind die zentralen Elemente. Konkrete Beispiele hierfür sind energieautarke Kommunen oder Mehrgenerationenhäuser.

Eine interministerielle Arbeitsgruppe hat zehn zentrale Handlungsfelder nachhaltiger Politik formuliert und Ziele, konkrete Maßnahmen und Lösungsansätze

skizziert. Dazu gehören Klimawandel, zukunftsfähige Energie, Erhaltung und effizienter Einsatz natürlicher Ressourcen, Mobilität, aber auch Bildung und Forschung. Bildung muss die Grundlagen für einen nachhaltigen Lebensstil vermitteln, damit sich Kinder und Erwachsene aktiv an der Gestaltung eines ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Lebensstils beteiligen. Schulische und außerschulische Bildungsarbeit stellt daher einen wesentlichen Bestandteil des Entwurfs der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie dar. Außerschulische Bildungsarbeit umfasst unter anderem Umweltbildungseinrichtungen wie die staatlich anerkannten Umweltstationen, aber auch die Bildungsangebote von Vereinen, Naturschutzverbänden und Kirchen und die Verbraucherbildung.

Erstmals wurde die breite Öffentlichkeit in die Diskussion über eine Nachhaltigkeitsstrategie eingebun-

den. Bürger waren ebenso wie Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Verbänden und Gesellschaft aufgefordert, über eine Dialogplattform im Internet eigene Bewertungen, Vorschläge und Anregungen einzubringen. Im Rahmen eines über zwei Monate laufenden Dialogverfahrens zwischen Dezember 2011 und Anfang Februar 2012 sind rund 2.000 Beiträge eingegangen. Nach Auswertung und Diskussion der Dialogergebnisse wird die interministerielle Arbeitsgruppe eine überarbeitete Fassung der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie dem Ministerrat vorlegen. Die Staatsregierung wird voraussichtlich noch in diesem Jahr die endgültige Fassung beschließen.

Dr. Marcel Huber ist Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit.

www.nachhaltigkeit.bayern.de/nachhaltigkeitsstrategie

Leserbrief: BNE-Indikatoren

Betrifft: „Bildung für nachhaltige Entwicklung ist jetzt messbar“, ökopädNEWS 226, Januar 2012.

In der Ausgabe 226 berichtete ökopädNEWS über die Forschungen des Teams um Prof. Gerd Michelsen von der Universität Lüneburg über Indikatoren einer Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Seine Arbeit entstand im Rahmen eines internationalen Forschungsprojekts der Universität Bern „Entwicklung von Indikatoren zur Überprüfung von Angeboten und Leistungen im Bereich Bildung für Nachhaltige Entwicklung“. Das Projekt hatte zum Ziel, Indikatoren für alle Stufen der formalen Bildung vorzulegen, die nicht nur in den beteiligten Ländern, sondern auch international vergleichend für die Schweiz, Deutschland und Österreich angewendet werden können. Als Resultat ist ein Set von zehn BNE-Indikatoren entstanden, die in einem Aushandlungsprozess zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis entwickelt wurden. Eine neue Publikation präsentiert Grundlagen, Vorgehen und Ergebnisse und legt dar, inwieweit die erarbeiteten Indikatoren anwendbar, handhabbar und in die nationale Bildungsberichterstattung der drei Länder integrierbar sind. Das Buch liefert damit eine Grundlage für die weitere Umsetzung. Kostenloser Download im Internet, die gedruckte Ausgabe kann über den Buchhandel oder bei der Universität Bern bestellt werden.

Dr. Antonietta Di Giulio

Publikation:

► Di Giulio, A.; Ruesch Schweizer, C.; AdomBent, M.; Blaser, M.; Bormann, I.; Burandt, S.; Fischbach, R.; Kaufmann-Hayoz, R.; Krikser, T.; Künzli David, C.; Michelsen, G.; Rammel, C.; Streissler, A. (2011): Bildung auf dem Weg zur Nachhaltigkeit. Vorschlag eines Indikatoren-Sets zur Beurteilung von Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Allgemeine Ökologie zur Diskussion gestellt, Bd. 12. Bern: IKAÖ. Bezug: Universität Bern, Interfakultäre Koordinationsstelle für Allgemeine Ökologie (IKAÖ), Bibliothek, Schanzeneckstrasse 1, Postfach 8573, CH-3001 Bern, E-Mail: bibliothek@ikaoe.unibe.ch. Download: www.ikaoe.unibe.ch/publikationen/zusammenfassungen/reihe.a.12.html

Verabschiedung von Klimaschutzgesetzen, die CO₂-Bepreisung von Waren und Gütern, der Abbau von klimaschädlichen Subventionen und die klimafreundliche Gestaltung von Städten. Damit diese groß angelegte Transformation gelingen kann, soll ein neuer globaler Gesellschaftsvertrag zwischen Regierungen und Bürgern geschlossen werden.

Bei der Transformation spielen Bildung und Forschung eine zentrale Rolle. Der WBGU spricht von der Notwendigkeit einer „Transformationsbildung“, bei der sogenannte Pioniere des Wandels und Bildungseinrichtungen verstärkt nachhaltigkeitsorientiertes Wissen vermitteln und die Menschen befähigen, lebenslang zu lernen und systemisch zu denken. Andererseits sei auch eine „transformative Bildung“ nötig, die die Grenzen zwischen den Disziplinen aufbricht und ein Verständnis für globale Zusammenhänge ermöglicht.

Visionen für die Bildung

In seinen Empfehlungen räumt der WBGU Forschung und Bildung eine zentrale Rolle ein. Das Thema Transformation muss eine größere Bedeutung in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bekommen. Es soll auch in alle formalen Bildungssektoren integriert werden, insbesondere in die schulische und universitäre Ausbildung, in die Berufsbildung und das lebenslange Lernen am Arbeitsplatz. Weiterhin empfiehlt der WBGU der Unesco die Entwicklung institutioneller Mechanismen, damit eine Bildung für die nachhaltige Entwicklung auch nach Ende der Dekade BNE gewährleistet ist.

Der WBGU empfiehlt auch die Einrichtung einer Bundesuniversität mit Schwerpunkt auf Forschung und Bildung für die Transformation zur Nachhaltigkeit, ein entsprechendes großes Forschungsprogramm sowie die Entwicklung neuer Studiengänge: Hochschulen könnten um „Low-carbon Business Schools“ erweitert, interdisziplinäre Fakultäten für klimaverträgliche Landnutzung oder Transformationsmanagement neu geschaffen werden. Lebenslanges Lernen am Arbeitsplatz kann in Richtung Weiterbildung und universitäre Zusatzqualifikation ausgebaut werden.

Im außerschulischen Bereich sollen untereinander vernetzte Bildungsstationen mit den Schwerpunkten Umwelt- und Klimaschutz, Biodiversität, Elektromobilität und alternative Landwirtschaft die Einbindung gesellschaftlicher Akteure gewährleisten.

Zwar hält sich das Gutachten mit konkreten Vorschlägen für außerschulische Bildungsanbieter zurück. Zugleich bietet es aber eine Reihe von Anknüpfungspunkten und Argumentationshilfen, darunter die Einführung eines freiwilligen Gesellschaftsjahres „Bildung und Wissenschaft“, die stärkere Einbindung gesellschaftlicher Akteure durch partizipative Formate und miteinander vernetzte Biodiversitäts-, Umwelt- und Klimastationen. Der WBGU fordert ein großes Bildungs- und Forschungsprogramm „Partizipation an der Wissenschaft für die Transformation“. Viele der Vorschläge klingen vielleicht zunächst etwas sperrig, ließen sich aber zu guten und konkreten Projekten weiterentwickeln. **[Lisa Hübner, Jürgen Forkel-Schubert]**

▷ WBGU: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Zusammenfassung für Entscheidungsträger. 29 S., kostenlos. Bezug und Download: www.wbgu.de

SCHWERPUNKT: WELT IM WANDEL

Schule

Nachhaltige Schülerfirmen

□ Die Komplexität der Welt ist für viele Schülerinnen und Schüler nicht immer leicht zu verstehen – noch problematischer ist der Umgang damit. Eine Möglichkeit ist die Gründung einer „Nachhaltigen Schülerfirma“. Erfolgreich wirtschaften, auftauchenden ökologisch-sozialen Problemen aufgeschlossen gegenüberstehen und sich der daraus ergebenden Verantwortung bewusst sein, das können die Kids in der von ihnen gegründeten Schülerfirma lernen. Damit diese Lernmöglichkeit noch stärker Eingang in die Schulprogramme findet,

erwerben zurzeit 60 Multiplikatoren im Rahmen einer bundesweiten berufsbegleitenden Ausbildung an der FU Berlin – in Kooperation mit der BNEAgentur Niedersachsen und gefördert von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt – die erforderliche Kompetenz.

▷ www.nachhaltige-schuelerfirmen.de

Umweltbewusstsein

Jugendliche an der richtigen Stelle abholen

□ Wer junge Erwachsene für Umwelt- und Naturschutz begeistern will, muss zunächst verstehen, in welcher Lebenswelt sie zu Hause sind, und dann ihren Bedürfnissen entsprechende Engagementformen anbieten. Jugendliche aus der sozialen Mittel- und Oberschicht wägen genau ab, ob sie sich durch freiwilliges Engagement wichtige Soft Skills aneignen können. Werden sie durch digitale Medien wie Clips oder Web 2.0 angesprochen, dann wählen sie bevorzugt spontane und unverbindliche Projektformen, die sich zeitlich mit Ausbildung und Beruf vereinbaren lassen. Dauerhafte Verpflichtungen in festen Vereinsstrukturen, vielleicht sogar mit straffer „Ideologie“, finden nur wenig Zuspruch. „Bildungsferne“ junge Erwachsene für Umweltthemen zu sensibilisieren erfordert andere Herangehensweisen, weil sie oft ihre ganze Aufmerksamkeit in die Bewältigung ihrer Alltagsprobleme stecken müssen. Alltagsfragen mit Umweltlösungen zu verbinden kann eine Möglichkeit sein, sozial Benachteiligte einzubinden. Diese Ergebnisse liefert eine von drei Vertiefungsstudien, die das Umweltbundesamt zum Umweltbewusstsein veröffentlicht hat.

▷ Borgstedt, S.; Calmbach, M.; Christ, T.; Reusswig, F.: Umweltbewusstsein in Deutschland 2010. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Vertiefungsbericht 3: Umweltbewusstsein und Umweltverhalten junger Erwachsener. Download: www.uba.de/uba-info-medien/4236.html

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

Nationaler Aktionsplan

ANU-Netzwerk und ANU Bayern ausgezeichnet

□ Das Nationalkomitee der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung hat zwei Vorhaben der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) in den neuen Maßnahmenkatalog des Nationalen Aktionsplans der Weltdekade aufgenommen. Ausgewählt wurde das ANU-Mediennetzwerk für seine hervorragende Öffentlichkeitsarbeit mit der Website www.umweltbildung.de und dem Informationsdienst ökopädNEWS sowie die ANU Bayern für die Erstellung eines Bayerischen Aktionsplans. Beide gelten nun als Bestandteile des Nationalen Aktionsplans und dürfen das Logo „Offizielle Maßnahme der Weltdekade“ führen. Von den eingereichten Projekten erfüllten insgesamt nur 15 die neuen, strengeren Kriterien. Die feierliche Übergabe der Urkunde sowie einer Fahne und eines Stempels findet voraussichtlich am 14. oder 15. Juni in Berlin statt. Ab März wird der neue Maßnahmenkatalog auch im BNE-Portal und in der Dekade-Datenbank veröffentlicht.

▷ www.bne-portal.de

Umweltwerkstatt Wetterau

Stapellauf des Biberмобиls

□ Nach einem Jahr Vorbereitung läuft das neue Bibermobil des NABU Wetterau in Hessen vom Stapel. Ausgestattet mit Anschauungsmaterial zum Biber und zu den Tier- und Pflanzenarten an den Flüssen und in den Auen, geht das Fahrzeug auf Reisen. Es soll Schulen, Vereine und interessierte Gruppen besuchen und Erlebnisse auf den Spuren des großen Nagers ermöglichen. Das Bibermobil wird zunächst im Wetteraukreis unterwegs sein. Nach Ablauf des Projektzeitraumes steht das Mobil für einen landesweiten Einsatz bereit.

Das Bibermobil wurde von der deutschen Unesco-Kommission als Projekt der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet.

▷ www.bibermobil.de

ANU Mecklenburg-Vorpommern

Auszeichnung der Unesco-Kommission

□ Die Deutsche Unesco-Kommission hat das landesweite Vorhaben „Lebenslanges Lernen – Regionale Koordination BNE in M-V“ als Projekt der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung ausgezeichnet. „Das Votum der Jury würdigt das Projekt, weil es verständlich vermittelt, wie Menschen nachhaltig handeln“, sagte Gerhard de Haan, Vorsitzender des Nationalkomitees und der Jury der UN-Dekade in Deutschland. Die Auszeichnung erhalten Initiativen, die das Anliegen dieser weltweiten Bildungsoffensive der Vereinten Nationen vorbildlich umsetzen.

▷ www.umweltbildung-mv.de

Wissenschaftsladen Bonn

20 Jahre fundierte Berufsinformation

□ Seit fast 20 Jahren analysiert der Wissenschaftsladen Bonn Arbeitsmärkte für Geistes- und Sozialwissenschaftler sowie für technische und andere Fachkräfte im Bereich Umweltschutz und Naturwissenschaften. Grundlage ist die wöchentliche systematische Auswertung von Stellenangeboten aus rund 90 Tages-, Wochen- und Fachzeitungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie 65 Online-Jobbörsen und Firmenwebsites. Die beiden Informationsdienste „Arbeitsmarkt Umweltschutz/Naturwissenschaften“ und „Arbeitsmarkt Bildung/Kultur/Sozialwesen“ richten sich sowohl an Berufseinstei-

ger als auch an erfahrene Fachkräfte. Die Publikationen, die mehrere Tausend Abonnenten als Wochenzeitschriften beziehen, bieten jeweils zwischen 200 und 300 qualifizierte Stellenangebote, die verschiedenen Tätigkeitsbereichen zugeordnet sind, Arbeitsmarktanalysen – zum Beispiel zu veränderten Anforderungen an Bewerber in bestimmten Arbeitsfeldern – sowie Artikel und Meldungen zu Trends und Hintergründen des fachspezifischen Arbeitsmarktes, Bewerbungstipps und aktuelle Nachrichten.

- ▷ www.wila-arbeitsmarkt.de
- ▷ www.wilabonn.de

WISSENSWERT

Neue Broschüre

Bürgermeister sehen Bildung als Schlüssel für die Zukunft

□ Die Deutsche Unesco-Kommission und die Bürgermeister von 13 deutschen Kommunen fordern in einer gemeinsamen Presseerklärung mehr Unterstützung von Bund und Ländern, damit sie mithilfe von Bildung eine nachhaltige Entwicklung vorantreiben können. Städte und Kommunen müssten viel intensiver als bisher auf innovatives Wissen und vernetztes Denken setzen, um die anstehenden Herausforderungen bewältigen zu können. „Der Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung auf allen gesellschaftlichen Gebieten liegt in der Bildung“, sagte Olaf Scholz, Erster Bürgermeister von Hamburg. „Die Herausforderungen für Kommunen sind enorm. Geburtenrückgang, Klimawandel, Globalisierung erfordern regionale Antworten“, betonte Gerhard de Haan, Vorsitzender des Nationalkomitees der UN-Dekade BNE. Zu den Dekade-Städten gehören unter anderem Frankfurt am Main, Erfurt und Hamburg.

- ▷ www.bne-portal.de/presse
- ▷ www.bne-portal.de/kommunen

Schülerwettbewerb

Bio find' ich kuh-l

□ „Bio: Im Kreislauf der Natur?“ Unter diesem Motto sollen Kinder und Jugendliche von sieben bis 20 Jahren herausfinden, was es genau mit der Kreislaufwirtschaft auf sich hat. Was heißt „Arbeiten im Einklang mit der Natur“? Worin besteht die Beziehung zwischen Mensch, Tier, Pflanze und Boden im Biolandbau? Wie wirkt der Ökolandbau auf Boden, Wasser und Klima? Ideen für Aktionen und Themen sowie jahrgangsspezifische Informationen zum Wettbewerb finden sich im Internet. Einsendeschluss ist der 29. März.

- ▷ www.bio-find-ich-kuhl.de
- ▷ www.oekolandbau.de

Berufsschule

Schüler entwickeln Qualitätskriterien

□ In zwölf Teilprojekten des Netzwerkprojekts BBS futur entwickeln sieben niedersächsische berufsbildende Schulen und das Studienseminar Osnabrück Qualitätskriterien, um Schulbetrieb und Ausbildung nachhaltiger zu gestalten. Sie wollen dazu beitragen, Bildung für nachhaltige Entwicklung in den schulischen Alltag einzubinden. In dem Projekt können sich die Schulen mit Hilfe von Experten zu nachhaltig wirkenden Bildungsstätten in ihrer Region entwickeln. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) fördert das Projekt mit 125.000 Euro, das Land Niedersachsen unterstützt BBS futur durch Lehrerstunden und einen Projektbeauftragten in der Landesschulbehörde. Auf lange Sicht sollen die Ergebnisse allen niedersächsischen berufsbildenden Schulen zugänglich gemacht werden. Am 4. Juli werden diese auf einer Fachtagung im Zentrum für Umweltkommunikation der DBU in Osnabrück vorgestellt. Das Projekt läuft bis Ende Oktober.

- ▷ www.leuphana.de/bwp/forschung-projekte/bbs-futur.html

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine: www.umweltbildung.de. Stellen Sie Ihre Termine dort selbst kostenlos ein!

Bildung für nachhaltige Entwicklung und erneuerbare Energien. Fachtagungsreihe

Die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung (ANU) lädt zur Tagungsreihe BNEE ein. Fachvorträge skizzieren die Zukunft erneuerbarer Energien und die Rolle der Bildung bei ihrer Gestaltung. Workshops behandeln Herausforderungen und Chancen bei der Bildungsarbeit, um vor Ort den Herausforderungen der Energiewende zu begegnen.

- ▷ www.umweltbildung.de/bnee

06.–07.03., Frankfurt/M. (D)

Energielandschaften und Flächennutzung – verstehen, planen, mitgestalten. Fachtagung siehe oben

12.–13.03., Düsseldorf (D)

Von Agrosprit bis Wüstenstrom. Die globalen Zusammenhänge der Energiewende als Herausforderung für die Bildungsarbeit. Fachtagung siehe oben

26.–27.03., Nationalpark Kellerwald-Edersee (D)

Wildnis und Bildung für nachhaltige Entwicklung. Tagung
Bildungsakteure aus Großschutzgebieten und Wissenschaft diskutieren über Wildnisbildung und Anforderungen an moderne Bildungsarbeit in Nationalparks.

- ▷ www.waldscout-waldranger.de

Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Lisa Hübner [lh] (verantwortl.), oekopaednews@anu.de;
Jürgen Forkel-Schubert [jfs], jfs@oekopaednews.de

ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de